

## 72. Sitzung

am Dienstag, dem 5. April 2011, 14.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches..... 6259

**Geburtstagswünsche** für den Abgeordneten  
**Alexander Muthmann** und Vizepräsident **Reinhold  
Bocklet** ..... 6259

**Haushaltsplan 2011/2012;  
Einzelplan 01** für den Geschäftsbereich des  
**Bayerischen Landtags**

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses  
(Drs. 16/7722)

Beschluss..... 6259

Berichtigungsermächtigung für das Finanzministeri-  
um..... 6259

**Haushaltsplan 2011/2012;  
Einzelplan 11** für den Geschäftsbereich des  
**Bayerischen Obersten Rechnungshofes**

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses  
(Drs. 16/7721)

Beschluss..... 6260

Berichtigungsermächtigung für das Finanzministeri-  
um..... 6260

**Haushaltsplan 2011/2012;  
Einzelplan 02** für den Geschäftsbereich des  
**Bayerischen Ministerpräsidenten und der  
Staatskanzlei**

hierzu:

**Änderungsanträge  
von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn.  
16/7139 mit 16/7147)**

und

**Änderungsanträge  
der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7149  
und 16/7150)**

und

**Änderungsanträge  
der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ-  
NEN (Drsn. 16/7152 mit 16/7157 und 16/7159  
mit 16/7162)**

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses  
(Drs. 16/7328)

Ministerpräsident Horst Seehofer.....	6260 6264
Markus Rinderspacher (SPD).....	6265
Georg Schmid (CSU).....	6276 6278 6284 6285
Christine Kamm (GRÜNE).....	6284
Volkmar Halbleib (SPD).....	6284
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER).....	6285 6287
Dr. Martin Runge (GRÜNE).....	6293 6299
Dr. Otto Bertermann (FDP).....	6299
Thomas Hacker (FDP).....	6301 6302

Beschluss..... 6304

Erledigung gem. § 126 Abs. 6 GeschO der zur Ab-  
lehnung empfohlenen Änderungsanträge (s. a. An-  
lage 1) ..... 6305

Berichtigungsermächtigung für das Finanzministeri-  
um..... 6305

**Haushaltsplan 2011/2012;  
Einzelplan 03 A** für den Geschäftsbereich des  
**Bayerischen Staatsministeriums des Innern**

hierzu:

**Änderungsanträge  
von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn.  
16/7268 mit 16/7273 und 16/7275)**

und

**Änderungsanträge  
der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7329  
und 16/7330)**

und

**Änderungsanträge  
der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ-  
NEN (Drsn. 16/7345 mit 16/7347 und 16/7349  
mit 16/7359)**

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses  
(Drs. 16/7586)

und

**Haushaltsplan 2011/2012;  
Einzelplan 03 B für den Geschäftsbereich des  
Bayerischen Staatsministeriums des Innern -  
Staatsbauverwaltung -**

hierzu:

**Änderungsanträge  
von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn.  
16/7276 mit 16/7282)**

und

**Änderungsantrag  
der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 16/7331)**

und

**Änderungsanträge  
der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ-  
NEN (Drsn. 16/7360 mit 16/7368)**

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses  
(Drs. 16/7587)

Staatsminister Joachim Herrmann.....	6305	6325
Harald Schneider (SPD).....	6308	
Peter Winter (CSU).....	6310	
Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER).....	6312	
Susanna Tausendfreund (GRÜNE).....	6314	
Dr. Andreas Fischer (FDP).....	6315	6317
Peter Meyer (FREIE WÄHLER).....	6317	
Josef Miller (CSU).....	6317	6319
Volkmar Halbleib (SPD).....	6319	
Ludwig Wörner (SPD).....	6319	
Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER).....	6321	
Christine Kamm (GRÜNE).....	6322	
Christian Meißner (CSU).....	6323	

Beschluss zum Einzelplan 03 A..... 6326

Erledigung gem. § 126 Abs. 6 GeschO der zur Ab-  
lehnung empfohlenen Änderungsanträge (s. a. An-  
lage 2) ..... 6326

Berichtigungsermächtigung für das Finanzministeri-  
um..... 6326

Namentliche Abstimmung zum SPD-Änderungsan-  
trag 16/7277, betr. Epl. 03 B..... 6326

Namentliche Abstimmung zum SPD-Änderungsan-  
trag 16/7280, betr. Epl. 03 B..... 6327

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen  
Abstimmung 16/7277 (s. a. Anlage 3) ..... 6328

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen  
Abstimmung 16/7280 (s. a. Anlage 4) ..... 6328

Beschluss zum Einzelplan 03 B ..... 6328

Erledigung gem. § 126 Abs. 6 GeschO der zur  
Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge (s. a.  
Anlage 5) ..... 6328

Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium  
..... 6328

**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
über Anforderungen an den Lärmschutz bei  
Kinder- und Jugendspielanlagen  
(Drs. 16/8124)**

- Erste Lesung -

Verweisung in den Umweltausschuss..... 6327

**Wahl  
eines Präsidiumsmitglieds**

Wahl in einfacher Form..... 6327

**Bestellung  
eines neuen Mitglieds für den Landesdenkmal-  
rat**

Beschluss..... 6327

**Mitteilung gem. § 26 Abs. 2 GeschO betr. Umbe-  
setzungen von Gremien** ..... 6327

Schluss der Sitzung..... 6328

(Beginn: 14.00 Uhr)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist 14.00 Uhr, und ich bitte um Aufmerksamkeit. Ich eröffne die 72. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Diese wurde erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch einen Glückwunsch aussprechen. Am 3. April feierte Herr Kollege Alexander Muthmann - er ist leider nicht anwesend - einen halbrunden Geburtstag. Ich wünsche ihm im Namen des gesamten Hauses alles Gute und viel Erfolg für seine Parlamentsarbeit. Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege Muthmann.

(Allgemeiner Beifall)

Soweit ich weiß, hat heute auch Herr Kollege Bocklet Geburtstag. Er ist nicht im Haus. Wir schicken ihm deswegen unsere besten Grüße dorthin, wo immer er sich gerade aufhält.

Bevor wir in die Haushaltsberatungen eintreten, möchte ich ein paar kurze Hinweise zum Ablauf der Plenarwoche geben. An den drei Plenartagen werden alle Einzelpläne sowie in Zweiter und gegebenenfalls auch in Dritter Lesung das Finanzausgleichsänderungsgesetz und das Haushaltsgesetz beraten.

Parlamentarischer Tradition entsprechend, findet die politische Grundsatzdebatte wie bisher beim Einzelplan 02 des Ministerpräsidenten und die finanzpolitische Schwerpunktdebatte am Ende beim Haushalts- und Finanzausgleichsänderungsgesetz statt. Hinsichtlich des Zeitpunkts der Beratung der jeweiligen Einzelpläne und der dazu festgelegten Fraktionsredezeiten verweise ich auf die Tagesordnung.

Heute werden wir zunächst über die Einzelpläne 01 und 11, zu denen keine Aussprache stattfindet, abstimmen und dann den Einzelplan 02 beraten. Außerdem ist noch die Beratung der Einzelpläne 03 A und 03 B vorgesehen. Im Anschluss an die Beratung der vorgenannten Einzelpläne sieht die heutige Tagesordnung noch einen Gesetzentwurf zur Beratung in Erster Lesung, die Wahl eines Präsidiumsmitglieds und die Bestellung eines Mitglieds für den Landesdenkmalrat vor.

Morgen findet die Beratung der Einzelpläne 04, 05, 07, 08 und 10 statt. Am Donnerstag, nach der Beratung der Einzelpläne 06, 12 und 15, werden die Haushaltsberatungen mit der Beratung des Einzelplans 13 zusammen mit den Zweiten Lesungen zum Finanz-

ausgleichsänderungsgesetz 2011 und zum Haushaltsgesetz 2011/2012 abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Haushaltsplan 2011/2012;  
Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des  
Bayerischen Landtags**

Hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Einzelplan 01 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 01 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Keine. Stimmenhaltungen? - Eine Enthaltung des Kollegen Dr. Kirschner, FDP.

Damit ist der Einzelplan 01 angenommen.

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Ebenfalls keine. So beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 01 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Haushaltsplan 2011/2012;  
Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des  
Bayerischen Obersten Rechnungshofes**

Hierzu findet ebenfalls keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb wiederum sofort zur Abstimmung. Der Einzelplan 11 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 11 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄH-

LER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Ebenfalls keine.

Damit ist der Einzelplan 11 angenommen.

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt eine weitere Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Einstimmig so beschließen.

Die Beratung des Einzelplans 11 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Haushaltsplan 2011/2012;  
Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des  
Bayerischen Ministerpräsidenten und der  
Staatskanzlei**

hierzu:

**Änderungsanträge  
von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn.  
16/7139 mit 16/7147)**

und

**Änderungsanträge  
der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7149 und  
16/7150)**

und

**Änderungsanträge  
der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN  
(Drsn. 16/7152 mit 16/7157 und 16/7159 mit  
16/7162)**

Zu diesem Einzelplan wurde wie in den zurückliegenden Jahren folgende Redezeitregelung getroffen: Die Gesamtredezeit und die Zahl der Redner ist nicht begrenzt. Jeder Redner darf bis zu 15 Minuten sprechen. Auf Antrag einer Fraktion erhält ein Redner der Fraktion bis zu 45 Minuten Redezeit. Diese Redezeit

kann bis zu 15 Minuten auf damit maximal 60 Minuten verlängert werden.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Ministerpräsident Seehofer.

**Ministerpräsident Horst Seehofer:** Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Evangelische Kirche ist ein wesentlicher Bestandteil unseres kulturellen und gesellschaftlichen Lebens in Bayern. Deshalb möchte ich zuallererst dem zukünftigen Landesbischof Professor Dr. Bedford-Strohm zu seiner gestrigen Wahl gratulieren. Wir freuen uns ab November dieses Jahres auf eine gute Zusammenarbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Dies ist nun der zweite Doppelhaushalt, den meine Regierung dem Hohen Hause vorlegt. Der erste Doppelhaushalt war gekennzeichnet von der Krisenbewältigung in den Jahren 2009 und 2010. Der nun zu verabschiedende Doppelhaushalt für die Jahre 2011 und 2012 steht im Zeichen des Aufbruchs und der Zukunftsgestaltung für unser Land. Wir haben für das Jahr 2011 42,5 Milliarden Euro an Gesamtvolumen und für das Jahr 2012 43,1 Milliarden Euro. Ein solches Volumen war in der Geschichte des Freistaats Bayern noch nie gegeben. Es ist notwendig und richtig, mit diesem Ausgabevolumen in die Zukunft zu gehen, weil wir nur so unsere wichtigsten gesellschaftspolitischen Ziele erreichen können.

Der Landtag hat den ursprünglich eingebrachten Entwurf des Kabinetts in seinen Beratungen, wie ich meine, noch verbessert. Deshalb gilt mein erster Dank den Mitgliedern des Haushaltsausschusses, an der Spitze dem Vorsitzenden Georg Winter, und den beiden Koalitionsfraktionen mit Georg Schmid und Thomas Hacker.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich glaube, wir haben ein sehr gutes Kursbuch. Der Haushalt ist bekanntlich so etwas wie ein Kursbuch für unsere praktische Politik. Noch wichtiger als viele Zahlen, die man diesem Kursbuch entnehmen kann, sind die Wirkungen des Haushalts, wie er draußen ankommt und was er in unserem Land bewirkt.

Deshalb möchte ich ihnen im Folgenden von zwei, drei Tagen im Leben eines Ministerpräsidenten berichten und wiedergeben, wie die Haushalte, die wir verabschiedet haben, und die, die wir verabschieden werden, von Gästen in unserem Land zur Kenntnis genommen werden. Letzte Woche war der belgische König hier in München zu Gast. Das politische Gespräch, das Innenminister Joachim Herrmann und ich mit dem König geführt haben, hat sich beinahe aus-

schließlich um die Frage gedreht, wie es Bayern schafft, dass die Jugendarbeitslosigkeit zwischen zwei und drei Prozent liegt, während sie in Belgien bei 25 und mehr Prozent liegt. Diese Frage war ein Kernthema unseres Gesprächs.

Am Tag danach wurden die Arbeitslosenzahlen für Bayern und Deutschland veröffentlicht. Die Bayern sind wieder mit Abstand an der ersten Stelle, was die positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt betrifft.

Am nächsten Tag war ich bei der Eröffnung einer neuen Produktionslinie des Weltkonzerns Nestlé bei uns im Allgäu mit fast 700 Arbeitsplätzen. Ich finde es bemerkenswert, dass ein Weltkonzern, der in 20 Ländern auf dieser Erde zu Hause ist, sich bei einer Zukunftsinvestition im Bereich hypoallergener Nahrungsmittel für den Standort Bayern entscheidet.

Am Freitag - manche von Ihnen waren dabei - war ich in der Stadt und im Landkreis Kitzingen. Ich habe dort einen Automobilzulieferer besucht, dem es jetzt wieder recht gut geht, der aber mit ziemlich einschneidenden Maßnahmen auch dafür gesorgt hat, dass er als Betrieb weiter bestehen und die Arbeitsplätze erhalten konnte. So hat er beispielsweise auf dem Höhepunkt der Krise mit seinen Mitarbeitern vereinbart, vorübergehend auf 10 % beziehungsweise - in Wackersdorf ist das sogar auf Dauer vereinbart worden - auf 8 % des Einkommens zu verzichten.

Diese vier Beispiele zeigen, was sich aus Haushaltszahlen ergeben kann. Ich darf zuallererst festhalten, dass Bayern nach dem Haushalt der Krisenbewältigung in den Jahren 2009/2010 in einem gewaltigen Kraftakt zusammen mit der bayerischen Bevölkerung, den bayerischen Unternehmen und den bayerischen Beschäftigten in diesen Unternehmen am besten aus dieser großen Wirtschaftskrise hervorgegangen ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich möchte jetzt in der Aussprache zum Haushalt 2011/2012 fünf Punkte vertiefen, die mir besonders wichtig sind.

Erstens. Bayern hat eine bärenstarke Wirtschaftskraft. Wir sind die absolute Nummer 1 in der Wirtschaftsentwicklung, in der Wirtschaftskraft, bei der Lage des Arbeitsmarktes. Wir sind praktisch in der Nähe der Vollbeschäftigung. Meine Damen und Herren, das hat mit diesem Haushalt und auch mit dem letzten Doppelhaushalt eine ganze Menge zu tun. Sie wissen, dass wir aufgrund der Konjunkturprogramme eine Rekordinvestitionsquote hatten. Beim jetzt vorliegenden Haushalt freut mich besonders - dazu haben die beiden Koalitionsfraktionen auf der Zielgerade noch we-

sentlich beigetragen -, dass wir jetzt eine Investitionsquote von 12,1 % haben.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das ist wichtig, Kolleginnen und Kollegen, damit wir den gegenwärtigen Aufschwung verstetigen, soweit wir dies aus dem öffentlichen Haushalt tun können. Ich kann sagen, dass wir mit dieser Investitionsquote von 12,1 % im Jahr 2011 mit Abstand Spitzenreiter der westdeutschen Flächenländer sind. Ich möchte auch erwähnen - die Debatte hierüber in den letzten zwei Jahren war doch sehr intensiv -, dass wir in den zurückliegenden zwei Jahren mit der Mittelstandsförderung, mit Bürgschaften, Garantien und Krediten aus dem Haushalt 4.400 kleinen und mittleren Betrieben bei Schwierigkeiten und bei der Überwindung wirtschaftlicher Probleme infolge der Weltwirtschaftskrise geholfen haben. 4.400 Betriebe - das ist ein Rekordwert!

Damit ist auch die berühmte Frage beantwortet: Darf und soll sich ein Staat unterstützend, helfend einmischen, wenn ein Betrieb infolge von Faktoren, für die er gar nichts kann, in Schwierigkeiten kommt? Diesen Maßstab haben wir in den letzten zwei Jahren angelegt. Wir helfen nicht, um Subventionen zu verteilen, wir investieren nicht in überkommene Strukturen aus der Vergangenheit, sondern wir helfen, wenn die Zukunft durch gute Produkte und durch gute Absatzmärkte gesichert ist. Das ist uns bei 4.400 Betrieben gelungen.

Ich nenne jetzt als Beispiel die Firma Knaus Tabbert aus Niederbayern; sie war eine der ersten Firmen, denen wir geholfen haben. Die Firma Knaus Tabbert stellt jetzt 200 Arbeitskräfte zusätzlich ein. Dieses Beispiel ist eine deutliches Indiz dafür, dass man gerade kleine und mittlere Betriebe bei ganz besonderen Herausforderungen nicht einfach sich selbst überlassen darf, sondern dass es durchaus geboten sein kann, solchen Firmen zu helfen. Wenn diese Firmen dann überleben und ihre Produkte wieder herstellen und auf dem Weltmarkt absetzen können - wir haben 500 bayerische kleine, mittelständische Firmen, die Weltmarktführer sind -, dann ist dies richtig verstandene soziale Marktwirtschaft.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das sollten wir auch in der Zukunft tun.

Wir haben eine bärenstarke Wirtschaftskraft und hatten im März eine Arbeitslosenquote von 4,3 %. Ich möchte besonders darauf hinweisen, dass es uns im Vergleich zum März 2009, also innerhalb der letzten zwei Jahre, gelungen ist, die "Luft" zwischen den Ar-

beitslosenquoten in den bayerischen Regierungsbezirken deutlich zu verringern. Im März hatten wir da eine Spanne von 1,7 %, also fast 2 % zwischen dem Regierungsbezirk, der am stärksten war, und dem Regierungsbezirk, der die meisten Schwierigkeiten hatte. Innerhalb der letzten zwei Jahre konnten wir diese Spanne auf fast 1 %, genauer gesagt auf 1,2 %, reduzieren. Auch das ist wichtig, weil es eine Antwort, ein Echo auf unsere Struktur- und Wirtschaftspolitik ist. Insofern haben wir uns nicht nur insgesamt gut von dieser Wirtschaftskrise erholt, sind gut in die Zukunft gestartet, sondern es ist uns auch noch gelungen, die Spanne zwischen den Regierungsbezirken deutlich zu verringern. Deshalb möchte ich bei diesem ersten Punkt - Bayern hat eine bärenstarke Wirtschaftskraft - betonen: Das war eine Gemeinschaftsleistung. Aber es gibt auch einen Minister, der dafür verantwortlich ist. Jetzt muss er sich aus verständlichen Gründen gerade in Berlin aufhalten, aber ich möchte dem Wirtschaftsminister unserer Koalition, Martin Zeil, für diese Begleitung der Wirtschaftskrise in den letzten zwei Jahren danken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das zweite Merkmal dieses Haushalts ist die Generationengerechtigkeit. Wir konnten uns nämlich zum sechsten und siebten Mal darauf verständigen,

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

einen Haushalt aufzustellen, ohne einen einzigen Euro neue Schulden aufzunehmen.

(Markus Rinderspacher (SPD): 10 Milliarden für die Landesbank!)

Ich finde, meine Damen und Herren, das ist deutschlandweit ein Erfolgsmodell.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist die eigentliche Generationengerechtigkeit, das ist in der Finanzpolitik praktizierte Nachhaltigkeit, in der Gegenwart so zu leben, dass wir die Zukunft für unsere Kinder nicht beschädigen oder gar zerstören. Das drückt sich beispielsweise darin aus, dass wir in diesem bayerischen Doppelhaushalt eine Zinslastquote von 2,6 % haben. Das bedeutet: Der Anteil der Zinsausgaben, gemessen an den Gesamtausgaben, beträgt 2,6 %. Uns folgt ein Bundesland mit einer Zinslastquote von 5,5 %. Spitzenreiter ist das Saarland mit 13,4 %.

(Zuruf von der SPD: Wer regiert denn dort?)

Die niedrige Zinslastquote bei uns ist auch ein erfreuliches Datum im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit. Wir setzen in unserem Haushalt klare Schwerpunkte - ich komme noch darauf zu sprechen - und riskieren nicht die Zukunft unserer jungen Generation.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist wiederum eine große Leistung der Koalitionsfraktionen. Aber es gibt einen Kapitän, der das wesentlich gestaltet hat: Ich danke unserem Finanzminister Georg Fahrenschon. Er ist der Finanzarchitekt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das dritte Merkmal unseres Haushalts ist dessen Kommunalfreundlichkeit. Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs erhöhen wir die im deutschen Vergleich ohnehin sehr hohen Leistungen des Landes an die Kommunen um 71 Millionen Euro auf 6,37 Milliarden Euro. Das ist ein Spitzenwert. Damit helfen wir gerade den Kommunen in strukturschwächeren Gebieten; denn der kommunale Finanzausgleich ist so ausgestaltet, dass die Kommunen ihre Haushalte finanzieren und ihre Aufgaben erledigen können. 6,37 Milliarden Euro - ein kommunaler Finanzausgleich, der in den übrigen Flächenländern seinesgleichen sucht. Diese Koalition ist Anwalt der Kommunen!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bin stolz darauf - man darf auch einmal stolz sein auf eine eigene Entscheidung -, dass es uns im Rahmen der Hartz-IV-Verhandlungen in Berlin gelungen ist, etwas durchzusetzen, was am Anfang des Jahres sicherlich niemand für möglich gehalten hätte. Sie wissen, dass im Jahr 2003 - damals waren bekanntlich weder die FDP noch die Union in Berlin an der Regierung - die damalige Bundesregierung die Verantwortung für die Grundsicherung der erwerbsunfähigen und der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserem Land den Kommunen übertragen hat. Daraus resultiert für die Kommunen momentan ein Finanzaufwand von etwa 3,5 Milliarden Euro; er wächst bis zum Ende dieser Legislaturperiode auf 4 Milliarden Euro an. Nach sehr gesicherten Prognosen wird er sich im Laufe dieses Jahrzehnts verdoppeln.

Meine Damen und Herren, im Jahr 2003 ist eine grundsätzlich falsche Weichenstellung erfolgt. Der Grundsatz muss vielmehr lauten: Unsere bayerischen Kommunen sind nicht der Ersatzrentenversicherungsträger für die Alterssicherung in unserem Land.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es ist gelungen, im Rahmen der Hartz-IV-Verhandlungen dafür eine Lösung zu finden. Wir mussten hart

kämpfen; das ging nicht immer ohne Streit. Aber wir haben durchgesetzt, dass der Bund in drei Schritten - beginnend ab dem nächsten Jahr, endend im Jahr 2014 - die volle Finanzlast, die den Kommunen aus der Grundsicherung im Alter erwächst, übernimmt. Damit ist uns ein ganz großer Wurf gelungen. Wir haben gegenüber den Kommunen unser Wort gehalten, in Berlin alles in die Waagschale zu werfen, um sie bei den Ausgaben für Sozialleistungen zu entlasten. Das ist gelungen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Viertens. Bayern ist das sicherste Land der Bundesrepublik Deutschland. Der bayerische Innenminister konnte gestern die Kriminalstatistik des Jahres 2010 der Öffentlichkeit vorstellen. Unter dem Aspekt der Gewährleistung von Sicherheit für unsere Bevölkerung sind das die besten Zahlen seit Anfang der Neunzigerjahre. Wir verzeichnen die niedrigste Kriminalitätsrate und die höchste Aufklärungsquote. Ich weiß aus vielen Begegnungen mit Menschen, die zugewandert sind oder die sich überlegen, ob sie ihren Betrieb hierher verlagern sollen, dass neben den Energiekosten, der Lebensqualität und der Bildungspolitik auch die Frage der Sicherheit für eine Standortentscheidung bedeutsam ist. Bayern ist das sicherste Land!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir gehen auf diesem Pfad weiter. Sie wissen das. Im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern haben wir uns entschlossen, 1.000 zusätzliche Polizeibeamte einzustellen. Wir sind der festen Überzeugung, dass nicht immer der zusätzliche Paragraph, sondern oft eine bessere Polizeipräsenz vor Ort - in U-Bahnen und S-Bahnen, auf den Plätzen in den Städten und Dörfern - den höchsten Gewinn an Sicherheit bringt. Ich danke Innenminister Joachim Herrmann und Justizministerin Beate Merk für die sehr bevölkerungsnahen Sicherheitspolitik im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bitte den Herrn Innenminister und die Frau Justizministerin, diesen Dank an die Verantwortlichen in Polizei und Justiz in Bayern weiterzugeben. Sie haben sich diesen Dank redlich verdient; denn sie leisten vorzügliche, hervorragende Arbeit. Das haben wir bei den jüngsten Kapitalverbrechen wieder erlebt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünftens. Dieser Doppelhaushalt ist ein Haushalt, mit dem wir auch in Zukunft gewinnen wollen. Obwohl Bayern schon sehr gut gestellt ist, wollen wir unser Land in eine Phase des Aufbruchs überleiten. In die-

sem Zusammenhang geht es vor allem um drei Bereiche, über die in den nächsten drei Tagen sicherlich im Detail diskutiert wird.

Ich nenne als Erstes die Bildung. Bildungspolitik ist die Sozialpolitik schlechthin im 21. Jahrhundert. Sie entscheidet über die Teilhabe junger Menschen an Arbeit, Einkommen und Kultur. Wir stellen in diesem Doppelhaushalt allein für diesen Bereich - Schule, Hochschule, Wissenschaft - zwei Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Deshalb darf ich feststellen, dass Bayern nicht nur hinsichtlich der Bildungsergebnisse, sondern auch hinsichtlich der Bildungsinvestitionen das Bildungsland schlechthin in der Bundesrepublik Deutschland ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich danke den zuständigen Ministern Ludwig Spaenle und Wolfgang Heubisch für ihre Arbeit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir geben auch Gas im Familienbereich. Die im Doppelhaushalt dafür vorgesehenen Ausgaben steigen um 10 %.

Wir geben Gas bei der Kinderbetreuung. Die entsprechende Förderung steigt auf über eine Milliarde Euro. Übrigens dürfen wir alle - die Regierung im Besonderen - stolz darauf sein, dass wir in Bayern weiterhin ein Landeserziehungsgeld - zusätzlich zu den Leistungen des Bundes! - zahlen können, ohne dass wir uns verschulden müssen. Das ist eine großartige Leistung für die Familien im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich danke Familienministerin Christine Haderthauer. Sie ist heute für uns in Tschechien unterwegs, um die tschechisch-bayerische Zusammenarbeit auch auf diesem Feld zu vertiefen.

Auch was das große Kapitel Innovationen angeht, setzen wir Schwerpunkte im gesamten Land, sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum. Die Innovationsförderung umfasst den gesamten Bereich der Zukunftstechnologien, angefangen bei der Elektromobilität über die Medizintechnik bis hin zur Umwelttechnik.

Ich möchte mich heute aus gegebenem Anlass auf einen Innovationsaspekt beschränken, nämlich auf die Energiewende, die als Ergebnis der Vorgänge in Japan vollzogen werden muss. Ich wiederhole gern den Satz aus der Regierungserklärung von vor acht Tagen: Japan hat die Welt verändert.

Man kann sicherlich eine Diskussion darüber führen, wer früher welche Meinung vertreten hat.

(Lachen bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in aller Ernsthaftigkeit: Wenn dieses apokalyptische Ereignis in Japan bei den politisch Verantwortlichen nicht zu einem Innehalten geführt hätte, um Erkenntnisse auch für Deutschland abzuleiten, dann wäre das ein Armutszeugnis für die deutsche Politik gewesen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Mehr möchte ich dazu gar nicht sagen.

Eine Anmerkung an die linke Seite: Alle Kraftwerke, die zum Zeitpunkt des Ereignisses in Japan bei uns in Bayern und im übrigen Deutschland liefen, wären auch zu den Bedingungen des rot-grünen Atomkompromisses noch gelaufen. Kein einziges Kraftwerk war in Betrieb, weil es etwa die Möglichkeit der Laufzeitverlängerung in Anspruch genommen hatte.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb sollten wir uns in aller Ernsthaftigkeit mit der Energiewende beschäftigen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Ich weiß nicht, was auf dem linken Flügel los ist.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Ministerpräsident, ich darf Sie einen Augenblick unterbrechen. - Es wird darum gebeten, auf der Regierungsbank nicht zu klatschen, auch wenn den Mitgliedern der Regierung danach ist. Wenn dies befolgt wird, kann die Rede in Ruhe fortgesetzt werden. Dass auf der Regierungsbank nicht geklatscht wird, ist eine Vereinbarung, die wir im Ältestenrat getroffen haben.

Herr Ministerpräsident, Sie können fortfahren.

**Ministerpräsident Horst Seehofer:** Herr Präsident, ich verstehe Ihren Hinweis. Er möge beachtet werden. Natürlich bedaure ich, dass sich bei diesen Aussagen mein eigenes Kabinett zurückhalten muss. Aber ich habe dafür Verständnis.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir gehen jetzt die Energiewende an. Ich nenne die wesentlichen Ziele, die wir dabei zu bewältigen haben.

An erster Stelle steht die Maximierung der Sicherheit. Alle Kraftwerke in Bayern werden nach den Maßgaben überprüft, die die Reaktorsicherheitskommission an Schutzziele und Sicherheitsstandards neu definiert hat. Die Sicherheit hat oberste Priorität. Wenn ein Kraftwerk nachgerüstet oder gar stillgelegt werden muss, weil es den neuen Sicherheitsstandards und Schutzziele nicht entspricht, kann davon nicht aus wirtschaftlichen Gründen, oder weil wir sonst eine Versorgungslücke hätten, abgesehen werden. Die Sicherheit steht an erster Stelle.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nach allem, was ich bisher weiß, sage ich das, was schon letzte Woche von beiden Koalitionsfraktionen gesagt worden ist: Ich glaube, dass im Ergebnis der Sicherheitsüberprüfung wohl kaum damit zu rechnen ist, dass Isar 1 wieder ans Netz gehen kann. Darüber haben wir viel diskutiert. Diese Aussage kann ich auch heute treffen.

Zweitens. Wir wollen eine Beschleunigung der Energiewende. Auch Sie werden sich damit auseinandersetzen müssen: Energiewende besteht aus drei Punkten. Sie ist im Herbst mit einem anderen Zeithorizont beschlossen worden. Jetzt müssen wir die Energiewende beschleunigen. An erster Stelle heißt es da: Energie sparen. Ich glaube, wir können durch zusätzliche Finanzmittel noch eine ganze Menge bei der Gebäudesanierung tun. Das Zweite ist die Energieeffizienz. Wir haben in Bayern Kraftwerke, die wir durch neue Investitionen verstärken können.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Das Dritte ist der Umstieg auf neue Energieträger.

(Anhaltende Unruhe bei den GRÜNEN)

Ich freue mich darüber wirklich. Der Umstieg auf neue Energieträger wird, auch was die Stromnetze, die Inanspruchnahme der Landschaft, vielleicht auch die Flussläufe und vieles andere mehr betrifft, von Ihnen eine Reihe von Nagelproben abverlangen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Man kann nicht ständig abstrakt von diesem und jenem reden, zum Beispiel von erneuerbaren Energien, während man dann, wenn es konkret wird, tausend Gründe findet, das Vorgeschlagene nicht zu tun. Diese Nagelproben können wir Ihnen nicht ersparen. Mit den abstrakten Diskussionen muss Schluss sein.

Ich werde mit allen gesellschaftlichen Gruppen sowie mit der Koalition und allen anderen Fraktionen reden. Dann werden wir sehen, was aus den Grundbekennt-

nissen wird. Wenn die Politik in das Stadium der Konkretheit eintritt, werden wir sehen, was dann sein wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deutlich möchte ich auch dies ansprechen: Wir haben im Kabinett eine klare Zuständigkeit beim Wirtschaftsminister Martin Zeil, beim Umweltminister Markus Söder, beim Landwirtschaftsminister Helmut Brunner - dabei denke ich an die nachwachsenden Rohstoffe - und bei Marcel Huber, dem Chef der Staatskanzlei. Wir werden bis Mitte Mai in Abstimmung mit der Koalition - das haben wir gestern mit dem Wirtschaftsminister und dem Umweltminister besprochen - im Kabinett beraten und beschließen. Wir werden das Hohe Haus mit den Ergebnissen der Energiewende befassen. Dann werden wir sehen, was aus den abstrakten, theoretischen, grundsätzlichen Bekenntnissen wird, wenn politische Verantwortung übernommen werden muss. In diesem Fall muss politische Verantwortung übernommen werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich sage noch einmal: Es geht um einen Haushalt des Aufbruchs. Wir gewinnen mit ihm Zukunft. Bayern steht stark da: in der Wirtschaftskraft, in der Generationengerechtigkeit, in der Kommunalfreundlichkeit, in der Sicherheit, im Aufbruch bei Bildung, Familie und Innovation.

Die Menschen leben gern in Bayern. Bayern ist etwas Besonderes. Kein anderes Bundesland hat so viel Zuwanderung von innerhalb und außerhalb Deutschlands wie der Freistaat Bayern. Die Menschen fühlen sich bei uns gut aufgehoben und geborgen. Es gibt hier große Angebote in den Bereichen Bildung, Kultur und Sicherheit, aber auch - das ist am allerwichtigsten - in der Lebensqualität und der Lebensperspektive. Bayern ist erstklassig. Bayern ist ein Fünfsterneland. Bayern ist ein Premiuland. Weil wir der Wahrheit verpflichtet sind, müssen wir das aussprechen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Als nächstem Redner erteile ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Markus Rinderspacher, das Wort.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aussprache zum Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten dient traditionell der Generalaussprache des Hohen Hauses. Wir stellen jetzt fest: Bis zum heutigen Tag hat die Staatsregierung deutlich mehr Regierungserklärungen abgegeben als die Vorgänger-Regierungen. In immer kürzeren Abständen

wird es für die Regierung Seehofer notwendig, die eigenen Kehrtwendungen und Purzelbäume gegenüber dem Parlament und der bayerischen Öffentlichkeit zu rechtfertigen.

(Beifall bei der SPD)

Die Halbwertszeit der Erklärungen überdauert in dieser Regierung häufig nur wenige Wochen, ja, wenige Tage. Die Rasanz, wie aus Angst vor dem Wähler immer wieder aufs Neue abrupte Richtungswechsel vollzogen werden, ist geradezu atemberaubend. Daher ist mehr als fraglich, ob die windelweichen Positionsbestimmungen des Ministerpräsidenten heute über den Tag hinaus Geltung haben werden.

Wenn die Regierung Seehofer überhaupt einen Kompass hat, dann ist dessen Nadel von einem chronisch schweren Schüttelfrost befallen. Die Ausschläge zittern in alle Richtungen. Das wird jeden Tag deutlich. Das einzig Verlässliche in dieser Regierung ist die Unzuverlässigkeit, das einzig Beständige die Unbeständigkeit, das einzig Stetige das Impuls- und Flatterhafte.

Bayern - das hat nicht nur die von der SPD aufgedeckte Meinungsumfragenaffäre des vergangenen Jahres gezeigt - hat eine Regierung, deren Handeln nicht durch politische Grundüberzeugungen geprägt ist. Nein, wirklich alles hat sich dem unbedingten Machtwillen der beiden Koalitionsparteien unterzuordnen. Beide verfolgen unterschiedliche Ziele. Die CSU möchte die absolute Mehrheit wiedererlangen. Die FDP möchte auch in den Bayerischen Landtag 2013 einziehen.

(Thomas Hacker (FDP): Das werden wir auch!)

Eines ist klar, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP: Mit dieser sprunghaften und inkonstanten Wackelpolitik werden Sie diese Ziele ganz gewiss nicht erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Verkörpert wird diese Regierung von einem Ministerpräsidenten, der sich als das Ausführungsorgan der Demoskopen versteht. Er gibt nicht die Richtung vor. Er sagt nicht, wohin er mit diesem Land will; auch heute sagt er das wieder nicht. Er sagt den Menschen in Bayern nicht, wohin die Reise geht. Nein, er lässt sich von Meinungsumfragen führen und verführen. Im Zweifel sind dies jene am Parteiinteresse der CSU orientierten Resonanzstudien, die er selbst auf Kosten des Steuerzahlers in Auftrag gegeben hat inklusive Wahlkampftipps, wie der Koalitionspartner FDP am besten zu bekämpfen ist.

(Thomas Hacker (FDP): Aber diese Untersuchungen sind doch schon zweieinhalb Jahre alt!)

Dieses Land, meine Damen und Herren, wird regiert von Horst Emnid und Infratest Seehofer.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Sein Motto: Gebt mir eine Umfrage, und ich kenne meine Meinung.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wozu eigentlich ein eigenständiger politischer Kurs? Wohl selten waren Meinungsbildungsprozesse so einfach gestrickt wie in den vergangenen zweieinhalb Jahren, während derer Sie auf dieser Regierungsbank sitzen.

Dieser blanke Populismus, auf den der Herr Ministerpräsident in Interviews auch noch unverhüllt stolz ist und den er als vermeintliche Bürgernähe postuliert, ist nichts anderes als ein Mangel an Verantwortung für die politische Zukunft unseres Landes.

Ich stelle fest: Diese Regierung ist alles andere als konservativ. Diese Regierung ist auch nicht liberal.

(Thomas Hacker (FDP): Auch nicht sozialdemokratisch!)

Diese Regierung ist die kurzatmige Zweckgemeinschaft einer politischen Beliebigkeit, wie man sie in Bayern bis dato nicht kannte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

An die Stelle des Regierens ist das Hinterherhecheln hinter aktuelle Stimmungen und Strömungen getreten.

(Alexander König (CSU): Das hätten Sie wohl gern!)

Eines steht fest: Von den schwarz-gelben Koalitionsverträgen aus den Jahren 2008 und 2009 ist außer ein wenig verblasster Tinte nicht viel übrig geblieben. Aus dem Herbst der Entscheidungen im Jahre 2010 - was ist daraus geworden? Wir wissen, dass es ein Herbst der Fehlentscheidungen war.

Das zunächst glühende Bekenntnis zum transatlantischen Wertebündnis im Bund ist einem wahltaktischen Manöver hin zu einer standpunktlosen Enthaltung in der Libyenfrage gewichen. Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz waren wichtiger als der ständige Sitz im UN-Sicherheitsrat.

(Georg Schmid (CSU): Das ist doch eine Rede für den Bundestag, aber wir sind hier im Bayerischen Landtag!)

Bei der Wehrpflicht, für die CSU und ihren Ministerpräsidenten noch im Frühjahr des vergangenen Jahres ein Markenzeichen, dauerte es nur wenige Tage, bis der Ministerpräsident, wie von oberfränkischer Zauberhand geleitet, umgefallen ist. Versprochen hat Schwarz-Gelb den Menschen im Land mehr Netto vom Brutto für alle; herauskamen Zusatzbelastungen für die Mehrheit, unter anderem durch die Kopfpause. Dafür gab es einige sündhaft teure Steuergeschenke für die Hotellerie, für schwerreiche Erben und gewinnstarke Finanzinstitute.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Damals war die SPD aber auch dafür!)

Einer musste mittlerweile die Konsequenzen aus dem Regierungschaos ziehen, nämlich Guido Westerwelle. Aber für die Bundeskanzlerin steht zu befürchten, dass der zweite unberechenbare Quälgeist und notorische Einzelspieler in der Berliner Regierungskoalition noch eine Weile CSU-Chef bleibt.

Jetzt - der Herr Ministerpräsident ist wenigstens am Rande darauf eingegangen - kommt die abrupte Kehrtwende in der Atompolitik. Noch im vergangenen Herbst hatten Union und Liberale mit ihrer Entscheidung für eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke den von Rot-Grün herbeigeführten gesellschaftlichen Konsens in der Atomfrage ausgehebelt. Nun legt Horst Seehofer in der Energiepolitik den Schalter um, und Markus Söder ruft plötzlich zu einer Demonstration gegen sich selbst auf. Ausgerechnet diese beiden Herren, die im vergangenen Jahr noch ganz anders gesprochen haben als heute! Ich stelle fest: Wenn ein Verlust an politischer Glaubwürdigkeit zur Schrumpfung führen würde, dann könnten CSU und FDP gemeinsam unter dem Teppich Fallschirmspringen üben.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CSU)

Ein Blick in den Haushalt genügt, um zu sehen, dass Sie, Herr Ministerpräsident, es nicht ernst meinen mit Ihrer Energiewende. Kein einziger zusätzlicher Cent ist bereitgestellt. Im Gegenteil, Sie streichen für das Jahr 2012 das Klimaschutzprogramm. Alle diesbezüglichen Anträge der Opposition wurden von Ihnen abgelehnt.

Sie wollen angeblich die Brücke in das Zeitalter erneuerbarer Energien verkürzen. Doch ein Blick in den Haushalt zeigt: Sie stehen de facto mit beiden Beinen fest im Atomzeitalter. Deshalb besteht Ihr energiepolitisches Bekenntnis aus nichts anderem als ein paar

warmen Worten. Zur Erinnerung: Am 27. Juli vergangenen Jahres hatten Sie, Herr Seehofer, gesagt, es mache keinen Sinn, Atomkraftwerke abzuschalten, solange sie sicher sind. Und ein Zitat vom Februar 2011 lautet: "Solange die Kernkraftwerke unsere hohen Sicherheitsstandards erfüllen und solange sie für unseren Energiemix unverzichtbar sind, sollten wir sie am Netz lassen."

Sie, Herr Seehofer, Sie ganz persönlich, waren eine treibende Kraft, damit die Laufzeiten der Atomkraftwerke in Deutschland verlängert wurden. Deshalb gehört zu einem glaubhaften Kurswechsel, den wir im Prinzip begrüßen würden, auch das Eingeständnis früherer Fehleinschätzungen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Chance verpasst, dies heute hier deutlich zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte noch eine Vielzahl von Zitaten der Herren Söder, Zeil oder Hacker bringen, erspare mir das aber angesichts der Kürze der Redezeit.

Erstaunlich ist allerdings, dass ausgerechnet Sie, Herr Ministerpräsident, nun zu einem neuerlichen gesellschaftlichen Konsens aufrufen, den Sie selbst mit einer zentralen Entscheidung Ihres "Herbstes der Entscheidungen" aufgekündigt hatten. Heute kündigen Sie an, Sie wollten Gespräche mit allen im Bayerischen Landtag vertretenen Fraktionen führen, also ausgerechnet mit jenen Vertretern der Opposition, die von Ihnen noch vor wenigen Wochen als ideologisch verblendet, als politische Phantasten und Ökospinner beschimpft und verunglimpft wurden. Nun suchen Sie ausgerechnet Unterstützung und Hilfe bei denjenigen, die Sie noch im vergangenen Atomherbst politisch erbittert bekämpft haben. Jetzt sollen Ihnen ausgerechnet SPD, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dabei behilflich sein, die Kohlen aus dem Feuer zu holen. Das ist ein schlechter Scherz der Geschichte.

(Beifall bei der SPD)

Wir fragen uns, mit wem wir denn als Opposition die Gespräche führen sollen. Vielleicht mit Herrn Michelbach von der CSU-Mittelstandsvereinigung oder vielleicht mit Erwin Huber, der noch vor einigen Tagen flammende Plädoyers für die Atomkraft gehalten hat?

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Und für die Landesbank!)

Unsere Forderungen sind klar. Wir fordern, den acht ältesten Atomkraftwerken in Deutschland endgültig die Betriebserlaubnis zu entziehen, darunter auch Isar 1, und die Anlagen, die derzeit im Zuge des Moratoriums der Bundesregierung vom Netz genommen werden, für immer stillzulegen. Die Laufzeitverlängerung für alle anderen AKWs muss rückgängig gemacht werden. Das sind unsere Bedingungen, wenn wir in ein Gespräch eintreten sollen.

(Beifall bei der SPD)

Richtig ist: Wir brauchen eine stärkere Förderung der erneuerbaren Energien und der dazu notwendigen Netze und Speichertechnologien. Aber nichts davon ist in Ihrem Haushalt zu finden.

Wir müssen einen sehr viel stärkeren Akzent auf die dezentrale Energieversorgung legen, bei der unseren Kommunen eine besondere Bedeutung zukommt. Die Bevölkerung soll vor Ort dort beteiligt werden, wo es möglich ist, beispielsweise bei Bürgerwindparks oder Bürgersolarkraftwerken.

Wir sind überzeugt: Der Umbau der Energieversorgung eröffnet neue Chancen für die Wirtschaft und für neue Arbeitsplätze. Bayern und Deutschland können massiv vom Export von Umwelt- und Effizienztechnologien profitieren. Deshalb müssen wir den Weg beschreiten, Herr Ministerpräsident, den Sie in den letzten Wochen in zum Teil erfreulicher rot-grüner Terminologie beschränkt haben. Aber Worte allein reichen nicht. Dieser Haushalt, den wir in diesen Tagen beraten, ist ein energiepolitischer Anachronismus, der nichts mit Ihren warmen Worten zu tun hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

So müssen wir befürchten, dass Ihren Ankündigungen wieder einmal nichts anderes folgt als Tatenlosigkeit, wie es auch in anderen Bereichen beispielhaft ist.

Noch vor gar nicht allzu langer Zeit haben Sie die Integration zu einem zentralen Thema Ihrer Politik gemacht. Sie sagten, es sei für Sie das zentrale Thema. Beim "Politischen Aschermittwoch" der CSU in Passau und heute bei Ihrer Rede im Bayerischen Landtag fand sich nicht ein Wort dazu, obwohl sie doch angeblich von zentraler Bedeutung für unser Land ist.

Die Art und Weise, Herr Ministerpräsident, wie Sie im vergangenen Jahr nach monatelangem Schweigen das Thema in die bayerische Öffentlichkeit eingeführt haben, spricht Bände. Zuerst hatte es den Anschein, als wollten Sie sich überhaupt nicht an der Debatte beteiligen. Die Debatte tobte über mehrere Wochen hinweg in den Medien und lief insbesondere auch in der Sozialdemokratie nicht immer so, wie wir uns das

in Bayern gewünscht hätten. Sie haben geschwiegen und dann plötzlich ein Interview gegeben - klassisch Seehofer! -, in dem Stimmung gemacht wird gegen Zuwanderer, insbesondere mit muslimischem Hintergrund, wobei in Kauf genommen wird, dass damit der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserem Lande beschädigt wird.

Dass es Ihnen, Herr Ministerpräsident, offensichtlich nur darum geht, die Meinungshoheit über die Stamm-tische in Bayern zurückzuerobern, haben Sie beim "Politischen Aschermittwoch" in Passau ein weiteres Mal bewiesen. Nicht etwa hier im Hohen Hause kündigen Sie an, die Bayerische Verfassung verändern zu wollen - auch heute nicht -, nicht etwa mit einer konkreten seriösen Gesetzesinitiative suchen Sie die Debatte mit den Fraktionen im Bayerischen Landtag, deren Zustimmung Sie für eine Verfassungsänderung benötigen. Nein, bei einer bierseligen Rede beim "Politischen Aschermittwoch" schießen Sie aus der Hüfte. Sie hatten zu Beginn Ihrer Amtszeit einen neuen politischen Stil auch gegenüber dem Parlament versprochen. Was damit gemeint war und was davon zu halten ist, das wissen wir jetzt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Es ist nicht weit her damit!)

Das ist ganz gewiss nicht der Stil, den wir uns hier im Hohen Hause von Ihnen wünschen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Bei einem Blick in den Haushalt wird auch deutlich, dass Sie es mit der Integration eben nicht ernst meinen. Seit Ihren unzähligen Initiativen in Bierzelten und gegenüber den bayerischen Medien dachte man, da tut sich etwas. - Nichts von alledem, kein einziger Integrationskurs in Bayern mehr, kein einziger zusätzlicher Sprachförderungskurs in den Vorschulen, in den Kindertagesstätten - im Gegenteil, Sie nehmen hier sogar noch Kürzungen vor -, kein einziger zusätzlicher Erzieher oder sozialpädagogischer Betreuer mit Migrationshintergrund. All das gibt es in Ihrem Haushalt nicht. Deshalb sage ich: Nach den Integrationsdebatten im vergangenen Jahr müssen wir doch jetzt dazu übergehen, zu handeln und auch gesetzgeberisch tätig zu werden.

Deshalb hat meine Fraktion ein Integrationsgesetz in den Bayerischen Landtag eingebracht, das bereits in Erster Lesung behandelt wurde. Voraussetzung für eine gelungene Integration sind für uns nämlich klare Zielsetzungen und eine Willkommenskultur mit festen Regeln. Integration bedeutet für uns Chancengleichheit und die Möglichkeit zur Teilhabe aller am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben,

unabhängig von der sozialen Herkunft und unabhängig von der Religionszugehörigkeit. So sieht unser Gesetzentwurf im Bildungsbereich insbesondere ein verpflichtendes Kindergartenjahr vor Schulbeginn vor, in dem Deutsch ein pädagogischer Schwerpunkt ist. Auch sollen Kinder ohne Deutschkenntnisse nicht in die Schule kommen, sondern so lange ausschließlich und intensiv in Deutsch unterrichtet werden, bis sie in der Schule mithalten können. Die SPD fordert in diesem Gesetzentwurf die verpflichtende Einrichtung von Integrationsbeiräten in Kommunen ab 30.000 Einwohnern und die Einführung des kommunalen Wahlrechts auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Leitgedanke unseres Gesetzentwurfs ist das, was auch Sie einfordern, nämlich das Prinzip von Fördern und Fordern. Leitgedanke ist die Formulierung von Bundespräsident Johannes Rau, der bereits vor zehn Jahren in einer bemerkenswerten Rede eine neue Anstrengung für das Zusammenleben aller Menschen in Deutschland ohne Angst und ohne Träumereien gefordert hat.

Herr Ministerpräsident, ich fürchte, Sie bleiben mit Ihren Einlassungen zur Integration ein gutes Stück hinter dem zurück, was für eine seriöse Debattenkultur in Bayern nötig wäre. Wenn Sie im Haushalt schon nicht die notwendigen Mittel für verstärkte Integrationsbemühungen bereitstellen wollen, so lautet unser Wunsch: Schütten Sie nicht noch Öl ins Feuer. Sie tragen Verantwortung für die Menschen im Land, im Übrigen auch für jene ohne deutschen Pass. Deshalb wünsche ich mir zur Mitte der Legislaturperiode an dieser Stelle von Ihnen deutlich mehr den Ministerpräsidenten und deutlich weniger den CSU-Parteivorsitzenden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Nicht nur Mittel für die Integration werden nicht bereitgestellt. Der Ministerpräsident hat heute so getan, als sei der Haushalt, den wir hier behandeln, ein Kraftpaket. Richtig ist: Es ist ein abgemagerter Haushalt, weitgehend saft- und kraftlos infolge schwarz-gelber Steuergeschenke und des Landesbankdesasters.

(Beifall bei der SPD - Lachen und Zurufe von der CSU und der FDP)

Es ist genau das eingetreten, liebe Kolleginnen und Kollegen, was Sie im vergangenen Jahr bereits befürchtet haben und was Sie jetzt krampfhaft kaschieren wollen, dass Sie nämlich den Haushalt nicht dichtkriegen. Das war schon Ihre Befürchtung im Jahr 2010. Wir erinnern uns noch, was für ein Schlingerkurs das innerhalb der Koalition war. Diesen Schlin-

gerkurs hatten Sie, Herr Kollege Schmid, eröffnet: Befristet müsse der Freistaat Bayern gegebenenfalls in eine Neuverschuldung hineingehen. - So Georg Schmid laut "Süddeutscher Zeitung" vom 19. Mai. Sie wurden daraufhin von Horst Seehofer zurechtgewiesen. Wenn es richtig ist, was die Medien beschreiben, hieß es damals: Maul halten; das wird wirken.

(Zurufe von der CSU)

Auch Herr Hacker von der FDP sagte, wenn wir den Haushalt dieses Mal nicht dichtkriegen würden, müssten wir damit leben.

(Thomas Hacker (FDP): Und wir haben ihn dichtgekriegt, Herr Rinderspacher!)

Wir wissen, wie die Geschichte geendet hat: Dem Ministerpräsidenten ging es am Ende so wie einem Mann, der auf dem Weg zum Konkursrichter noch vom Geldbriefträger eingeholt wird: Erst die November-Steuerschätzung, dann die Haushaltsrechnung 2010 mit Haushaltsverbesserungen und schließlich noch die Rückzahlungen aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich.

(Thomas Hacker (FDP): Gute Maßnahme! - Georg Schmid (CSU): Besser, er kommt! Schlechter ist, wenn er nicht kommt! - Weitere Zurufe von der CSU)

Fakt ist: Angeblich ist zwar Ihr Haushalt ein Kraftpaket, aber die Investitionsquote im Haushalt steigt nicht etwa, sondern sie fällt von 13,8 % auf 10,8 %.

(Georg Schmid (CSU): Das ist auch richtig so!)

Das ist eine der niedrigsten Investitionsquoten in der Haushaltsgeschichte des Freistaats Bayern.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Konjunkturpakete sind Vergangenheit!)

Auch singen Sie, Herr Ministerpräsident, heute wieder das Hohelied des ausgeglichenen Haushalts. Aber die Menschen glauben Ihnen das nicht; denn eines ist doch klar: Durch das Versagen bei der Landesbank und von deren Aufsicht ist die Verschuldung des Freistaats in Ihrer Regierungszeit um 40 % angestiegen.

Insgesamt mussten 10 Milliarden Euro neue Kreditmarktschulden aufgenommen werden, um einen Zusammenbruch der Bayerischen Landesbank zu verhindern. 833 Euro neue Verbindlichkeiten waren das für jeden Bayern, pro Kopf, auf einen Schlag, vom Säugling bis zum Greis. Das Märchen vom ausgeglichenen Haushalt und dass Sie ihn dichtkriegen würden, glaubt Ihnen nun wirklich niemand mehr. Umge-

rechnet auf die Jahre 2009 bis 2013 sind wir wegen der Krise der Landesbank jedes Jahr mit zwei Milliarden neuen Schulden dabei. Täglich zahlt der bayerische Steuerzahler - nach wie vor - 940.000 Euro nur an Zinsen für das Landesbank-Desaster.

(Zurufe von der CSU)

Wir streiten uns in den Landtagsausschüssen teilweise um Kleinstbeträge für soziale und Bildungseinrichtungen, die von den täglichen Zinszahlungen in Sachen Landesbankkredit um ein Vielfaches übertroffen werden. Bislang mussten die Steuerzahler in Bayern satte 456 Millionen Euro nur an Schuldzinsen für das von der CSU zu verantwortende Landesbankdesaster aufbringen. Die CSU-Schuldenuhr tickt weiter. Auch wenn der Untersuchungsausschuss vor Kurzem seine Arbeit abgeschlossen hat - die Probleme bleiben, und sie bleiben auch im bayerischen Staatshaushalt.

Meine Damen und Herren, der Untersuchungsausschuss hat schwere Fehler bei den Verantwortlichen, auch bei CSU-Verwaltungsräten, festgestellt. Jetzt stellen wir heute fest, dass ausgerechnet jener Mann, der es nun Schwarz auf Weiß hat - auch aus den eigenen Reihen wurde ihm ins Stammbuch geschrieben, dass er zu den Mitverantwortlichen für das Landesbank-Desaster zählt -, dass ausgerechnet Georg Schmid für die CSU heute hier im Hohen Hause das Wort ergreifen und die finanzpolitische Solidität seiner Partei darstellen soll.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wir sind wirklich gespannt, Herr Kollege Schmid, wie Sie Ihre Vorstellungen von finanzpolitischer Solidität am Beispiel Ihres persönlichen Wirkens hinsichtlich der Hypo Group Alpe Adria erläutern werden.

Die Lage ist weiterhin ernst. Die Landesbankaffäre überschattet nämlich nach wie vor die politische Kultur unseres Landes, und sie ist, wie dargestellt, auch eine schwere Hypothek für die finanzpolitische Handlungsfähigkeit des Freistaats in Gegenwart und Zukunft. Stellen wir die gesamten Landesbankzinszahlungen von 755 Millionen Euro im Doppelhaushalt Ihrem angeblichen "Aufbruch Bayern" entgegen, so kommen wir auf fast die gleiche Summe. Außerdem wird in vielen Bereichen gekürzt. Sie kürzen bei der Jugendarbeit in den Jugendverbänden, bei der Landesstelle für Schulsport, bei der Jugendhilfe, bei der Unterstützung behinderter Menschen in Bayern, bei der frühkindlichen Sprachförderung. Sie kürzen bei der Wohnraumförderung für Familien, bei der Städtebauförderung, insbesondere bei dem Programm "Soziale Stadt", Sie kürzen bei der Krankenhausförderung und beim Hochwasserschutz, Sie kürzen bei der Baudenkmalpflege, Sie kürzen bei den staatlichen

Museen und bei Bibliotheken und Archiven. Sie streichen wichtige Projekte bis zur Unkenntlichkeit zusammen, geben das Geld aber in Form von unverantwortlichen Steuergeschenken zum Beispiel den Hoteliers. Bis zum Ende des Jahres 2012 sind dies allein 180 Millionen Euro. Meine Damen und Herren, ich halte das für eine gegenüber dem Allgemeinwohl in Bayern unverantwortliche Politik.

(Beifall bei der SPD)

Und im Übrigen: Auch den Doppelhaushalt 2011/2012 können Sie eben nicht ohne neue Kredite ausgleichen. Vielmehr nehmen Sie Kredit auf beim eigenen Grundstockvermögen. Sie haben den Haushalt, meine Damen und Herren, eben nicht, wie im vergangenen Jahr angekündigt, "dichtgekriegt", wie Sie es formuliert haben. Die sogenannte rückzahlbare Ablieferung beim Grundstock beträgt im Jahr 2012 immer noch 582 Millionen Euro - eine finanzpolitische Notoperation. Auch mit Kulissenschieberei ist nicht zu verbergen: Sie verlagern in die Zukunft Kosten, die von unseren Kindern und Kindeskindern zu tragen sind.

Die Zuführungen in den Versorgungsfonds für die Pensionen unserer Beamten werden in den Jahren 2011 und 2012 eingefroren, und besonders interessant ist die Begründung für das Vorgehen. Heute haben wir hier die Lobgesänge des Bayerischen Ministerpräsidenten auf die Stärke unserer Wirtschaft und auf die boomende Konjunktur gehört; im Haushaltsgesetz liest sich das aber ganz anders. Dort heißt es - und das ist die Begründung dafür, dass es keine Zuführungen mehr in den Versorgungsfonds gibt -: "Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht in Bayern ist gestört." - Ein wörtliches Zitat, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD - Zurufe bei den GRÜNEN: Ah!)

Damit wird die Aussetzung der Zuführungen an die Versorgungsrücklagen begründet.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Sehr verehrter Herr Finanzminister, würde man das als haushaltstechnischen Trick bezeichnen, wäre das nichts anderes als Schönrederei.

(Beifall bei der SPD)

Gerade in diesem Punkt wird auf besondere Art und Weise deutlich, dass sich Ihr politisches Handeln eben nur auf die Gegenwart konzentriert, ohne Rücksicht auf das Morgen und Übermorgen und mit weitreichenden Folgen für die nächsten Jahrzehnte, nur

damit Sie selbst kurzfristig politisches Kapital daraus schlagen können. Mit dieser Politik üben Sie das Gegenteil von Generationengerechtigkeit; denn Ihre Zeche müssen am Ende unsere Kinder und Kindeskinde bezahlen. So viel steht fest.

Zur Rückschau in der Mitte der Legislaturperiode, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehört es auch, an der einen oder anderen Stelle, wo es sich anbietet, die Staatsregierung einmal zu loben, und das will auch ich zumindest in einem Punkt tun.

(Georg Schmid (CSU): Heute ist Feiertag! - Zuruf von den GRÜNEN)

Wir Sozialdemokraten, Herr Ministerpräsident, halten es - und das ist auch keine Kritik, die in irgendeiner Form vergiftet wäre - für absolut begrüßenswert und für erfreulich, dass sich die politischen Beziehungen zu unserem Nachbarland Tschechien auch auf der Ebene der Regierungschefs offensichtlich normalisieren.

(Zurufe von der SPD)

Die 350 Kilometer lange gemeinsame Grenze zu unserem Nachbarn darf nicht länger trennen, sondern soll zunehmend verbinden. Wir bayerische Sozialdemokraten haben über viele Jahre hinweg gefordert, dass gerade auch der Bayerische Ministerpräsident endlich Brücken nach Prag bauen soll; Sie sind dieser Forderung nachgekommen. Wir haben gefordert, dass wir die Beziehungen zwischen unseren Ländern nicht nur endlich normalisieren, sondern eine vertiefte Partnerschaft anstreben, die die engen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bayern, Böhmen und Mähren zu neuer Blüte führt, zu einer mitteleuropäischen Zukunft, in der die Geschichte nicht länger trennt.

Wir fordern Sie auf, Herr Ministerpräsident, die neuen, sich verbessernden Gesprächskontakte auch auf das Thema zu lenken, das uns offensichtlich allen auf den Nägeln brennt, nämlich auf den Ausstieg aus der Atomenergie. Unsere Nachbarn im Osten sehen ihr tschechisches Atomkraftwerk in Temelin immer noch so, wie die CSU noch vor wenigen Wochen das bayerische Atomkraftwerk Isar 1 betrachtet hat.

Ich bin aber überzeugt, dass das Thema Temelin bei Ihrer nächsten Zusammenkunft mit dem tschechischen Ministerpräsidenten ein zentrales Thema sein sollte. In jedem Fall begrüßen wir ausdrücklich diesen erkennbaren, wenn auch überfälligen Kurswechsel im Verhältnis zu unseren tschechischen Nachbarn. Wir fordern Sie auf, die sich verbessernden Beziehungen mit vielen konkreten gemeinsamen bayerisch-tschechischen Projekten zu untermauern, und wir sichern

Ihnen zu: Sie haben dabei auch die Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Nichtsdestotrotz gibt es auch einige Themen, bei denen Schwarz-Gelb nicht auf einen Nenner kommt. Sie alle aufzuführen, würde heute den zeitlichen Rahmen sprengen. Ich nenne nur ein Beispiel: Gentechnik.

Der bayerische Wissenschaftsminister hat am Montag vergangener Woche auf dem Wissenschaftscampus in München-Martinsried für die Agrogentechnik in Bayern geworben. Nach Staatsminister Dr. Heubisch müsse man auch Freilandversuche mit genmanipulierten Pflanzen wieder aufnehmen, um keine angeblich negativen Folgen für die bayerische Wissenschaft und Wirtschaft hervorzurufen.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Wir kennen die tatsächliche Haltung der Bayerischen Staatsregierung zum Thema Agrogentechnik nicht; auch von Ihnen haben wir dazu noch kein deutliches Wort gehört. Und wenn doch, dann hätten Sie spätestens am letzten Montag Herrn Staatsminister Dr. Heubisch zurückpfeifen müssen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Als SPD formulieren wir ein klares Nein zur Agrogentechnik

(Zuruf von den GRÜNEN - Beifall bei der SPD)

und fordern die Staatsregierung auf, endlich dem Netzwerk der gentechnikfreien Regionen Europas beizutreten.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von den GRÜNEN)

Es gibt einige Versprechungen, die Sie getan haben, die man nicht alle im Einzelnen aufführen muss. Aber Sie haben gleich zu Beginn Ihrer Amtszeit den Menschen in Bayern versprochen, dass Sie einen neuen Stil pflegen wollten, sowohl hier im Hohen Haus als auch im Dialog mit den Menschen. Abgesehen von einem medial aufgepumpten Internetchat und einigen modischen und recht teuren Internetpodcasts ist davon aus meiner Sicht nicht viel übrig geblieben.

Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag hat Ihnen eine ganze Reihe von sehr konkreten Vorschlägen unterbreitet, wie eben tatsächlich mehr Mitwirkung, mehr Mitsprache der Bürger unseres Landes gewährleistet werden kann.

Wir haben als erste Fraktion - andere sind uns gefolgt - ein Informationsfreiheitsgesetz in den Bayerischen Landtag eingebracht. Die bayerischen Bürgerinnen und Bürger sollen ohne Angabe von Gründen freien Zugang zu Informationen von bayerischen Behörden bekommen. Bei diesen Informationen und Auskünften kann es etwa um die Planung eines Kindergartens, die Sauberkeit eines Badesees oder den Bau einer Umgehungsstraße gehen. Persönliche Daten sollen dabei geschützt werden.

Ein solches Informationsfreiheitsgesetz stärkt nicht nur die Beteiligungsrechte der Bürger, es fördert auch die Akzeptanz staatlichen Handelns. Wir bedauern es sehr, dass unsere Initiative von Schwarz-Gelb abgelehnt wurde. Das wäre ein Beitrag gewesen, meine Damen und Herren, zu der von Herrn Ministerpräsidenten Seehofer versprochenen Bürgernähe.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion hat Sie darüber hinaus beim Wort nehmen wollen, dass die Menschen in Bayern ihre Belange wieder vermehrt auch selbst sollen in die Hand nehmen können, dass sie selbst bestimmen sollen, wo es langgeht. Es sollte aber aus unserer Sicht eben nicht bei leeren Worten bleiben; wir sollten tatsächlich mehr Demokratie wagen.

Deshalb hat die SPD einen Gesetzentwurf eingebracht, die Volksgesetzgebung in Bayern nach dem Vorbild Wilhelm Hoegnens weiter auszubauen: Wir wollen die Bürger intensiver an den demokratischen Prozessen beteiligen. Wir fordern, die Eintragungsfrist beim Volksbegehren von 14 Tagen auf einen Monat zu verlängern. Außerdem soll die Unterzeichnungserklärung beim Volksbegehren nicht nur in den von den Gemeinden bestimmten Eintragungsräumen abgegeben werden können, sondern auch in freier Sammlung.

Das ist ein ganz konkreter Vorschlag von uns gewesen - CSU und FDP haben das abgelehnt. Mehr Bürgerbeteiligung, mehr Mitsprache, mehr konkrete Partizipation - das wollen Sie offensichtlich nicht. Und auch heute sind Sie uns eine konkrete Antwort darauf schuldig geblieben, wie Sie Ihre Versprechen vom Beginn der Legislaturperiode jetzt umsetzen wollen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Stattdessen vergeuden Sie - auch in diesem Haushalt - eine Unmenge an Geld für die Image-Werbung der Bayerischen Staatsregierung.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie werden es schon brauchen!)

Die Selbstdarstellung des Regierungschefs, meine sehr verehrten Damen und Herren, kostet die Steuerzahler in Bayern so viel Geld wie in keinem anderen Bundesland. Die unverhältnismäßig hohen Ausgaben zum Zwecke der Selbstvermarktung der Regierung Seehofer sind aus unserer Sicht mit dem Streichkonzert in Kultur-, Jugend- und Sozialbereich in keinster Art und Weise zu vereinen.

(Beifall bei der SPD)

Klar ist auch, dass dann der stellvertretende Ministerpräsident Zeil in nichts nachstehen will. Er gönnt sich nun zur besseren Vermarktung seiner selbst eine Neben-Staatskanzlei: Mehrere Stellen werden dafür neu geschaffen, 382.000 Euro kostet das Ganze. Meine Damen und Herren, Herr Zeil ist kein Bürokratieabbau-, sondern ganz offensichtlich ein Bürokratieaufbauminister!

(Beifall bei der SPD)

Repräsentanz und Image ist alles. Image-Politik treibt der Regierungschef auch, wenn er eine Aufwertung des ländlichen Raums in der Bayerischen Verfassung fordert. Ich bin überrascht, dass heute vom Herrn Ministerpräsidenten nicht nur nichts zur Integration kam - kein einziges Wort, obwohl es doch ein so zentrales Thema ist, das seinen Niederschlag in unserer Verfassung finden muss -, sondern auch kein einziges Wort zum ländlichen Raum.

(Beifall bei der SPD)

Da hat ihm sein Zukunftsrat sein Porzellan zerdeppert und die ländliche Bevölkerung gegen die CSU aufgebracht. Schon wird hastig mit einem durchsichtigen Manöver schnell die Beruhigungsspielle organisiert, dass der ländliche Raum in der Verfassung aufgewertet werden soll. Herr Ministerpräsident, Sie haben es in der Exekutive in der Hand, mehr für die ländlichen Räume zu tun. Im Doppelhaushalt spielen aber die strukturschwachen Gebiete in Bayern allenfalls eine untergeordnete Rolle. Die großen Brocken werden weiterhin insbesondere auf die Metropolregionen konzentriert. Wir sagen: Das Geld soll dort eingesetzt werden, wo es am meisten fehlt, um dem Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in ganz Bayern Geltung zu verschaffen.

Heute will ganz gewiss niemand den Eindruck erwecken, der demografische Wandel und in der Folge die Abwanderung aus strukturschwachen Gebieten könnten durch die Politik per Knopfdruck korrigiert werden. Aber eines ist doch klar: Jede Region hat ihre eigenen Herausforderungen und braucht deshalb auch eigene Lösungsansätze. Deshalb dürfen die ländlichen Regionen nicht von den Zentren und Metropolen aus de-

finiert werden. Sie sind keine Resträume. Herr Ministerpräsident, wir hätten uns heute dafür interessiert, wie Sie genau das organisieren wollen.

(Beifall bei der SPD)

Noch beim "Politischen Aschermittwoch" in Passau haben Sie große Themen verkündet, die Sie das ganze Jahr über mit Ihrer Partei durchdringen wollen. Interessanterweise ist es heute in Ihrer Regierungserklärung bei ein paar leeren Worthülsen wie aus einem Marketingkatalog geblieben. Das ist keine Politik, die sich die Menschen im Freistaat Bayern wünschen. Das steht für mich fest.

(Beifall bei der SPD)

Wie Sie Politik für die ländlichen Räume machen, das lässt sich am Beispiel der Elektromobilität besonders gut darstellen. Bei diesem wichtigen Zukunftsthema, bei dem es um die Modernisierung unseres Landes geht und darum, eine Brücke für die Automobilindustrie zu schlagen, die einen Strukturwandel durchmacht, hat die Staatsregierung jahrelang geschlafen und den notwendigen Umbau politisch nicht begleitet. Horst Seehofer ist dann im Jahre 2009 bei seiner Reise durch China aufgefallen, dass es auch elektrische Antriebstechniken bei der Mobilität gibt. Schwuppdwupp wurden aus dem Handgelenk ein paar Steckdosen für Bad Neustadt in der Rhön, für Garmisch-Partenkirchen und für den sogenannten E-Wald in Ostbayern organisiert. Das Ganze findet - wie uns das die Protagonisten vor Ort glaubhaft versicherten - ohne jegliche Koordination durch die Staatsregierung statt. Hauptsache, man hat wieder ein wenig mehr Mobilität und Innovation in den Medien-Bulletins sowie ein paar warme Worte für diejenigen, die in den strukturschwachen Gebieten leben.

Vorausschauende Politik sieht anders aus. Die "vorausschauende Politik", wie sie von Ihnen gehandhabt wird, ist auch in einem anderen Bereich deutlich geworden: Jahrelang war klar, dass es im Schuljahr 2011/2012 einen doppelten Abiturjahrgang im Freistaat Bayern geben wird. Klar war, dass die Studierendenzahlen stark ansteigen werden. Dass die Wehrdienstreform hinzukommen wird, konnte damals noch niemand ahnen. Wie handelte die Staatsregierung? - Sie hat nicht etwa vorausschauend die notwendigen Maßnahmen eingeleitet. Nein: Auf den allerletzten Drücker mussten neue Studienplätze geschaffen werden. Der Wissenschaftsminister musste eingestehen, dass diese Maßnahmen in Wahrheit vorne und hinten nicht reichen und dass der Freistaat Bayern noch mindestens 10.000 weitere Studienplätze benötigt. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, so sieht vorausschauende Politik eben nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Ein letztes Beispiel: Die SPD hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode parlamentarische Initiativen für eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet in allen Orten Bayerns als Teil der Daseinsvorsorge ergriffen. Der damals zuständige Staatsminister Huber hat dies konsequent abgelehnt, weil dies keine staatliche Aufgabe sei. Er lehne dieses planwirtschaftlich angelegte sozialistische System der SPD völlig ab. Heute sind wir glücklicherweise etwas weiter. Aber das von Herrn Staatsminister Zeil organisierte Bürokratie-Monstrum in Sachen DSL-Förderung stellt die Kommunen - das ist die höfliche Formulierung - immer noch vor erhebliche Herausforderungen. Die inzwischen verloren gegangene Zeit bedeutet für den Freistaat einen volkswirtschaftlichen Schaden, insbesondere im ländlichen Raum.

Wir sagen: Soziale Gerechtigkeit hat auch eine räumliche Dimension. Als SPD haben wir deshalb auch in dieser Legislaturperiode eine Reihe von Vorschlägen eingebracht, wie der ländliche Raum aufgewertet werden kann. Wir haben deutlich gemacht, dass der Kabinettsbeschluss vom März 2010, wonach es keine neuen Hochschulen für angewandte Wissenschaften mehr geben soll, aus unserer Sicht ein Fehler ist. Die SPD fordert flexible Standards für alle Bereiche des täglichen Lebens, die der Staat auch bei sinkenden Einwohnerzahlen verantworten kann und verantworten muss.

Das Wichtigste für den ländlichen Raum ist eine bessere Finanzausstattung unserer Kommunen. Auch hierzu haben wir zahlreiche Vorschläge in den Bayerischen Landtag eingebracht. Der wichtigste dieser Vorschläge ist, dass die Verbundquote im kommunalen Finanzausgleich jährlich um 0,5 Prozentpunkte bis zu einer Endstufe von 15 % erhöht werden soll. Davon hätten die Kommunen ganz konkret etwas.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben kein Wort zur Integration gesagt, obwohl diese für Sie angeblich ein zentrales Thema ist. Sie haben auch kein Wort zu den ländlichen Räumen gesagt, obwohl diese doch ebenfalls für Sie ein zentrales Thema sind. Es ist wohl auch kein Zufall, dass Sie der Schulpolitik in Ihrer Regierungserklärung kein Augenmerk geschenkt haben. Zu Beginn der Legislaturperiode hatten Sie noch versprochen, für kleinere Klassen und mehr Lehrer zu sorgen. Die Schüler, Eltern und Lehrer an den Schulen warten jedoch bis heute weitgehend vergebens auf erkennbare Verbesserungen. Bei den Ganztags-schulangeboten ist Bayern weiterhin auf einem der letzten Plätze aller Bundesländer. Lediglich 5 % aller

Schülerinnen und Schüler im Freistaat kommen in den Genuss von schulischen Ganztagsangeboten. Auch durch diesen Haushalt wird sich an den Schulen in Bayern erkennbar nichts verbessern. So steht fest: Knapp die Hälfte der Mehrausgaben beim Schulpersonal geht an die Pensionäre. Die Steigerungen sind auf die Beihilfe und die Versorgung zurückzuführen.

1.320 Lehrerstellen braucht Herr Dr. Spaenle allein, um die Rückführung der Arbeitszeiterhöhung zu kompensieren. Diese Stellen bedeuten also keine zusätzlichen Lehrer an den Schulen. Diese Lehrerstunden kompensieren vielmehr zu einem hohen Teil die Arbeitszeitverkürzung. Sie machen eine Schulpolitik weit weg vom Bedarf und von den Bedürfnissen der Betroffenen. Leider müssen wir feststellen, dass der Bildungserfolg unserer Jugendlichen immer noch vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Noch immer fällt im Freistaat Bayern viel zu viel Unterricht aus. Noch immer werden Lebenswege von Kindern mit dem zehnten Lebensjahr vorgezeichnet. Noch immer macht Bayern bei der Bildungsgerechtigkeit keine Fortschritte.

Die SPD hat mehrere parlamentarische Initiativen eingebracht, unter anderem für eine umfassende Lernmittelfreiheit und für einen Rechtsanspruch auf einen Ganztags-schulplatz, weil es nicht so bleiben darf, dass ein Kind aus einer Familie in schwächeren Verhältnissen eine vielfach geringere Chance hat, das Abitur zu machen, als ein Kind aus gut situierten Verhältnissen.

(Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Mit Gerechtigkeit hat das nichts zu tun!)

Ein Ganztags-schulplatz hilft im Übrigen auch jenen, die in besonderer Weise darauf angewiesen sind, Familie und Beruf miteinander in Einklang zu bringen. Alleinerziehende sind regelrecht darauf angewiesen. Sie haben nämlich in Bayern ein Armutsrisiko von 42 %. Mehr als 160.000 Kinder in Bayern leben unterhalb der Armutsgrenze. Mit der Ganztags-schule wird teure Nachhilfe und Hausaufgabenbetreuung wieder in die Schule zurückverlagert.

Wir Sozialdemokraten wollen an Bayerns Schulen ein Lernangebot, das auf jedes Kind individuell zugeschnitten ist. Die SPD-Fraktion hat einen Gesetzentwurf eingebracht und möchte mit der Gemeinschaft-schule den Weg von Fortschritt und Innovation in der Schulpolitik beschreiten. Wir wollen damit nicht andere Schularten abschaffen. In unserer Schule der Zukunft steht jedoch die individuelle Förderung im Vordergrund. Die Lehrpläne sind konsequent auf die Kinder abgestellt. Wir stehen für ein Lernen ohne Brüche und ohne Druck in einer Kultur des Miteinanders.

Jede Schülerin und jeder Schüler erhält das Lernangebot, das für sie oder für ihn am besten passt, im Übrigen werden auch die Leistungsstarken in besonderer Art und Weise gefördert.

(Harald Güller (SPD): Das ist gerecht!)

Die Gemeinschaftsschule ist auch eine konsequente Antwort auf ein ganz zentrales Problem im ländlichen Raum. In den vergangenen zehn Jahren mussten mehr als 700 Schulstandorte im Freistaat Bayern schließen. Die Gemeinschaftsschule funktioniert mit ihrem innovativen pädagogischen Konzept bereits in Einheiten ab 100 Schülerinnen und Schülern. Die Kinder können bis zur zehnten Klasse in ihrem Heimatort zur Schule gehen. Die wohnortnahe Schule ist wichtig. Wenn wir feststellen, dass es an dieser Stelle ein Problem gibt, wenn wir gemeinsam der Meinung sind, dass Schüler eben nicht eine Stunde bis zur Schule und wieder zurück transportiert werden sollen, dann müssen wir mit dem Schulkonzept den Weg der Innovation gehen. Aus meiner Sicht ist dieses Konzept völlig alternativlos. Die Stagnation in Ihrer Schulpolitik ist in Wahrheit ein Rückschritt, der für unser Land nicht zu verantworten ist.

(Beifall bei der SPD)

Eine bessere Schulpolitik mit mehr Ganztagschulangeboten, eine flächendeckend und bedarfsgerecht organisierte Kinderbetreuung wären im Übrigen ein realer Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Mit großer Sorgfalt hat die CSU im vergangenen Jahr eine Diskussion zur Frauenquote inszeniert, die im Konkreten jedoch weitestgehend ohne Belang geblieben ist. Frauen spielen de facto mit Horst Seehofer an der Spitze weder im Kabinett noch in der CSU eine größere Rolle als früher.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Auch zu Hause nicht!)

Wie wenig ernst es die Regierungsfractionen es mit der Gleichstellung meinen, zeigt die Tatsache, dass alle parlamentarischen Initiativen der Opposition abgelehnt wurden. Die SPD fordert die flächendeckende Einführung der Quotierung in der Wirtschaft, im öffentlichen Dienst, an den Hochschulen sowie die Beseitigung geschlechtsbedingter Lohnunterschiede. Mit unserer in den Landtag eingebrachten Änderung des Gleichstellungsgesetzes wollten wir erreichen, dass im öffentlichen Dienst in Bayern bei gleicher Eignung Frauen bevorzugt zumindest in den Bereichen eingestellt werden, in denen sie unterrepräsentiert sind. In Rheinland-Pfalz, in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen wird die Quotierung bei der Einstellung

und Beförderung bereits angewandt, um eine deutliche Erhöhung des Frauenanteils zu erreichen.

(Renate Dodell (CSU): Warum gibt es dann keine SPD-Fraktionsvorsitzende?)

CSU und FDP haben auch diese unsere Initiative abgelehnt. Ihre angebliche Öffnung zu einer engagierteren Frauenpolitik in der CSU bis hin zu einem Come-together-Abend mit Generalsekretär Alexander Dobrindt in Lachshäppchenatmosphäre ist nichts anderes als eines der vielen Showelemente Seehoferischen Ursprungs.

(Beifall bei der SPD)

Weit aus dem Fenster gelehnt hat sich der Ministerpräsident zu Beginn des Jahres in Wildbad Kreuth, als er in Anwesenheit des DGB-Chefs in Bayern Sympathie für das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" zeigte. Er sagte, er habe sogar Sympathien für den Mindestlohn. Im Bund hat er bei den Verhandlungen über Hartz IV den Bremser gegeben - ganz anders, als er es heute dargestellt hat. Dabei hätte es die Gelegenheit gegeben, hier im Freistaat Bayern etwas für faire Löhne zu tun. Wir, die SPD-Fraktion, haben den Entwurf eines Vergabegesetzes eingebracht, das von der CSU und der FDP abgelehnt wurde. Wir wollten damit sicherstellen, dass nur solche Unternehmen von den öffentlichen Händen einen Zuschlag für ausgeschriebene Arbeiten erhalten sollen, die sich bei der Abgabe des Angebots verpflichten, ihre Arbeitnehmer bei der Ausführung dieser Leistungen nach den in Bayern für Tarifvertragsparteien geltenden Tarifen zu entlohnen, wenigstens aber Mindestlöhne bezahlen. Eine zentrale Forderung der SPD war ein definierter Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde, soweit die vorgesehenen Löhne 8,50 Euro unterschreiten oder soweit es keine Tarifverträge gibt. Die Beachtung ökologischer Kriterien und die Frauenförderung sollten dabei ebenfalls eine Rolle spielen. Auch dies wurde von der CSU und der FDP abgelehnt. Der Ministerpräsident zeigte entgegen seinen Bekundungen vor Mikrofonen und Journalisten überhaupt keinen Eifer, sich für gerechte Löhne und gute Arbeitsbedingungen im Freistaat Bayern einzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Er nimmt es auch hin, dass in Bayern mittlerweile knapp 200.000 Beschäftigte in Leiharbeit tätig sind und dabei nur knapp die Hälfte dessen verdienen, was ein regulär Beschäftigter für die gleiche Arbeit erhält. Meine Damen und Herren, der Aufschwung muss doch jetzt auch bei denen ankommen, die ihn maßgeblich erarbeitet haben. Einen entscheidenden Anteil zum Aufschwung trug doch nicht die Bayerische Staatsregierung bei, wie es von Ihnen, Herr Mi-

nisterpräsident, selbstgefällig dargestellt wurde. Zum Aufschwung trugen unter anderem auch die Beschlüsse der Großen Koalition, die Konjunkturpakete von Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück und die von Olaf Scholz initiierte Kurzarbeit bei. Ausschlaggebend für diesen Aufschwung war der Fleiß der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Freistaat Bayern. Diese müssen an diesem Aufschwung jetzt auch partizipieren können, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt eine Fülle von Beispielen für leere Versprechungen des Bayerischen Ministerpräsidenten aus den vergangenen zweieinhalb Jahren. Es gab große Worte, die tatsächliche Leistungsbilanz ist aber nicht mehr als eine bloße Leerstelle. Das große Projekt fehlt. Wichtige und notwendige Weichenstellungen werden im Kabinett nicht vorgenommen. Die Regierung fungiert vorwiegend als Zentralorgan bloßen Verwaltungshandelns und als Maschine zum Abspulen wohlklingender Presseverlautbarungen.

Ich fasse deshalb zusammen: Die Staatsregierung hat in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren Energien und Ressourcen im schwarz-gelben Koalitions-Klein-Klein und in Abgrenzungskämpfen zueinander geradezu verschleudert. Wertvolle Zeit für die wichtige Modernisierung in unserem Land wurde vertan. Die Staatsregierung hat bis heute kein tragfähiges Konzept dafür erarbeitet, wie in Zeiten der Globalisierung, der Energiewende und des demografischen Wandels der Wohlstand in unserem Land gehalten werden kann und wie er dort noch ausgebaut werden kann, wo es Rückstände gibt. Die finanziellen Handlungsspielräume des Freistaats wurden durch schwere Fehler bei der Landesbankaufsicht und durch steuerpolitische Fehlsteuerungen im Bund massiv verknappt. Die angebliche Energiewende von Schwarz-Gelb ist bis heute unglaublich. Sie wird haushalterisch nicht nur nicht vollzogen, sondern geradezu konterkariert.

Notwendige schulpolitische Weichenstellungen werden verschleppt. Innovation und Fortschritt in der Bildung - so viel scheint heute festzustehen - wird es mit Schwarz-Gelb nicht geben. Diese Stagnation bedeutet Rückschritt.

Wichtige Infrastrukturmaßnahmen werden von Schwarz-Gelb vertagt. Der Staatsregierung ist es sogar gelungen, die Stadt- und die Landbevölkerung vollkommen ohne Not gegeneinander aufzubringen. Der Ministerpräsident hat heute eine Halbzeitbilanz aus mitunter erfreulichen wirtschaftlichen Kennzahlen vorgelegt, die aber ganz gewiss nicht die Bayerische

Staatsregierung verursacht hat und die sie nicht zu verantworten hat.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Sondern die bayerischen Sozialdemokraten? - Georg Schmid (CSU): Die SPD aber wirklich nicht!)

Der Ministerpräsident badet geradezu in einer marketingmäßig aufbereiteten Fülle von politischen Themen. Er packt sie jedoch nicht an. Auch das ist heute wieder deutlich geworden. Die Regierung Seehofer denkt und handelt allenfalls in Quartalsschritten. Oft hat man den Eindruck, dass sie einfach in den Tag hineinlebt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die letzten zweieinhalb Jahre hier im Hohen Hause haben aber auch gezeigt, dass es politische Alternativen gibt.

(Dr. Manfred Weiß (CSU): Euch?)

Ich habe heute wenigstens anhand einiger Punkte aufgezeigt, welche Initiativen wir ganz konkret im Bayerischen Landtag eingebracht haben und was wir anders machen würden.

(Alexander König (CSU): Das ist aber niemandem aufgefallen! - Georg Schmid (CSU): Davon haben wir noch nichts gesehen, das muss noch kommen!)

Die Opposition aus SPD, FREIEN WÄHLERN und GRÜNEN - das betone ich deswegen, weil es keinesfalls selbstverständlich ist - arbeitet in freundschaftlichem Wettbewerb, teilweise mit unterschiedlichen Akzentuierungen und Schwerpunktsetzungen gut und vertrauensvoll zusammen. Sie arbeitet zumindest weit besser und zielführender zusammen als CSU und FDP in der Regierung jemals dazu in der Lage wären.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER - Thomas Hacker (FDP): Wir arbeiten so gut zusammen, dass wir auch gemeinsam Gesetze vorlegen können!)

Uns in der Opposition eint mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes die Erkenntnis, dass unsere Heimat eine bessere Regierung verdient hat.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER - Thomas Hacker (FDP): Das glauben nur Sie selbst!)

Wir arbeiten konzentriert und konstruktiv darauf hin, Schwarz-Gelb nach Möglichkeit bereits 2013 abzulösen. Eines ist klar: Schwarz-Gelb hat kein Konzept.

Schwarz-Gelb hat abgewirtschaftet. Bayern hat mehr drauf. Bayern kann es besser.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Der nächste Redner ist der Vorsitzende der CSU-Fraktion, Herr Kollege Schmid.

**Georg Schmid (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Rinderspacher, Sie haben in den letzten 38 Minuten ein Bild von Bayern gezeichnet, das den Leistungen der Menschen in diesem Land nicht gerecht wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Horst Arnold (SPD): Pflichtverletzungen! - Zurufe von der SPD)

Ihre Vorwürfe sind nur Unterstellungen. Herr Rinderspacher, Sie haben selbst die Tatsache kritisiert, dass es Regierungserklärungen gegeben hat, obwohl Sie immer Informationen fordern. Sie haben von fehlenden Grundüberzeugungen gesprochen. Die Grundüberzeugung, die ich aus Ihrer Rede herausgelesen habe, lautet wie folgt: Am besten ist es, alles schlecht und madig zu machen und Kritik zu üben. Das reicht jedoch für die Übernahme der Regierungsverantwortung durch die SPD nicht aus. Das soll auch so bleiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit Ihren letzten Sätzen haben Sie gesagt, dies sei Ihr Konzept. In den letzten 38 Minuten habe ich viel gehört, jedoch kein Konzept.

(Zurufe von der SPD)

Wie wollen Sie Bayern gestalten? Die Menschen wollen Antworten auf ihre Fragen. Herr Rinderspacher, in den letzten 38 Minuten haben Sie keine Antworten gegeben.

(Zurufe von der SPD)

Deshalb befinden Sie sich bei den Umfragen genau dort, wo Sie hingehören: Bei 16, 17 und 18 %. Die Menschen wissen, was richtig ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie sind rückwärtsgewandt, haben keine Zukunftsvision und keine Perspektive. Ich frage Sie: Wo ist Ihr Aufbruch? Am 25. Januar hat der Ministerpräsident seine Regierungserklärung zum Thema Aufbruch gegeben. Damals habe ich Sie bereits gefragt: Wo sind Ihre Konzepte? Wenn Sie gute Ideen haben, könnten

wir diese in unser Konzept einbauen. Aber weder am 25. Januar noch heute haben Sie irgendwelche Vorschläge gemacht, die unser Konzept verbessern oder ergänzen könnten.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Welches Konzept?)

Ihr Aufbruch ist heute wieder einmal ausgeblieben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

An einer ähnlichen Stelle habe ich schon einmal die Jusos zitiert. Das kann man nicht oft genug sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Stefan Schuster (SPD))

- Lieber Stefan, das kann man nicht oft genug sagen: "Die bayerische SPD klagt nur Schwarz-Gelb an, ohne eigene Konzepte vorzulegen." Wir haben das schon mehrfach angemerkt. Wo die Jusos recht haben, haben sie recht, nämlich genau an dieser Stelle.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn Sie noch nicht einmal Ihre eigene Partei überzeugen können, wie wollen Sie die Menschen im Lande überzeugen? Ich betone: Das, was wir im Zusammenhang mit dem Aufbruch miteinander diskutiert haben - Ihre Ideen- und Konzeptlosigkeit -, hat sich bis heute nicht verbessert. Verlassen Sie sich darauf, das werden wir noch oft sagen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ihre Politik!)

Wenn Sie kein Konzept und keine Vorschläge haben, sollten das die Menschen in diesem Land auch wissen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

- Johanna Werner-Muggendorfer ist auch da.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ja, warum?)

Auch Sie darf ich zitieren: "Was uns fehlt, sind die Erfolge. Die wirklich Erfolglosen in Bayern sind die Sozialdemokraten." Hörst, hörst, so ist es.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

In der vorigen Woche haben Sie die Menschen in Bayern verunglimpft, indem Sie ein Pamphlet der Friedrich-Ebert-Stiftung vorgestellt haben. In diesem

Land gibt es Menschen mit einem ausgeprägten Nationalgefühl, die sich für dieses Land engagieren und zu diesem Land stehen. Dazu sagen Sie: Wer patriotisch ist, ist ein Rechtsextremer.

(Widerspruch bei der SPD)

Herr Rinderspacher, das lassen sich die Menschen in diesem Land nicht gefallen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Eine Unverschämtheit!)

Sie sollten einmal nachlesen, worüber letzte Woche diskutiert worden ist.

(Ludwig Wörner (SPD): Sie können noch nicht einmal richtig lesen! Leseschwäche!)

Der Beste in der Opposition zu sein, wäre gar nicht so schwer. Herr Rinderspacher, Sie müssten nur einmal sagen, dass Sie für etwas sind. Bis auf das Lob für den Ministerpräsidenten bezüglich seiner Reise nach Prag habe ich in 38 Minuten nicht einen einzigen positiven Satz gehört.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

- Herr Aiwanger, Sie sind noch nicht dran. Gedulden Sie sich. Sie kommen heute noch an die Reihe. Machen Sie sich keine Sorgen. Hören Sie mir zu. Ich habe Ihnen auch zugehört.

Sie haben nicht einen einzigen positiven Punkt genannt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das haben Sie überhört!)

Das finde ich schade. Heute hätten Sie die Chance, diesem Haushalt des Aufbruchs zuzustimmen.

(Lachen bei der SPD)

Das ist heute Ihre letzte Chance für die nächsten zwei Jahre.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Fasching ist vorbei!)

Leider verweigern Sie sich der Realität. Es wäre klug, gut und richtig, wenn Sie dem Haushalt heute zustimmen würden. Das wäre ein Signal an die Menschen. Sie haben heute gefordert, wir sollten in einer schwierigen Zeit alles gemeinsam machen. Es wäre deshalb folgerichtig, wenn Sie dem Haushalt zumindest in Teilen zustimmen würden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie müssen vorher unseren Anträgen zustimmen!)

- Herr Aiwanger, dazu komme ich gleich. Herr Aiwanger und die GRÜNEN werden dem Haushalt wohl nicht zustimmen. Die GRÜNEN sind ohnehin gegen alles.

(Widerspruch bei den GRÜNEN - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr wollt mit ihnen zusammenarbeiten! Schwarz-Grün!)

Die GRÜNEN sind gegen Olympia, gegen Wasserstraßen, gegen Stromleitungen, gegen Pumpspeicherkraftwerke und örtlich sogar gegen Geothermie. Sie sind gegen alles. Das ist die Wahrheit. Wenn es darum geht, was man tun und machen sollte, im Abstrakten, sind Sie stark. Wenn es um das Konkrete geht, sind Sie immer dagegen. Auf diese Weise kann ein Land nicht regiert werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Herr Aiwanger, immer mehr zu fordern, ist keine solide Politik. Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben die FREIEN WÄHLER 920 Millionen Euro an Mehrforderungen eingebracht. Das ist alles andere als eine solide Haushaltspolitik.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Landesbank!)

Frau Bause, 645 Millionen Euro zusätzlich zulasten der kommenden Generationen zu fordern, ist keine solide Haushaltspolitik. Herr Rinderspacher, die SPD hat 330 Millionen Euro Mehrausgaben gefordert.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Landesbank! - Ludwig Wörner (SPD): 17 Milliarden Euro!  
- Volkmar Halbleib (SPD): Das sind noch nicht einmal die Zinsausgaben!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Sinne einer erfolgreichen Zukunftspolitik steht an erster Stelle immer die Entscheidung bezüglich der politischen Grundausrichtung, der politischen Zielsetzungen. Welche Ziele verfolgen wir? Welche Herausforderungen gilt es zu bewältigen? Politik kann nur erfolgreich sein, wenn die finanziellen Ressourcen dafür zur Verfügung stehen. Der Haushalt, den wir in dieser Woche beraten, ist das zentrale Steuerungsinstrument für die Realisierung der Zielsetzungen in der Politik für die Zukunft eines Landes. Utopien, die an der Realität und der Finanzierbarkeit vorbeigehen, können die Zukunft nicht gestalten. Sie führen ins Abseits und in die unverantwortliche Verschuldung.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Landesbank!)

Deshalb sind die Entscheidungen in dieser Woche mit dem Beschluss über den Doppelhaushalt auch die

Grundlage für die Arbeit der kommenden zwei Jahre. Finanzielle Mittel stehen nicht unbegrenzt zur Verfügung. Die Aufnahme neuer Schulden kommt für uns nicht in Frage. Diese Politik geht zulasten der kommenden Generationen. Ich bin dem Ministerpräsidenten dankbar, dass er auf die Generationengerechtigkeit in besonderer Weise hingewiesen hat. Herr Rinderspacher und Frau Bause, Ihre Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen zeigen uns leider, wie Rot-Grün Politik macht: Schulden über Schulden auf Kosten der nachfolgenden Generationen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): 10 Milliarden Euro Landesbank! - Zurufe von der SPD)

Die christlich-liberale Regierung in Nordrhein-Westfalen ist noch mit geringeren Beträgen ausgekommen. Jetzt sieht die Lage so aus: Bombastische Neuverschuldung in Höhe von 8,4 Milliarden Euro im Nachtragshaushalt. Sogar der Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen musste eingreifen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben nach Österreich überwiesen!)

- Wollen Sie rechtfertigen, dass Nordrhein-Westfalen 8,4 Milliarden Euro Schulden gemacht hat, die vom Verfassungsgerichtshof beanstandet wurden?

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Meine Damen und Herren! Zwischenrufe sind grundsätzlich zulässig. Sie sollten den Redner aber nicht hindern, seine Gedanken vorzutragen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Er kann weiterlesen! - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Schmid, jetzt haben Sie wieder das Wort.

**Georg Schmid (CSU):** Vielen Dank, Herr Präsident. Wenn das Verfassungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen feststellt, dass das, was dort gemacht wird, verfassungswidrig ist und die SPD das möglicherweise gutheißt, ist nur zu fragen: Wer will solchen Abgeordneten die Verantwortung für dieses Land überlassen?

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Landesbank! - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Die Menschen wollen das auch nicht.

(Beifall bei der CSU)

Die Schulden von Rot-Grün steigen weiter. Sozi am Steuer, das wird teuer. Das sieht man an Nordrhein-Westfalen.

(Alexander König (CSU): Das war schon immer so; das ist eine alte Lebensweisheit!)

- Alte Lebensweisheit.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Kollege Schmid, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Georg Schmid (CSU):** Nein.

Sozis am Steuer: Das wird teuer.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

In der "Süddeutschen Zeitung" habe ich gelesen, dass Sie, Frau Bause, einen Ausflug nach Nordrhein-Westfalen machen wollen, um dort zu lernen, wie es richtig geht. Ich sage Ihnen eines: Wenn es um Finanzpolitik geht, wäre es besser, Sie fahren nicht nach Nordrhein-Westfalen, sondern Sie bleiben in Bayern. Hier haben Sie ein gutes Vorbild und ein gutes Beispiel.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie können Abendkurse anbieten!)

Nun sind wir bei einer weiteren richtigen Summe. Wenn Sie nach Nordrhein-Westfalen kommen, unterhalten Sie sich über den Länderfinanzausgleich.

(Ludwig Wörner (SPD): Reden Sie über Bayern?)

- Wer zahlt denn 3,8 Milliarden Euro? Was alles könnten wir uns dafür leisten, wenn wir keine so hohe Summe in den Länderfinanzausgleich abliefern müssten!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Eine Landesbank!)

Was könnten wir alles machen!

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Auch ich bin für Solidarität. Bayern hat neun Milliarden Euro bekommen, hat allerdings zwischenzeitlich 34 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich eingezahlt. Dass sich heute aber manche Länder etwas leisten, was wir uns nicht leisten können, wir das aber bei den anderen finanzieren, hat weder mit Gerechtigkeit noch mit Solidarität zu tun.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Bayern ist und bleibt trotz des Länderfinanzausgleichs das Land mit den solidesten Staatsfinanzen. Der Dop-

pelhaushalt 2011/2012 ist der sechste und siebte Haushalt ohne neue Schulden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Landesbank!)

Es war ein richtiges und wichtiges Signal, das meine Fraktion auf unserer Klausurtagung in Kloster Banz im September 2010 gesetzt hat und das von unserem Koalitionspartner, lieber Thomas Hacker, gleichermaßen mitgetragen wurde. Jetzt müssen wir Prioritäten setzen. Wir müssen entscheiden, was wir uns leisten können und wollen, wo die Schwerpunkte liegen, was hochrangige und was nachrangige Priorität hat. Diese Weichenstellung erfordert hohe Verantwortung, der wir in diesen Tagen gerecht werden müssen. Solide Haushaltspolitik ist ein Markenzeichen Bayerns.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Von Georg Schmid!)

Die CSU hat seit Jahrzehnten Zeichen gesetzt und erhält für ihre nachhaltige Haushaltspolitik stärkste Kompetenzwerte in der Bevölkerung.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

Ich sage Ihnen eines: Nicht Berlin, nicht Nordrhein-Westfalen sind Maßstab. Maßstab für solide Haushaltspolitik sind der Freistaat Bayern und unsere Regierung, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir übernehmen in der Koalition mit dem Doppelhaushalt entschlossen Verantwortung für dieses Land. Wir investieren weiter in die Zukunft unseres Landes. Wir haben eine Investitionsquote von 12 % nach alter Rechnung. Ich glaube, die richtige Rechnung muss lauten:

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wir brauchen auch die Bildungsleistungen unter dem Begriff der Investitionsquote. Wir müssen miteinander den Begriff "Investitionsquote" neu definieren. Nicht nur Beton, nicht nur Gebäude und nicht nur Straßen sind Investitionen, sondern auch die Investition in die Köpfe macht die Investitionsquote in unserem Lande aus.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe bei der SPD - Ludwig Wörner (SPD): Das fordern wir seit Jahren!)

- Sie haben alles schon einmal gefordert. Dazu kann ich gar nichts sagen; denn das ist immer schon mal dabeigewesen.

(Natascha Kohnen (SPD): Wo sind denn die Lehrkräfte, Herr Schmid?)

- Dazu komme ich noch.

(Zuruf von der CSU: In der Schule! - Natascha Kohnen (SPD): Nein, auf der Straße!)

Dieser Doppelhaushalt ist die Fortsetzung einer erfolgreichen Politik. Wo standen wir heute vor fast genau zwei Jahren, bei den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2009 und 2010? - Wir hatten die größte Wirtschaftskrise. Wir haben damals von der größten Wirtschaftskrise seit 1929 gesprochen. Wir hatten ein massiv sinkendes Wirtschaftswachstum. Wir hatten Angst vor steigender Arbeitslosigkeit und vor dem Gang in die Kurzarbeit. Wie haben wir reagiert? - Die Koalition aus CSU und FDP hat die richtigen Weichenstellungen vorgenommen. Wir haben uns anti-zyklisch verhalten. Wir haben, Kollege Georg Winter, zusätzlich investiert. Deswegen hat sich damals die Investitionsquote erhöht. Das war unsere Absicht.

Das Konjunkturprogramm des Bundes haben wir finanziell begleitet und umgesetzt. Dieses Programm hat in der Wirtschaft exzellent gewirkt. Es hat vieles angekurbelt, vieles auf den Weg gebracht. Ministerpräsident Seehofer hat erwähnt, dass über 4.000 Betriebe mit dem Mittelstandsschirm begleitet und unterstützt wurden. Damit sind fast 80.000 Arbeitsplätze bestätigt und gesichert worden. Der Doppelhaushalt 2009/2010 war ein Konjunkturhaushalt, der wichtige Signale an die Wirtschaft ausgesandt hat.

Die Koalition hatte die Zeichen der Zeit erkannt - ich gebe Ihnen recht, Herr Rinderspacher - und war an der Seite der mutigen Unternehmer und der fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dadurch haben wir die Krise bewältigt. Die Opposition hat auch damals vor zwei Jahren versagt. Obwohl wir jetzt wissen, dass es der richtige Weg war, verweigerte sie sich und hat dem Haushalt nicht ihre Zustimmung gegeben. Ich stelle fest: Wir waren auch damals die Gestalter, und Sie von der Opposition waren die Neinsager.

(Beifall bei der CSU)

Wo stehen wir heute, zwei Jahre später? - Kein europäisches Land ist so gut aus der Krise gekommen wie Deutschland. Kein Bundesland ist so gut aus der Krise gekommen wie Bayern. Beides kommt nicht von ungefähr. Wir konstatieren jetzt ein starkes Wirtschaftswachstum und am Ende des Jahres vielleicht ein gutes Stück über 3 %. Wir haben nahezu Vollbeschäftigung. Heute haben wir die neuesten Arbeitsmarktdaten erhalten und sehen, dass der Arbeitsmarkt eine exzellente Entwicklung nimmt, der

Lehrstellenmarkt sehr gut bestückt ist und wir die jungen Menschen in Arbeit und Ausbildung bringen können. Export und Binnennachfrage sind gleichermaßen im Aufwärtstrend. Der Süden ist Motor und Vorreiter. "Der Süden leuchtet", schreibt das "Handelsblatt" -, zu Recht.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Baden-Württemberg!)

- Wie lange noch? - Wir werden abwarten. Nicht schon kritisieren, wir werden abwarten.

Das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln bestätigt den Trend mit dem "Chancenindex" Bayern. Am besten, so heißt es dort, aus der Krise gekommen sind Bayern und Baden Württemberg. Die mit Abstand schlechteste Bilanz hat wer? - Wowereits rot-rotes Berlin. Dort, wo die Union Verantwortung hat, haben wir bessere Daten, bessere Zahlen, stärkeres Wirtschaftswachstum und geringere Arbeitslosigkeit. Dort geht es den Menschen besser, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Der wirtschaftliche Erfolg ist uns nicht in den Schoß gefallen. Er ist hart erarbeitet. Wer ihn für gegeben hält, hat ihn schon verloren. Wirtschaftlicher Wohlstand ist kein Selbstzweck. Er ist die Voraussetzung für eine gute Zukunft, für Beschäftigung, für sichere Arbeitsplätze und soziale Sicherheit. Wir ruhen uns nicht auf den Erfolgen von gestern aus, sondern schaffen Spielräume und die Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft.

Jetzt haben wir die Möglichkeit, die Ziele auf festem Fundament neu zu formulieren und die politischen Prioritäten neu festzulegen. Herr Rinderspacher, Sie haben davon gesprochen, warum in dem Haushalt noch die Problematik steckt, die in seiner Gesamtstruktur begründet ist, weil wir noch nicht die Einnahmen haben, die wir schon einmal hatten. Die Problematik des strukturellen Defizits besteht nach wie vor. Deswegen müssen wir in dieser Situation auch noch sparen, um dann wieder Freiräume für zusätzliche Investitionen zu haben. Ich halte es für richtig, wenn wir für drei große Bereiche politische Zeichen und Signale setzen wollen. Vorher müssen wir uns aber, weil wir noch strukturelle Defizite haben, zunächst die Spielräume dafür schaffen.

Deswegen haben der Ministerpräsident und die Koalition Ende Januar mit der Regierungserklärung "Aufbruch Bayern" unsere prioritären Politikfelder für die nächsten zwei - ich sage: drei - Jahre bis zum Ende dieser Legislaturperiode vorgestellt: Familie, Bildung und Innovation. Für uns steht der Mensch als Person

im Mittelpunkt. Die Talente der Menschen sind unser wertvollster Rohstoff. Deshalb investieren wir 389 Millionen Euro zusätzlich in Bildung; ich sage noch einmal: 389 Millionen zusätzlich. Die Ideen der Menschen bringen uns Wohlstand; deswegen fördern wir Innovationen mit 452 Millionen Euro zusätzlich; 452 Millionen! Die Familien unterstützen wir mit zusätzlich 227 Millionen Euro. Wir stärken so den sozialen Zusammenhalt. Die geistige Grundlage und ein starkes Fundament dafür sind das christliche Menschenbild, die soziale Marktwirtschaft und die solidarische Leistungsgesellschaft.

Wenn ich auf das Thema Bildung zu sprechen kommen darf, das Sie, Herr Rinderspacher ganz am Ende Ihrer Rede noch haben einfließen lassen: Ich nenne noch einmal die Summe von 389 Millionen Euro zusätzlich über diese eine Milliarde Euro hinaus für weitere Investitionen. Das Bildungssystem, das wir in Bayern haben, liebe Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir nicht schlechtreden. Wir haben das beste Bildungssystem in der gesamten Bundesrepublik, und wir dürfen uns das nicht kaputt machen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU - Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wir haben 13 Schularten, die 19 verschiedene Wege anbieten, um zum Schulabschluss zu kommen. Lieber Karl Freller: kein Abschluss ohne Anschluss. Der Satz gilt.

(Natascha Kohnen (SPD): 8 % sind ohne Abschluss!)

Der Satz gilt, und der Satz ist gut. Ich kann das an vielen Beispielen belegen. Heute sind 35.000 junge Menschen am Gymnasium, aber 26.000 machen ihren Abschluss an BOS und FOS und haben die Chance, an der Fachhochschule weiterzustudieren. Dieses Angebot wird von den Schülerinnen und Schülern in exzellenter Weise angenommen.

Es wäre falsch, wenn wir das Berliner System wählen würden, bei dem die Plätze am Gymnasium per Los verteilt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann doch kein Vorbild für Bayern sein, die Plätze am Gymnasium per Los zu verteilen. Mit sozialer Gerechtigkeit hat das aber schon überhaupt nichts zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU - Alexander König (CSU): Aber mit der SPD hat das etwas zu tun! - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Schmarrn!)

Deswegen wundere ich mich auch darüber, dass jetzt in Nordrhein-Westfalen das Berliner Schulsystem zum

Vorbild genommen wird. Man wundert sich darüber, dass man den Kindern in Nordrhein-Westfalen das Gleiche antun will, was man den Schülern in Berlin schon angetan hat.

Herr Rinderspacher, Sie haben die Gemeinschaftsschule erwähnt. Die Gemeinschaftsschule gehört in die Mottenkiste. Sie hat sich einfach nicht bewährt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Sie haben keine Ahnung, von was Sie reden, keine Ahnung haben Sie!)

Das gegliederte Schulwesen fördert die Talente junger Menschen am besten. Ich glaube, dass den jungen Menschen in diesem Lande wenig geholfen ist, wenn wir noch einmal zehn Jahre über die Frage des Bildungssystems, über die Struktur des Bildungssystems diskutieren. Wir müssen im Einzelfall positive und gute Lösungen finden, aber sollten nicht weitere zehn Jahre über das überkommene System der Gemeinschaftsschule diskutieren.

(Beifall bei der CSU - Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

Die Eltern in Berlin und in Hamburg haben es doch bestätigt. Die Eltern wollen das nicht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aber Sie wollen das, die CDU wollte es aber!)

- Ja, das war auch ein gravierender Fehler, der dort gemacht worden ist, Herr Aiwanger.

(Natascha Kohnen (SPD): Und was ist mit Schleswig-Holstein?)

Wir sagen Ja zu unseren Realschulen, wir sagen Ja zu unseren Gymnasien. Wir sind für eine begabungsgerechte Bildung und wollen die Schwächeren fördern, die Stärkeren fordern. Aber die ideologische Systemdebatte sollten wir am besten heute beenden, weil sie in unserem Lande nicht weiterführt.

(Beifall bei der CSU - Alexander König (CSU): Das ist schon lang an der Zeit!)

Ich darf noch einen kritischen Satz anfügen: Wir sollten uns nicht an den Interessen der Kommunalpolitik orientieren, wenn es darum geht, das eine oder andere Schulhaus vollzumachen. Das sage ich als jemand, der seit 26 Jahren in der Kommunalpolitik tätig ist. Wir sollten uns nicht mehr an den Interessen der Verbände orientieren, sondern am Wohl der Kinder. Das ist unser Orientierungsmaßstab, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Darauf warten wir schon lange!)

Ich will auch keine verpflichtende Ganztagschule. Wir müssen Angebote schaffen; seit 2008 haben wir gebundene Ganztagschulen. An dieser Stelle danke ich Ludwig Spaenle. 785 sind es zwischenzeitlich; er hat die Zahl nahezu verdoppelt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Klassen, keine Schulen!)

Wir haben 3.100 Ganztagsgruppen, 5.000 Gruppen zur Mittagsbetreuung. Danke, Ludwig Spaenle; das waren wichtige und richtige Entscheidungen. Wir wollen keine verpflichtende Ganztagschule, wir wollen Wahlfreiheit der Eltern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Zuerst müssen wir ein Angebot haben, damit wir wählen können!)

Wir haben unser Versprechen im Haushalt eingehalten. Es war unlängst eine erbärmliche Diskussion: Trotz dieser zusätzlichen Lehrerstellen, die wir zur Verfügung gestellt haben - von 2007 bis 2012 waren es 5.800 - ist in den Verbänden so lange diskutiert worden, bis man am Schluss den Eindruck hatte, es sind 10.000 Lehrer weniger. Also irgendwie hat jemand da einen Fehler in der Mathematik gehabt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das wart wahrscheinlich ihr!)

Von 2010 bis 2012, Herr Ministerpräsident, haben wir die Bildungsleistungen um 300 Millionen erhöht. Diese Zahl ist bisher unbestritten. Von 2008 bis 2012 haben wir die Ausgaben für Bildung um eine Milliarde erhöht. Diese Zahlen sprechen für sich, und sie sprechen eine klare Sprache.

(Beifall bei der CSU - Alexander König (CSU): Die Zahlen sind einmalig in Deutschland!)

Jeder dritte Euro geht in Bildung, in Forschung und in die Hochschulen. Diese Zahlen können sich sehen lassen. Im Vergleich der Ausgaben für Bildung schauen wir exzellent aus: Wir stehen nämlich auf Platz 1 in ganz Deutschland, und da brauchen wir von niemandem Nachhilfe.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Richtig, wir sind die Besten!)

Herr Rinderspacher, die SPD hat in der letzten Legislaturperiode eine Bildungsmilliarde gefordert. Diese Forderung haben wir schon weit übererfüllt.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

- Da hilft die Lautstärke auch nicht. Sie sollen das zur Kenntnis nehmen. Das wäre eine gute Möglichkeit für Sie, die Staatsregierung und die CSU-Fraktion einmal zu loben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Schaut doch nur, wie lobesbedürftig er ist! - Markus Rinderspacher (SPD): Gerade in der Bildungspolitik haben Sie so viel Lob verdient!)

Aber auch diese Chance, Herr Rinderspacher, haben Sie ausgelassen. Es wäre gut gewesen. Eine Politik des "Wünsch Dir was" ist fantasielos und auch nicht realistisch, weil wir auf solide Finanzen zu achten haben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Siehe Landesbank!)

Zum Thema Innovation: Vorige Woche habe ich bei der Diskussion über Atomkraftwerke und über die Energiewende darauf hingewiesen, dass wir im "Aufbruch Bayern" Mittel dafür vorgesehen haben. Schon vorausschauend haben wir Mittel für solare Energieumwandlung, Smart Grids, intelligente Stromnetze und die Steigerung der Energieeffizienz eingeplant: Schauen Sie in den Haushaltsplan hinein; wir haben in den Bereich "Innovation" schon viele dieser Dinge aufgenommen. Ich halte das für ganz wichtig. Wir haben für den Bereich der erneuerbaren Energien schon vorausschauend Finanzmittel vorgesehen. Und trotzdem, auch darauf darf ich noch einmal hinweisen: Bayern steht gut da in Deutschland, wenn es um erneuerbare Energien geht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Weil die Wasserkraft schon hundert Jahre alt ist!)

Ja, weil die Wasserkraft da ist, weil wir Geothermie nutzen können, weil wir auch Solarenergie nutzen, wir nutzen Photovoltaik - wir nutzen die Möglichkeiten schon. Dass der Wind vielleicht im Norden stärker weht, ist richtig; aber es wäre gut, wenn wir gemeinsam über alle Parteigrenzen hinweg auch dafür Sorge tragen würden - und nicht dagegen sind -, wenn die Stromleitungen vom Norden in den Süden gebaut werden sollen.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Frau Gote, Sie sollten an dieser Stelle nicht laut reden. Sie sind doch diejenigen, die ständig dagegen sind, wenn es im Konkreten darauf ankommt. Sie sind immer dagegen, wenn es um eine konkrete Leitung geht. Das ist doch Ihr Prinzip.

(Beifall bei der CSU)

Zum ländlichen Raum: Der Zukunftsrat hat in seinem fast hundertseitigen Papier auch gute Vorschläge gemacht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann ist ja alles in Ordnung!)

Aber dort, wo er eine andere Auffassung vertreten hat als die Politik der Koalition, sage ich Ihnen: Der Zukunftsrat macht Vorschläge, und die Politik entscheidet. Wie sah denn die Entwicklung in den ländlichen Räumen in den vergangenen 30, 40 Jahren aus? Ich sage Ihnen: Die ländlichen Räume haben sich auch deswegen so gut entwickelt, weil wir dem Grundsatz gefolgt sind, die Arbeit zu den Menschen zu bringen, auch zu denen, die in kleinen Städten und in Dörfern leben. Damals arbeiteten noch 30 % der Menschen in den ländlichen Räumen, in der Landwirtschaft, heute sind es vielleicht noch 3 %. Wir haben den Strukturwandel geschafft.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Darum ziehen die weg!)

Wir haben die Infrastruktur in diesen Regionen verbessert. Baugebiete sind ausgewiesen worden, für die Handwerker vor Ort sind Möglichkeiten geschaffen worden.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Darum ziehen die weg!)

Wer mit offenen Augen durch das Land fährt, sieht, wie sich in den vergangenen Jahrzehnten die Situation in den Dörfern verändert hat. Schauen wir das Vereinsleben an; schauen wir, was an Infrastruktur für die Freizeit geschaffen worden ist. Schauen wir die Schützenheime an.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Darum ziehen die weg, Mensch!)

Wo wären denn die Menschen hingekommen, wenn wir vor 30 oder vor 40 Jahren dem Rothemund-Plan gefolgt wären und nur noch Kommunen ab 10.000 Einwohner als förderungswürdig angesehen hätten? Das war der Plan der SPD, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist die Wahrheit. Sie haben das wohl schon ganz vergessen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Heute reden Sie vom ländlichen Raum so, als ob Sie sich schon immer dafür engagiert hätten. Das ist doch nicht die Wahrheit.

Wir müssen die Infrastruktur weiter verbessern. Die Mittel für den Staatsstraßenausbau haben wir von 148 auf 215 Millionen Euro erhöht. Auch dafür wäre ein Lob angebracht gewesen, Herr Rinderspacher.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Auch für den kommunalen Finanzausgleich wäre ein Lob gut gewesen. Georg Winter, du warst bei den Verhandlungen mit der kommunalen Ebene dabei. Die Vereinbarung zum kommunalen Finanzausgleich wurde einmütig bestätigt. 6.374 Milliarden - eine beeindruckende Summe, gerade in schwierigen Zeiten. Es gibt noch einmal zusätzliche finanzielle Mittel. Das ist ein gutes Beispiel für richtige Entscheidungen der Koalition.

Ich komme zum Thema "Migration - Integration". Herr Rinderspacher, das Beste, was man für Integration tun kann, ist die Schaffung von Arbeitsplätzen, damit die Menschen in Lohn und Brot kommen.

(Zurufe von der SPD)

- Ich übernehme das gern, keine Sorge: Der Ministerpräsident hat sich auf fünf, sechs wesentliche Punkte konzentriert; ich darf hier ergänzen. In Bayern leben Migranten überwiegend von ihrer eigenen Hände Arbeit, nicht von Hartz IV. Fast 70 % der Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern gehen einer geregelten Arbeit nach. Die Arbeitslosenquote unter Migranten in Bayern ist mit 8,5 % niedriger als der Arbeitslosendurchschnitt in der Bundeshauptstadt. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Sie sehen: Das ist Integrationspolitik, wie sie am besten wirkt.

(Zuruf von der SPD: Und deswegen kämpfen Sie bis zur letzten Patrone?)

Die Zahlen zur Ausbildungssituation sind heute dem Kabinett vorgestellt worden. Was ist denn für junge Migrantinnen und Migranten die beste Begleitung, die beste Unterstützung? Die Lehrstelle, nichts anderes!

(Beifall bei der CSU)

Die brauchen keinen Integrationsbeirat, die brauchen einen Ausbildungsplatz. Dann sind sie erfolgreich und können in das Berufsleben einsteigen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben 400 Schulklassen dort neu gebildet, wo Migrantenkinder zahlenmäßig überwiegen. Die Integration von Migrantenkindern erfordert mehr Aufwand, mehr finanzielle Mittel, zusätzliche Klassen. Wir

haben entsprechend gehandelt. Auch dafür danken wir Ludwig Spaenle.

Herr Rinderspacher, wir fordern aber auch eine klare Wertorientierung an unserer christlich-europäischen Tradition. Übersetzt bedeutet das: Ja zum Rechtsstaat, nein zur Selbstjustiz! Keine Unterdrückung der Frauen! Null Toleranz gegenüber Gewaltkriminalität! Keine Bildung von Ghettos! Bei uns gilt das Grundgesetz, nicht die Scharia. Das sagen wir auch beim Thema Integration.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Multikulti ist nicht unsere Devise, sondern unser Grundsatz lautet: Wer bei uns leben will, muss mit uns leben wollen. Aber auch wir müssen dafür sorgen, dass diese Menschen integriert werden und die Chance haben, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Herr Ministerpräsident, ich bedanke mich an dieser Stelle sehr herzlich bei Ihnen, weil Sie in fünf Ansatzpunkten aufgezeigt haben, worum es geht. Als ersten Punkt nenne ich die starke Wirtschaftskraft unseres Landes. Wenn wir nicht gut wirtschaften, können wir uns alles andere nicht leisten. Zweiter Punkt ist die Generationengerechtigkeit. Wir wollen keine Politik - insbesondere keine Finanzpolitik - zulasten der kommenden Generationen betreiben. Wir wollen gemeinsam in allen Verantwortungsfeldern Politik gestalten, auch mit den Kommunen. Damit das gelingt, müssen die Kommunen gefördert und finanziell begleitet werden; das geschieht. Ich nenne als Drittes die innere Sicherheit. Sie ist die generelle Grundlage für eine gute politische Entwicklung des Landes.

Wir setzen viertens Schwerpunkte auf Bildung - dabei geht es auch um Chancen für die Zukunft und Innovation - wir richten den Blick nach vorn - sowie fünftens auf Familien und Kinder; sie bilden das Fundament unseres Landes. Wenn wir diese Grundsätze beachten, können wir das Land in eine gute Zukunft führen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei unserem Finanzminister Georg Fahrenschon für die vielen Gespräche und Diskussionen. Ich glaube, wir legen einen exzellenten Haushalt vor, in dem alle Details optimal ausgewogen sind. Ich danke herzlich Georg Fahrenschon. Vielen Dank, lieber Herr Finanzminister!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich danke auch dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Georg Winter, und seinem Team sowie den Kollegen von der FDP, Thomas Hacker und Karsten Klein, für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Otto Bertermann (FDP))

Wir leben in politisch spannenden Zeiten. Jetzt heißt es: Handeln und nicht das Blaue vom Himmel versprechen! Nur die Spendierhosen anzuziehen, wie die Opposition es vorhat, aber andere bezahlen zu lassen - das geht nicht. Man darf auch nicht bremsen, wenn mutige Entschlossenheit gefordert ist. Ohne beherztes Handeln werden wir die Zukunft Bayerns verspielen.

(Zuruf von der SPD: Ein Teil ist schon verzockt!)

Wir als wirtschaftsstarkes Land stehen in einem intensiven Wettbewerb, nicht nur mit Regionen in Deutschland und in Europa, sondern mit Ländern in der ganzen Welt. Ruhen wir uns nicht auf den Erfolgen von gestern aus! Schaffen wir gemeinsam die Grundlagen für eine erfolgreiche Zukunft! Sagen wir Ja zum Doppelhaushalt des Aufbruchs! Investieren wir vor allem in Familie, Bildung und Innovation!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Herr Kollege Schmid. - Es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen, weil Zwischenfragen nicht zugelassen waren.

Wir beginnen mit Frau Kamm. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Herr Kollege Schmid, Sie haben von der Bedeutung von Arbeit und Ausbildungsplätzen für Integration gesprochen. Was machen Sie dagegen, dass in Schwaben, insbesondere in Ihrem Stimmkreis, viele junge Leute nach ihrer Ausbildung im Metallbereich keinen festen Arbeitsplatz bekommen, sondern nur ein Leiharbeitsverhältnis?

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Schmid, bitte schön.

**Georg Schmid (CSU):** Ich kenne die Zahlen in meinem Stimmkreis sehr genau und weiß auch von der Schule in Donauwörth. Dort sind wir vor wenigen Monaten mit Landtagspräsidentin Barbara Stamm gewesen. Alle, die in der Klasse gesessen haben, auch die Migrantenkinder, haben eine Ausbildung bekommen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Und dann in die Leiharbeit!)

Zunächst geht es doch darum, dass wir die jungen Menschen in Ausbildung bringen. Dafür, dass das ge-

lungen ist, sollten wir dankbar sein. Dann müssen wir schauen. Da fast Vollbeschäftigung herrscht und angesichts des lauten Rufes nach Facharbeitern aus dem außereuropäischen Ausland wird sich die Frage sehr schnell lösen. Ich habe von dieser Stelle aus wiederholt gesagt. Wir müssen die Menschen, die bei uns leben - auch die Migrantenkinder - und eine gute, solide Ausbildung haben, in unseren Arbeitsmarkt integrieren. Es ist kontraproduktiv, wenn wir an dieser Stelle nach Fachkräften aus dem außereuropäischen Ausland rufen, Frau Kollegin. Das wäre der falsche Weg. Wir können und müssen nur die unterbringen, die eine Ausbildung haben und bei uns leben. Da sollte man nicht nach Facharbeitern aus dem außereuropäischen Ausland rufen. Das würde den Migrantinnen und Migranten nämlich nicht weiterhelfen.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Die nächste Zwischenbemerkung macht Herr Abgeordneter Halbleib.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Wir kennen aus jeder Haushaltsrede die polemischen Bemerkungen, die auf Sie zurückfallen. Ich darf dafür drei Beispiele nennen.

Erstens. Sie haben die Änderungsanträge der SPD-Fraktion mit einem Finanzvolumen von 330 Millionen Euro gekennzeichnet und die Frage der finanzpolitischen Solidität in den Raum gestellt. Ich frage Sie, wie es sich dazu verhält, dass allein die Zinsen und die ausgefallenen Fonds für die Landesbank in einem Haushaltsjahr 380 Millionen Euro betragen und dass Sie im Verwaltungsrat mit Ihrer Verantwortung dazu beigetragen haben, dass es bei der Landesbank zu dem Finanzdesaster kam.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Sie haben, obwohl in Bayern offenbar doch einige Probleme bestehen, mit dem Finger auf Nordrhein-Westfalen gezeigt. Sie sollten sich einmal im Detail mit den dortigen Verhältnissen befassen.

(Georg Schmid (CSU): Lieber nicht!)

- Passen Sie nur auf! Es fällt auf Sie selbst zurück. Die schwarz-gelbe Koalition in Nordrhein-Westfalen hatte unter Jürgen Rüttgers als Ministerpräsidenten einen Haushalt vorgelegt, der 6,4 Milliarden Euro Neuverschuldung beinhaltete. Und jetzt stellen Sie sich hier hin und tun so, als handelte es sich um ein rot-grünes Problem. Sie selbst, die Union und die FDP, halten die Netto-Neuverschuldung in Höhe von 6,4 Milliarden Euro in Ihrem eigenen Etatentwurf. Da ist es schon sehr scheinheilig, den Finger auf Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen zu richten.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen sagen Sie dazu immer, in Nordrhein-Westfalen sei niemals eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts eingetreten. Aber Sie selbst verwenden in Ihrem eigenen Regierungsentwurf genau das, was das Verfassungsgericht in Nordrhein-Westfalen kritisiert hat. Das Gericht hat nämlich gesagt, es gebe keinen Beleg dafür, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört sei. Sie selbst nutzen in Bayern, obwohl Sie Ihre Verhältnisse als wirtschaftlich brilliant darstellen, genau diese Formel von der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, um zu rechtfertigen, dass Sie keinen Cent dem Versorgungsfonds zuführen. Das ist jedenfalls keine solide Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Zum Dritten. - -

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Halt, Herr Kollege! Die zwei Minuten sind herum.

Jetzt Herr Schmid.

**Georg Schmid (CSU):** Zunächst zu den zusätzlichen Forderungen. Herr Rinderspacher, ich müsste fast sagen, dass es sich im Vergleich zu den früheren Jahren um eine Verbesserung handelt. Ich erinnere mich noch an den letzten Haushalt. Da ging es um zusätzliche Forderungen von 2 Milliarden Euro. Es ist natürlich immer leicht, zusätzliche Forderungen zu erheben. Dennoch bin ich der Auffassung, dass es richtig und vernünftig ist, einen Haushalt auf den Weg zu bringen, der nicht zu einer Neuverschuldung führt. In eine Neuverschuldung geht man hinein, wenn man zusätzlichen Wünschen nachgeben will. Zu addieren sind 900 Millionen, 600 Millionen, 300 Millionen Euro. Dies erwähne ich, um es zu dokumentieren. Wenn man zusätzliche Wünsche hat, muss man sich die Frage stellen: Wo kann ich Ausgaben zurückführen, und wo spare ich ein?

Der Pensionsfonds wird uns auch beim Nachtragshaushalt in ganz besonderer Weise beschäftigen. Das ist für uns ein wichtiges Thema. In der gegebenen Situation wäre es falsch gewesen, den Pensionsfonds dadurch auszustatten, dass man woanders Geld aufnimmt. Wir haben immer noch das strukturelle Defizit. Das haben auch Sie angesprochen. Wir hoffen, dass das Problem durch die zusätzlichen Einnahmen gelöst werden kann.

Was Nordrhein-Westfalen betrifft, so ist es ein einmaliger Vorgang, dass ein Haushalt von einem Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wird. Sie sollten an dieser Stelle die Dinge nicht schönreden. Es ist ein ganz besonderer Fall, dass das Gericht festgestellt hat: Der Haushalt, den die nordrhein-westfälische

Landesregierung aufgestellt hat, entspricht nicht dem Gesetz und widerspricht der Verfassung. Das sollte man also nicht schönreden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Der nächste Redner ist der Vorsitzende der Fraktion der FREIEN WÄHLER, Herr Kollege Aiwanger.

**Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute Zukunftskonzepte für Bayern. Wir FREIEN WÄHLER vertreten hierzu die Position, dass der Industriestandort Bayern gestärkt und gleichzeitig zum Wissens- und Innovationsstandort weiterentwickelt werden muss.

Wir stellen dabei fest, dass es eine Reihe wichtiger politischer Themenfelder zu bearbeiten gilt. Wir werden sie jetzt gemeinsam nacheinander abarbeiten. Ich sage Ihnen dann, wohin die FREIEN WÄHLER wollen, wo momentan die Regierung steht und wo es Verbesserungsbedarf gibt.

Bildung ist alles. Alles beginnt mit Bildung. Deshalb ist die Bildungspolitik für uns der Dreh- und Angelpunkt einer funktionsfähigen gesamtbayerischen Politik. Eine Politik, die die Bildung nicht ernst genug nimmt, wird am Ende mit ihren Ergebnissen scheitern.

Wir stellen fest, dass im frühkindlichen Bereich nicht das getan wird, was getan werden müsste. Wir erneuern an dieser Stelle unsere Forderung nach einem kostenfreien Kindergartenjahr, damit den Familien ein eindeutiges Signal dafür gegeben wird, wohin wir wollen. Es muss ein Signal sein, dass eine finanzielle Belastung gesamtgesellschaftlich getragen werden muss, um unser Ja zu Kindern und Familien zu unterstützen.

Wir haben zu diesem Bereich immer wieder Anträge eingereicht. Dabei geht es darum, die Intensität der frühkindlichen Betreuung zu verbessern, ob es nun den Einsatz von Logopäden oder andere Verbesserungen betrifft. Gleichzeitig plädieren wir für einen Abbau der Bürokratie im Bereich des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes, damit den Erziehern der Freiraum gegeben wird, mit den ihnen anvertrauten Kindern vernünftig zu arbeiten.

Für die Grundschulen fordern wir weiterhin eine deutliche Stärkung der individuellen Förderung, mehr Kompetenzen für die Schulen, mehr Lehrer und Power, damit in kleineren Klassen Kinder gezielt unterrichtet werden können. 25 Kinder pro Klasse in weiterführenden Schulen und in Grundschulen sind ein Problem. Es wäre verantwortungslos, es nicht anzu-

gehen. Deshalb sagen wir mit Blickrichtung auf alle Schultypen: 25 Kinder - gerade auch bei den Grundschulen - sind die alleroberste Grenze. Eigentlich müsste man für Grundschulen eine Klassenstärke von 20 bis 22 Kindern fordern; denn es geht darum, auf die Kinder individuell einzugehen.

Die Mittelschule ist Ihr neues Kind, Ihr neues Modell, um der Hauptschulproblematik zu begegnen. Auch hier sagen wir: Es handelt sich um einen Zwischenschritt, einen Versuch, der die Lösung aber nicht bringen wird. Wir fordern Sie schon heute auf, im Bereich der Bildungspolitik Konzepte vorzulegen, die einer regionalen Schulentwicklung den Weg öffnen und es zulassen, dass in strukturschwachen, kinderarmen Gegenden Haupt- und Realschulen zusammenwirken, und zwar dort, wo es die Schulfamilie will, wo es die Kommunalpolitik will. Solchen Entwicklungen sollte man dort mehr Freiräume geben. Man sollte den Lehrern und den Schulen mehr Kompetenzen einräumen; denn bisher ist alles viel zu strikt.

Wir haben die Zuständigkeit von Schulen, selber Lehrer zu suchen. Dabei stößt man auf einen Markt, der kaum Lehrer hat, weil dem Lehrerberuf über Jahre hinweg keine Perspektive geboten worden ist. Was es da an Freiraum gibt, ist zu wenig. Es ist sogar ein vergifteter Apfel, wenn man dem Schulleiter sagt: Du darfst dir deine Lehrer für die Schüler selber aussuchen, weil der Staat keine mehr findet.

Dieser Zustand ist zu wenig. Schulen leiden jetzt unter Nachteilen, die vorher von anderen verschuldet worden sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zur Bildungspolitik muss weiter festgestellt werden, dass Realschulen und Gymnasien an vielen Standorten völlig überfüllt sind. Dort gibt es übergroße Klassen.

Auch an den Hochschulen gibt es unhaltbare Zustände. Das erkennt man anscheinend erst jetzt, im Jahr 2011. In diesem Zusammenhang muss auch die Initiative der FREIEN WÄHLER gesehen werden. Ich sage dem Kollegen Piazzolo Dank, der schon im letzten Jahr darauf hingewiesen hat, dass die zur Verfügung stehenden Plätze hinten und vorn nicht ausreichen. Meine Damen und Herren, das haben Sie erst in den Jahren 2010/2011 festgestellt. Die Auswirkungen Ihrer bildungspolitischen Entscheidung von 2003, das achtjährige Gymnasium einzuführen, haben Sie erst im vergangenen Jahr zur Kenntnis genommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das heißt, Sie wurden von den Auswirkungen Ihrer eigenen Politik überrascht. Genauso wurden Sie ein zweites Mal überrascht von den Auswirkungen der Abschaffung der Wehrpflicht. Als Ihr Kollege zu Guttenberg gesagt hat, man wolle die Wehrpflicht aussetzen, haben Sie lange nicht gemerkt, dass diese jungen Leute zusätzlich in die Hochschulen drängen. Und nun wird Hals über Kopf irgendetwas zusammengeschustert. Sie versuchen nun, mehr Studienplätze aus dem Boden zu stampfen, hecheln der Entwicklung also hinterher.

Wir stellen fest, dass Sie in der Bildungspolitik die Signale zu spät erkannt haben. Deshalb gebe ich Ihnen mit auf den Weg, das Thema regionale Schulentwicklung, das Thema Hauptschule und Realschule, vor allem in den bevölkerungsarmen Gegenden, jetzt und heute gezielter anzugehen, weil das Mittelschulprojekt sonst nur in einem Schulhausneubaukonzept enden wird. In wenigen Jahren würden wir viele kleine Hauptschulstandorte schließen und zentrale Mittelschulstandorte für teures Geld bauen müssen. Ich bitte Sie, das heute schon abzufangen, damit wir nicht so enden, wie ich es eben geschildert habe.

Meine Damen und Herren, im Bildungsbereich sehen wir - wie gesagt - nach wie vor einen großen Nachholbedarf. Hier werden nicht alle Register gezogen. Die Rechnung werden wir in Zukunft teuer bezahlen müssen, wenn wir hier nur das Nötigste tun und der Situation nicht gerecht werden.

Die Kommunen sind für die FREIEN WÄHLER für einen funktionsfähigen Staat ein sehr wichtiger Pfeiler. Mein Vorredner hat es zwar mit wenigen Sätzen angesprochen, aber er hat die Lage schön geredet, indem er gesagt hat, die Kommunen seien zufrieden, auf der kommunalen Ebene sei die Welt in Ordnung. Ihr Fraktionsvorsitzender, meine Damen und Herren von der CSU, hat sogar darauf hingewiesen, dass die kommunalen Spitzenverbände mit dem Ergebnis zufrieden seien.

Meine Damen und Herren, Sie haben bis heute die kommunale Schuldenituation nicht erkannt, Sie sind schlicht nicht richtig informiert. 40 % der Kommunen konnten im Jahre 2010 ihrem Schuldendienst nicht mehr gerecht werden. Die Schulden haben sich drei Jahre hintereinander fast verdoppelt. 2008 waren es 9,6 %, dann waren es 16 % und zuletzt 40 %. 20 % der Kommunen müssen mittlerweile aus dem Vermögens- in den Verwaltungshaushalt übersteuern, damit der Laden überhaupt noch läuft. Dieses Thema ist uns äußerst wichtig, weil es die wirkliche Finanzlage Bayerns aufzeigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Kollege Aiwanger, entschuldigen Sie einen Moment. Herr Staatsminister Söder, Ihre Unterhaltung ist ein bisschen sehr störend!

Bitte sehr, Herr Kollege Aiwanger, fahren Sie weiter.

**Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):** Meine Damen und Herren, wenn man nur den Freistaat Bayern als Bezugsgröße nimmt, wird man den Tatsachen nicht gerecht; denn dann blendet man aus, dass der Freistaat nur deshalb so halbwegs mit seinem angeblich ausgeglichenen Haushalt über die Runden kommt, weil er die Schulden auf die Kommunen ablädt. Dadurch ist die kommunale Verschuldung in den letzten Jahren massiv gestiegen und die Investitionsfähigkeit vielfach geradezu weggebrochen. Die Kommunen sind die Auftraggeber für die regionale Wirtschaft. 70 % der Aufträge kommen Pi mal Daumen von den Kommunen. Die Kommunen mussten aber viele Investitionen zurückstellen, was einerseits die Situation scheinbar etwas verbessert hat, weil es sich noch nicht auf die Verschuldung auswirkt, aber andererseits, wie gesagt, sind viele Aufträge weggebrochen.

Sie, Herr Ministerpräsident, sagten vor vierzehn Tagen oder drei Wochen, als in Baden-Württemberg die Welt noch in Ordnung war, mit Herrn Mappus Arm in Arm: Wir sind die Kraft des Südens.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Passt schon!)

Da frage ich mich, welche Kraft Sie gemeint haben. Meinten Sie Hannelore Kraft aus Nordrhein-Westfalen?

(Zurufe von der CSU: Nein, nein, wirklich nicht!)

Meinten Sie die Hannelore Kraft, die keinen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen konnte? Sie machen eine Hannelore-Kraft-Politik für die Kommunen. Das ist die Wahrheit der bayerischen Finanzpolitik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn hier nun süffisant festgestellt wird, dass die kommunalen Spitzenverbände mit dem Ergebnis zufrieden seien, muss ich doch Tatsachen nennen. Die Bezirke sind mit Forderungen von 300 bis 400 Millionen Euro frischen Geldes - so der Bezirkstagspräsident Hölzlein - in die Verhandlungen gegangen. 300 bis 400 Millionen frischen Geldes! Er hat nicht einen Cent mehr bekommen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Circa 70 Millionen mehr!)

Die anderen sind mit 13 % Kommunalanteil am Steuerbund in die Verhandlungen gegangen und sind mit 12,2 % rausgekommen. Sie haben mit süßsaurem Gesicht verkündet, dass sie damit leben können. Warum denn? Ich nenne die Gründe: Sie tragen damit irgendwie dazu bei, der Staatsregierung nicht zu sehr ins Kreuz zu steigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es sind immerhin vier CSU-Leute, die die kommunalen Spitzenverbände steuern. Ich muss sagen, sie sind mit leeren Händen nach Hause gegangen.

(Georg Schmid (CSU): 70 Millionen zusätzlich! Was heißt da leere Hände?)

Sie haben dann zu Hause verkünden müssen, die Bezirks- und die Kreisumlagen würden erhöht, aber die Kommunen müssten das auffangen, was der Freistaat Bayern nicht bezahle.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie das zusammenzählen, haben Sie die Milliarde, die den Kommunen fehlt, und mit dieser Milliarde gehen Sie nun hier im Hohen Hause hausieren. Deshalb erneuere ich die Forderung der FREIEN WÄHLER: Gebt den Kommunen endlich mehr Entscheidungskompetenz. Lasst die Kommunen selbst frei entscheiden, dann werden sie zu besseren Ergebnissen kommen.

Sie, meine Damen und Herren, reden die Situation hier weiter schön und sagen, für die Kommunen sei die Welt in Ordnung.

(Georg Schmid (CSU): Nicht sei, sondern sie ist in Ordnung!)

Reden Sie mit den Kommunalpolitikern draußen vor Ort. Die sagen Ihnen eindeutig, dass das nicht der Fall ist.

Nächster Punkt: Infrastruktur! Die Infrastruktur ist heute überhaupt noch nicht angesprochen worden. Ich meine, darauf müssen wir unser Augenmerk besonders lenken.

Ich nenne als Erstes die Informationsinfrastruktur mit ihren schnelleren Internetverbindungen. Da sage ich nur: Fehlanzeige! Es wird versprochen, bis Ende des Jahres 2011 auf 98 bis 99 % der Versorgung zu kommen. Mit Ihrem einen Megabit bringen Sie heute doch schon einen Grundschüler zum Lachen, aber kein einziges Architekturbüro zum Laufen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ziel müssen 50 Megabit sein.

Zu Ihrer LTE-Technik, die Sie heute groß verkünden, sage ich nur Folgendes. Diese LTE-Technik ist nicht einmal eine Krücke. Sie kann in einigen wenigen Fällen eine gewisse Verbesserung bringen, aber sie ist keine Lösung. Streben Sie gezielt den Glasfaserausbau an.

(Zurufe von der CSU)

Ich erneuere unsere Forderung, endlich das Bundesförderprogramm für Breitband anzunehmen. Bei diesem Programm, an dem fast alle Bundesländer teilnehmen, gibt es 500.000 Euro Zuschuss pro Projekt. Wir pusten hier mit 100.000-Euro-Programmen herum. Damit kommen Sie nie zum Ziel. Damit kommen wir nicht mal dem Zielbereich nahe. Damit wird Bayern abgehängt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Tobias Thalhammer (FDP): Gegenüber Tschechien? Gegenüber wem werden wir denn abgehängt?)

- Gegenüber den anderen Bundesländern.

Sie haben dann ausgeführt, Sie hätten bei den Staatsstraßen im Haushalt nachgebessert. Da gebe ich Ihnen recht; die FREIEN WÄHLER haben das immerhin schon hunderttausendmal gefordert: mehr Geld für die Staatsstraßen! Sie haben sich nun mit Mühe und Not dazu durchgerungen, den Geldbeutel ein bisschen zu öffnen. Für uns heißt nachhaltige Verkehrspolitik und nachhaltige Haushaltspolitik, die Straßen lieber heute zu reparieren, wenn es noch einigermaßen bezahlbar ist, und nicht erst in drei Jahren, wenn alles das Dreifache kostet, weil inzwischen der Untergrund zerstört ist. Mich freut es, dass die Botschaft jetzt angekommen ist; denn wir haben Ihnen das schon hundertmal gesagt. Das, was wir jetzt in Händen haben, ist besser als das, was Sie mit Ihrem ersten Konzept vorgelegt haben. Selbstverständlich weiß ich, dass etwas Mehr immer ginge, aber ich respektiere auch Ihre Entscheidung, sich zumindest in diese Richtung zu bewegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich komme noch zu einem weiteren Punkt. Hier nenne ich zunächst als eines der großen Verkehrsprojekte die Donaustaufen. Bitte, lasst hiervon die Finger.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich appelliere an Schwarz-Gelb, diese halbe Milliarde Steuerzahlergelder - auch wenn es Geld vom Bund ist - für die Donaustaufen sind keine zeitgemäße In-

vestition. Diese Stufen passen nicht mehr in die politische Landschaft und auch nicht in die haushalterische Landschaft. Das ist umso schlimmer, weil das Ganze auf einem Gutachten basiert, das von der Rhein-Main-Donau-Wasserstraßen GmbH, einer Tochtergesellschaft von Eon, für 33 Millionen Euro erstellt wurde. Meine Damen und Herren, da könnten Sie sich das Gutachten eigentlich auch gleich selber schreiben und hineinschreiben, was Sie sich wünschen. Diese Donaustaufe ist nicht sinnvoll. Bitte lassen Sie die Finger davon.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gleiches gilt für die dritte Startbahn des Flughafens München, an dieser Stelle von uns mehrmals angesprochen. Wir brauchen heute nicht, was in zwanzig Jahren vielleicht nötig sein wird. Schauen wir in einiger Zeit. Und unser Appell: Versuchen Sie, an die Gelder heranzukommen, die uns zustehen. Wir erinnern an die 250 Millionen Euro zinsloses Darlehen des Freistaats, das in der Flughafen München GmbH steckt. Wir erinnern an den Zinsanspruch von über einer Milliarde Euro, der - jetzt sage ich es einmal so drastisch - ungenutzt herumliegt. Wir drehen jeden Euro dreimal um, können uns viele Dinge nicht leisten, und dort sagt man: Da gehen wir nicht heran. Hier müssen wir hinschauen. Wir wollen niemanden ruinieren; aber bevor wir die Kommunen ruinieren, bevor wir die Bildung ruinieren, sollten wir einmal dort hinschauen. Wenn die von der FMG so stark auf der Brust sind, dass sie eine dritte Startbahn brauchen, dann müssen sie auch stark genug sein, dem Freistaat und dem Steuerzahler das Geld zurückzugeben, das er ihnen vorgestreckt hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich hätte erwartet, dass die erneuerbaren Energien das Hauptthema der heutigen Debatte sind und dass der Herr Ministerpräsident hierzu ein Konzept mit klaren Wegmarken vorlegt. Aber dieses Thema ist nebenbei abgehandelt worden, mit ein paar Sätzen, die er schön heruntergesagt hat.

(Georg Schmid (CSU): Ein bisschen mehr Geduld!)

Das respektieren wir auch. Wir freuen uns, dass Sie jetzt zumindest diese Grundlagen zugeben, dass Sie Energie einsparen wollen und dass Sie erneuerbare Energien ausbauen wollen, was Sie auch müssen. Aber uns fehlt einfach der Plan.

(Zurufe des Abgeordneten Georg Schmid (CSU) und der Abgeordneten Reserl Sem (CSU))

Meine Damen und Herren, Sie reden von Einsparungen im Energiebereich und kürzen gleichzeitig die Förderprogramme des Bundes und des Landes für Energieeinsparmaßnahmen. Sie kürzen all die Maßnahmen, die zur energetischen Sanierung nötig wären.

Vorhin haben Sie zu uns gesagt, wir hätten heute die Möglichkeit zuzustimmen. Sie haben in diesen Tagen auch die Möglichkeit, unserem Antrag zuzustimmen und die energetische Sanierung kommunaler und staatlicher Gebäude besser zu fördern, um hier mit gutem Beispiel voranzugehen. Ich bin gespannt, ob Sie die Hand dafür heben oder ob Sie nur von Energieeinsparung reden und, wenn es konkret wird, abtauchen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben ganz konkrete Pläne zur Energieeinsparung. Sie können ihnen zustimmen, wenn Sie es ernst meinen, und Sie können sich verweigern, wenn Sie die Leute in diesem Bereich weiter anlügen wollen.

Meine Damen und Herren, Bayern ist beim Ausbau der erneuerbaren Energien von Platz 4 auf Platz 7 zurückgefallen. Unser Ziel sollte es sein, Platz 1 einzunehmen, und dies gerade vor dem Hintergrund, dass wir nach Ideen suchen, wie wir Wertschöpfung im ländlichen Raum kreieren können. Wir sagen es Ihnen: Viele dünn besiedelten ländlichen Gegenden könnten mit weiteren Impulsen im Bereich der erneuerbaren Energien Wertschöpfung vor Ort erzeugen, Arbeitskräfte vor Ort binden und Zukunftsperspektiven entwickeln. Diesen Plänen verweigern Sie sich. Das gilt auch in Bezug auf die im Berliner Koalitionsvertrag von Ihnen getroffene und bis heute nicht eingelöste Zusage, die Besteuerung von Biokraftstoffen so weit zurückzufahren, dass diese Kraftstoffe wieder marktgängig werden. Die 18 Cent brechen der Branche weiterhin das Genick. Sie müssen um einige Cent heruntergehen. Bitte tun Sie es. Sie haben es versprochen, aber bis heute ist nichts geschehen. Die Branche wartet darauf. Mir hat erst vor wenigen Tagen wieder ein Produzent von Rapsöl gesagt: Bitte kümmer dich darum, bringe dieses Thema zur Sprache, weil wir sonst zusammenbrechen, weil wir sonst unsere funktionsfähigen Werke schließen müssen, weil wir aufgrund steuerlicher Fehler nicht mehr wettbewerbsfähig sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Photovoltaik ist eine Erfolgsgeschichte sondergleichen. Ich bin selber Landwirt. Auch ich will nicht in den guten Agrarstandorten quadratkilometerweise Photovoltaik haben. Aber es gibt genügend größere minderwertige Flächen, es gibt genügend Standorte,

auf denen einige Anlagen durchaus unterzubringen wären. Wenn Sie das jetzige Verhinderungsritual im Detail durchlesen, stellen Sie fest, dass es dort allerdings heißt, es solle ein Anschluss an die Wohnbebauung, idealerweise an ein Gewerbegebiet, vorhanden sein, aber es solle trotzdem nicht einsehbar sein, und es solle nicht größer sein als die besiedelte Fläche. Meine Damen und Herren, damit bleibt am Ende fast nichts mehr übrig. Wenn Sie diese drei Schnittmengen übereinanderlegen, bleibt in der Regel Null übrig. Wenn Sie Ja sagen wollen - ich glaube, das ist dringend nötig -, müssen Sie dieser Technik eine Chance geben und bei den Förderbedingungen wieder ein wenig in die andere Richtung drehen. Sie haben in der Vergangenheit immer unangekündigt zurückgedreht; jetzt muss es wieder ein bisschen nach oben gehen.

Wir brauchen auch für Bayern einen ganz klaren Ausbauplan für die Windenergie.

(Tobias Thalhammer (FDP): Die Rendite ist so hoch wie noch nie!)

Es gibt sehr viele Standorte, die technisch funktionieren würden, aber in der Regel abgeblockt werden. Bitte gehen Sie auf die Kommunen zu und versuchen Sie, mit diesen gemeinsam vor Ort Lösungen zu entwickeln, sodass Bürger in Kraftwerke investieren können. Am Ende sollten nicht wieder die großen Giganten den Markt übernehmen, sondern es sollte zu einer dezentralen Wertschöpfung kommen. Dann ist auch die Akzeptanz für diese Energieform höher. Wenn der Windstandort vor der eigenen Haustür einem Investor aus Hamburg gehört, will man die Windmühle natürlich nicht dort haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, die erneuerbaren Energien sind eine Erfolgsgeschichte, die wir noch weiter vorantreiben müssen. Noch vor wenigen Jahren stammten gut 10 % des Stromaufkommens aus erneuerbaren Energien; heute sind es rund 19 %. Ziel der FREIEN WÄHLER ist es, bis zum Jahr 2030 auf 100 % Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu kommen. Ich bin davon überzeugt, dass das zu schaffen ist, wenn wir das wollen. Wenn wir das nicht wollen, sehe ich gewisse Probleme. Dann wird uns dies irgendwann einholen. Auch Sie haben das Ziel ausgegeben, von der Kernenergie wegzukommen, und zwar je eher, desto besser. Diese Wendung nehme ich mit Respekt entgegen. Ich weiß, wie schwierig es in Ihrer Partei ist, solche Dinge durchzusetzen. Da möchte ich nicht in Ihrer Haut stecken. Man hört hinter sich diejenigen die Messer wetzen, die meinen, wenn man

nicht mit einem Atombrennstab ins Bett geht, sei die Welt nicht in Ordnung.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich sage ganz klar: Respekt vor dem Ministerpräsidenten dafür, dass er sich hier wendet. Ich hoffe nur, er bleibt nun beständig. Er hat vorhin gesagt, wir sollten ihm nicht vorwerfen, was er früher gesagt hat. Das will ich an dieser Stelle auch nicht tun. Herr Ministerpräsident, ich hoffe nur, Sie bleiben bei dieser Wendung. Mir wäre es wichtig, dass ich morgen wüsste: Das, was Sie gesagt haben, hat noch Bestand. Wenn das so ist, haben Sie unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ist es auch äußerst wichtig zu definieren, wohin wir mit der Energiepolitik wollen. Sie haben in den letzten Tagen das Zuständigkeitswirrwarr zwischen Söder und Zeil mitverfolgt: Wer ist der Beste, wer ist der Schnellste, wer ist der Schönste? Dabei hat sich Brunner noch nicht einmal zu Wort gemeldet. Das Thema der erneuerbaren Energien, das Thema der Energiepolitik insgesamt ist nicht bei einem Ministerium angesiedelt. Das Agrarministerium ist für nachwachsende Rohstoffe zuständig. Zeil ist zuständig für die Förderung der erneuerbaren Energien, Söder für die Reaktorsicherheit. Herr Ministerpräsident, bitte passen Sie kurz auf. Sie haben gesagt, wir würden in einiger Zeit miteinander reden, Sie gingen auf die Fraktionsvorsitzenden zu, um zu klären, was wir bezüglich der erneuerbaren Energien vorhaben. Einiges habe ich Ihnen schon gesagt. Ein weiterer Gedanke folgt an dieser Stelle: Bündeln Sie diese Kompetenzen. Ich gehe sogar so weit zu sagen: Wenn es nicht anders geht, gründen Sie meinetwegen ein eigenes Energieministerium, um diese Themen in einer Hand zusammenzuführen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Reserl Sem (CSU): Jetzt langt's aber!)

Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass diese Zukunftsfrage des Wirtschaftsstandorts Bayern von drei Herren entschieden werden kann, von denen einer, Herr Söder, jeden Tag die Meinung wechselt, ein anderer, Herr Zeil, es nicht einmal schafft, die schnellen Internetverbindungen nach vorn zu bringen, und der Dritte, ein Herr Minister Brunner, nicht einmal mit den Wildsäuen im Bayerischen Staatswald fertig wird.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diese Herren werden die Energiewende nicht schaffen, die vertragen sich ja nicht einmal persönlich!

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

Man muss diese Teilbereiche aus den Ministerien zusammenfassen, muss ein gemeinsames Ziel aufstellen. Ziel muss der Atomausstieg sein, spätestens wie im rot-grünen Atomkompromiss beschlossen. Es geht um den Umstieg auf erneuerbare Energien bezüglich Strom spätestens bis 2030. Dafür brauchen wir die Wegmarken, brauchen wir die Ziele, und da müssen Sie die Kompetenzen bündeln. Aber mit diesem Triumvirat kommen Sie nie zum Ziel!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das zum Thema erneuerbare Energien.

Meine Damen und Herren, ein weiteres Feld ist uns äußerst wichtig; es wurde heute auch völlig vergessen. Wir entwickeln hier schöne Pläne, wie Bayern in zehn, in 20, in 30 Jahren ausschauen soll, haben aber mit keinem Wort erwähnt, wer das denn machen soll. Meine Damen und Herren, das ist zu einem großen Teil der öffentliche Dienst, das sind die Beamten, das ist der Staatsapparat. Sie wurden mit keinem Wort erwähnt. Aber aus dieser Ecke hört man momentan: brisante Stimmung, schlechtes Arbeitsklima, völlige Enttäuschung über die Staatsregierung, enttäuscht bis dort hinaus. Diese Leute sollen mit einer weiteren Nullrunde abgespeist werden. Gleichzeitig sagt man, man wolle den Aufbruch Bayern organisieren, alle Kräfte bündeln. Die Soldaten jedoch, die den Sieg erringen sollen, haben die Waffen auf den Boden geschmissen.

Meine Damen und Herren, der öffentliche Dienst muss wieder arbeitsfähig werden. Wir müssen froh sein, dass er trotz dieser widrigen Arbeitsbedingungen noch so tapfer und fleißig arbeitet. Wir müssen diese Leute mitnehmen, wir müssen diesen Leuten die verordnete Nullrunde nicht wirklich zu Gemüte führen, sondern müssen sagen: Okay, ihr habt gute Arbeit geleistet; auch wir im Landtag bekommen dreieinhalb Prozent mehr Diäten, bitte schön, dann muss man auch euch, den Beamten, diese 1,5, 1,9 % gönnen können.

(Zurufe von der CSU)

Wenn man ihnen das nicht geben kann, dann muss man irgendwo eben die Bürokratie zurückführen, damit man die Leute, die man hat, ordentlich bezahlen kann. Sonst haben Sie diejenigen, die morgen Ihren Aufbruch Bayern organisieren sollen, bei der freien Wirtschaft, und die pfeifen Ihnen etwas. Das ist draußen die Realität!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, vieles liegt hier auch in Richtung Bundespolitik im Argen, was überhaupt nicht angesprochen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

- Ja, die kommen schon noch. Vielleicht sind die Ihnen draußen, und wir haben sie drin.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Zuruf des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

- Ja, lieber nicht!

Meine Damen und Herren, da geht es um gesundheitspolitische Themen, Pflege Themen. All das ist heute überhaupt nicht debattiert worden. Dort versickern Gelder. Heute wird schon wieder darüber debattiert, den Pflegebeitrag zu erhöhen. Herr Seehofer hat es vor wenigen Tagen dementiert. Aus der Rösler-Ecke usw. kommt: Wir werden erhöhen müssen.

Meine Damen und Herren, was auf Bundesebene in diesen Bereichen an Geld versickert, auch durch Ihre Verschuldung - Sie regieren ja mit, haben selber schon diese Ministerien geführt -, ist auch ein schwieriges Kapitel; da will ich hier gar nicht klug auftreten. Das ist eine Mafia, die Sie dort angehen müssen, das weiß ich. Aber wir müssen dort Einsparungen und Planungssicherheit erreichen. Wir müssen dafür sorgen, dass das Geld, das uns hier fehlt, nicht in Berlin versickert.

Zur Daseinsvorsorge sagen wir als FREIE WÄHLER ganz klar: Daseinsvorsorge - das ist die Gesundheit, das ist die Energie, das ist der öffentliche Personennahverkehr - muss in kommunaler, muss in staatlicher Hand bleiben, darf nicht an gewinnorientierte Börsenjunks gehen. Auch hier sehen wir, dass viele Gelder verschwunden sind, die uns heute fehlen, bis hin zur Energiebranche; Stichwort Strompreiserhöhungen, Stichwort Einlagerungskosten für den ganzen Atom Müll, die der Steuerzahler bezahlt.

Also, auf Bundesebene haben Sie große Baustellen, die nicht abgearbeitet werden, die aber dringend bearbeitet werden müssen, wenn wir hier in Bayern auf die Beine kommen wollen, weil wir sonst am Ende nur noch Mangelverwaltung betreiben, weil wir sonst einfach den Kuchen immer haarschärfer aufteilen müssen. Es geht uns darum, auch die Defizite der Bundespolitik nicht in der Form spürbar werden zu lassen.

Das geht bis hin zu Themen, bei denen man viele Kommunen ins Messer hat laufen lassen, Cross-Border-Leasing und all diese Späße, woran sich irgendwelche internationalen Finanzhaie gesundgestoßen haben, sich viele Kommunen wirklich massiv die Finger verbrannt haben. Es ist teilweise nicht laut nach außen gesagt worden, weil sonst vielleicht ein Bürgermeisterstuhl wackeln würde, wenn man sagt, er ist auf diese Leute hereingefallen.

(Zuruf von der CSU)

Also bitte, auch bei diesen Dingen genau aufpassen, bei diesen Dingen dafür sorgen, dass wir den Kommunen zur Seite stehen und keine großen Fehler machen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ein Thema ist auch - selbst wenn Sie es mittlerweile nicht mehr hören können; ich, ehrlich gesagt, auch nicht mehr, wir können es aber nicht aussparen - die Landesbank. Herr Ministerpräsident, Sie haben damals, als dieses Thema hochgekocht ist, gesagt, der Bürger Bayerns hat ein Anrecht darauf, dass das rückhaltlos aufgeklärt wird und hier rücksichtslos Konsequenzen gezogen werden.

Ich muss sagen, das, was danach als Bericht von Schwarz-Gelb hier abgeliefert worden ist, hat mich nicht überzeugt. Das war nicht der Weisheit letzter Schluss, und damit ist der durchschnittliche bayerische Bürger nicht zufrieden. Ich sage es ganz klar: Hier sind Milliarden versenkt worden in einer Fahrlässigkeit, die geradezu himmelschreiend ist. Hier könnte man fast sagen: CSU im Glück wie Hans im Glück: begonnen mit einem Goldbarren, der endet mit einem Euro, den man am Ende zurückbekommen hat.

Um sich einmal klarzumachen, von welchen Dimensionen wir hier reden: Ein Kilo Gold kostet heute gut 30.000 Euro. Wenn man die 3,7 Milliarden Euro der Bayerischen Landesbank in Kilo Gold umrechnet, sind das 100.000 Kilo, also 100 Tonnen Gold. Damit können Sie drei Dreißig-Tonner-Lkws mit Gold bis zum Achsbruch beladen. Und diese drei Lkw-Ladungen haben Sie in die Salzach gekippt.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, und dann sagen Sie hier: Eine gewisse Schuld kann zwar dabei gewesen sein, aber wir haben halt übers Wochenende diese Protokolle nicht so genau gelesen! - Also, das ist zu wenig, was hier bisher gelaufen ist!

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

Es geht weiter mit den ABS-Papieren. Da reichen diese drei Lkw-Ladungen nicht. Jetzt halten Sie sich fest: Das wissen wir erst in 2014 in etwa: Das sind 10 bis 20 weitere Lkw-Ladungen voller Gold, die in diesen ABS-Papieren heute stecken. Das sind irgendwo zwischen 10 bis 20 Milliarden Euro, wobei wir nicht wissen, ob bzw. wie viel wir davon wiedersehen. Wenn ich hierfür nur ein dummes Lächeln auf der Regierungsseite sehe, dann muss ich sagen: des Ernstes der Lage nicht bewusst! Aber dann von nachhaltiger Haushaltspolitik zu reden, das schlägt dem Fass den Boden aus!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie meinen, das Thema ist schon durch, der Wähler hat es vergessen, er kann es nicht mehr hören. Ich sage Ihnen: Der Wähler hat es nicht vergessen, und ich bin hier auch wieder nicht der, der den Prügel bis zum jüngsten Tag hinterherwerfen will. Aber wenn Sie sich hier herstellen, es schulterzuckend zur Kenntnis nehmen und Ihre Leute weiter wirtschaften wie in guten alten Zeiten, dann, muss ich sagen, ist hier weiterhin Gefahr in Verzug, weil Sie weiterhin die Brisanz der Thematik nicht erkennen.

Meine Damen und Herren, zur Landesbank eine kleine Abschlussbemerkung, um hiermit auch die Brücke zur Energiepolitik zu schlagen. Wir stellen dieser Tage eine Anfrage zu den Engagements der Bayerischen Landesbank in einem finnischen Atomkraftwerk, das neu gebaut werden soll. In einer Zeit, wo sich zumindest Deutschland von der Atomenergie wegbewegen will, wo wir an die europäischen Nachbarn appellieren, bitte über Alternativen nachzudenken, zetteln wir hier wieder ein milliardenschweres Engagement zu guter Letzt mit unseren Steuergeldern an, in einer Atomindustrie, wozu vielleicht die finnische Bevölkerung in drei, vier, fünf Jahren sagt: Nein, wir wollen die Kiste nicht in Betrieb nehmen. Dann haben wir wieder unser Geld drinstecken, dann wird es wieder heißen, es war eine Fehlinvestition, wir müssen umschulden, wir verlieren 1,7 oder 2 Milliarden Euro.

Meine Damen und Herren, ja seid ihr denn hier blind? Ich bitte Sie, sich dieses Themas anzunehmen, hinzuschauen, ob hier das Geld richtig angelegt ist oder ob es doch besser angelegt wäre für den Ausbau der Speichertechnologie, für den Ausbau der Windenergie, der Photovoltaik, der Erdwärmegewinnung, der Hackschnitzeltechnik, für erneuerbare Energien, für kommunale Stadtwerke - anstatt in der Atomindustrie in Finnland.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich möchte zusammenfassen: Bayern ist ein Land, das noch ordentlich dasteht. Die Belastungen der Zukunft werden aber nicht geringer, sondern eher größer. Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, die Jahre 2008 und 2009 wären Jahre der Krise gewesen - jetzt ginge es zum Aufbruch über. Das ist - gelinde gesagt - eine gefährliche Fehleinschätzung. Die Krisen - vor allem bei den ABS-Papieren der Landesbank - sind noch nicht überwunden und werden uns weiterhin belasten. Wir müssen uns in vielen Politikfeldern noch intensiver aufstellen, zum Beispiel bei der Bildung und bei den erneuerbaren Energien. Ich zähle die einzelnen Bereiche jetzt nicht erneut auf.

Zu Ihrer Einschätzung, Bayern stünde bärenstark da und Herr Minister Zeil, der früher für jeden Spott gerade gut gewesen ist, sei jetzt Ihr bärenstarker Minister, kann ich nur sagen: Das war eine Bärenmarke-Rede, die Sie gehalten haben.

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Seehofer, Sie wollten uns einen Bären aufbinden mit Ihrer Aussage, Herr Zeil wäre Ihr stärkster Minister. Diesen Bären können Sie in das Museum neben den Bären Bruno stellen.

(Thomas Hacker (FDP): Neben den Wolf!)

- Das ist mir auch egal.

Ich will Sie nur davor warnen, die Situation zu positiv zu sehen. Ich sehe sie hoffentlich zu negativ. Ich glaube, wir müssen gut zusammenarbeiten. Ich greife Ihre Aussage auf der Klausurtagung von Wildbad Kreuth auf, dass Sie die FREIEN WÄHLER dadurch überflüssig machen wollen, indem Sie ihre Themen übernehmen. Herr Ministerpräsident, ich würde mich nie so gern überflüssig fühlen wie in dem Augenblick, in dem Sie unsere Positionen in der Kommunalpolitik, der Bildungspolitik und bei den erneuerbaren Energien übernehmen. Die Konzepte hierfür sind vorhanden. Bringen Sie den Mut auf, die Argumente der Opposition zu hören, und bringen Sie den Mut auf, dem einen oder anderen unserer Programme zuzustimmen. Sie brauchen sie gar nicht heimlich zu kopieren, wie dies bei der Bergwaldoffensive der Fall war. Stimmen Sie zu und übernehmen Sie die Konzepte. Wir verlieren nur Zeit, wenn Sie unsere Anträge ablehnen, uns auslachen und drei Wochen später dieselben Anträge selbst einbringen. Dafür hat der Bürger keinen Nerv mehr. Dafür haben wir keine Zeit. Dafür sind wir auch zu gut bezahlt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wenn etwas Gutes kommt, dann stimmen Sie dem doch zu. Wir sind nicht schadenfroh und behaupten, dass wir die Besten seien. Für Sie ist es doch peinlich, wenn Sie unsere Vorschläge später übernehmen müssen. Schauen Sie sich unsere Vorschläge an und lesen Sie sich unsere Konzepte durch. "Gemeinsam sind wir stark", das ist unsere Devise für Bayern. Wir müssen gemeinsam in die Zukunft, nicht rückwärts gewandt, sondern vorwärts. Unsere Bürger haben das verdient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Runge für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

**Dr. Martin Runge (GRÜNE):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Werter Herr Ministerpräsident, gestatten Sie mir einen kurzen Prolog. Ich greife den Gedanken auf, mit dem Herr Kollege Aiwanger geendet hat, bevor er sich wieder in Rage geredet hat. Kolleginnen und Kollegen von der CSU, die Tatsache, dass Sie Georg Schmid die Haushaltsrede halten ließen, dokumentiert, dass Sie weder diese Debatte noch den Haushalt besonders ernst nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

"Besuchen Sie Kärnten, Ihr Geld ist schon da." Dieser wunderschöne Werbespruch dokumentiert, was gelaufen ist. Hier sind nicht nur Milliarden an Steuergeldern - öffentlichen Geldern - verbraten worden, sondern Bayern ist auch lächerlich gemacht worden. Herr Schmid, Sie wollten uns hier etwas über die Solidität der Haushalts- und der Finanzpolitik erzählen - Sie, der Sie diese Misere persönlich mitzuverantworten haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe mir all die letzten Haushaltsreden angeschaut. Die vorletzte Haushaltsrede hat der damalige Ministerpräsident Edmund Stoiber gehalten. Er hat ganz zu Beginn seiner Haushaltsrede Folgendes gesagt:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Menschen ernst. Wir teilen ihr Gerechtigkeitsempfinden.

Wo teilen Sie denn mit dem, was Sie hier dokumentiert haben, das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen in Bayern? Herr Schmid, die Schamfrist und der Zeitraum der Resozialisierung sind noch längst nicht vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich will Sie ungern stören, aber ich tue es trotzdem.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Mit Damen können Sie nicht konkurrieren!)

Herr Ministerpräsident, seitdem wir mit Ihnen die Haushaltsdebatte führen, stehen diese Debatten unter sehr spannenden, gleichzeitig aber auch besorgniserregenden Vorzeichen. Die politische Debatte und die politische Agenda werden durch Ereignisse bestimmt, die sich keineswegs nur auf Bayern oder auf Deutschland beschränken, sondern die weltweit und global von Bedeutung sind. Bekanntlich vor zwei Jahren: die weltweite Wirtschaftskrise, hervorgerufen durch das Finanzmarktdebakel, jetzt die schlimmen Ereignisse in Japan, Erdbeben, Überschwemmungen und vor allem das Desaster in den Atomkraftwerken. Naheliegenderweise dominieren solche Ereignisse und die Reaktionen darauf die Haushaltsdebatte.

Herr Ministerpräsident, es liegt deshalb auf der Hand, dass wir Sie an Ihren Ansagen in der letzten Haushaltsrede und dem, was Sie getan haben, messen. Das müssen Sie sich gefallen lassen. Wir ziehen daraus unsere Schlussfolgerungen, wie glaubhaft Ihre jetzigen Ankündigungen und Ansagen sind. Der Kern der Haushaltsdebatte vor zwei Jahren war die Diskussion über den Werkzeugkasten, der uns zur Verfügung steht, und die Maßnahmen, die ergriffen werden können, um dem Wirtschaftseinbruch gegensteuern und dessen Folgen abmildern zu können.

Interessanterweise gab es auch noch einen anderen Schwerpunkt, nämlich die kurz zuvor erfolgte Schwabentournee des Ministerpräsidenten mit zahllosen Versprechungen. Diese reichten von der Uniklinik in Augsburg bis zur Vorfinanzierung des dritten Gleises in Diedorf. Auch das sind Dinge, an denen wir Sie messen können und messen werden. Ich kann nur sagen: Versprochen, gebrochen. Herr Ministerpräsident, gestern habe ich im "Münchner Merkur" von Ihnen den Satz gelesen: Seehofer: "Auf Wortbruch steht die politische Höchststrafe." Was ist denn für Sie die Höchststrafe? Ist das etwa die Tatsache, dass Sie weitermachen müssen?

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Beispiele gäbe es hier unzählige. Sie haben uns heute mit fünf Eckpunkten Ihrer künftigen Politik beglückt, die sich auch im Haushalt wiederfinden sollen. - Herr Ministerpräsident, ich kann verstehen, dass Sie gerne mit Damen reden - einmal von vorne, ein-

mal von hinten. Ich spreche aber trotzdem noch mit Ihnen.

(Christa Stewens (CSU): Sehen Sie sich vor!)

- Ich soll mich vorsehen? Frau Kollegin Stewens, das tue ich immer gerne. Frau Noichl, Sie wissen schon, wie ich das gerade gemeint habe. Ich habe es nicht so gemeint, wie Sie das interpretieren.

Herr Ministerpräsident, das letzte Mal haben Sie vier Schwerpunkte genannt, genau wie bei Ihrer letzten Regierungserklärung. Was waren die vier Punkte damals?

Das erste große Ziel: "Jedem Kind die beste Bildung; und jeder Begabung die beste Förderung." Dazu kann ich nur sagen: Das ist blanker Hohn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu diesem Themenkomplex haben Sie dann noch wortwörtlich ausgeführt: "Wir ermöglichen dem doppelten Abiturjahrgang 2011 gute Studienbedingungen." Wir werden sehen, wo diese guten Studienbedingungen sind.

Ihr zweites Kernziel war Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Wir sagen dazu: Nicht einmal im Ansatz.

Die dritte Forderung: Mehr Freiräume für die Bürger, aber starker Staat zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge und zum Schutz der Bürger. Herr Ministerpräsident, wenn damit Repression und das Ausspionieren gemeint sind - die Fälle sind jüngst bekannt geworden -, dann ist dies eine Politik, die wir nicht mittragen wollen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an das Versammlungsgesetz.

Der vierte Punkt ist besonders schön. Herr Ministerpräsident, Sie haben ausgeführt, Sie wollten den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken. Ich erinnere hier an den Ausstieg vom Ausstieg. Damit haben Sie den Zusammenhalt in der Gesellschaft wirklich gestärkt.

Ich komme damit auf die Punkte in Ihrer Rede, die besonders wichtig waren, nämlich zum Finanzmarktdebakel und der Wirtschaftskrise. Was waren hier die Handlungsnotwendigkeiten, und was ist geschehen? Kaum schien es so, dass die Folgen der Wirtschaftskrise ausgestanden bzw. partiell ausgestanden sind, da kamen schon die nächsten Krisen. Die Verschuldungskrise, die sogenannte Eurokrise, alles das stand ins Haus. Wir hatten es aber vor dem Finanzmarktdebakel schon mit jeder Menge Krisen- und Alarmzeichen zu tun. Ich zähle ein paar auf: Es waren die

spürbare Verknappung von Rohstoffen und fossilen Energieträgern, der Klimawandel mit seinen drohenden katastrophalen Auswirkungen, die Welternährungskrise und die immer größer werdenden Disparitäten vor allem zwischen Nord und Süd. All diese Alarmzeichen, die immer stärker auf uns zugekommen sind, haben nur eines signalisiert: Wir haben es mit einer Systemkrise zu tun, wir haben es mit einem Systemversagen zu tun. Wir haben bisher immer wieder betont, dass Wirtschaften das haushälterische Umgehen mit knappen Ressourcen bedeutet. Tatsächlich passiert aber genau das Gegenteil. Unsere Wirtschaftsweise und unser Lebensstil basieren auf Ausbeutung und Verschwendung, vor allem auf Ausbeutung von Umwelt, Natur und Menschen in anderen Erdteilen. Für uns GRÜNE heißt das: So kann und so darf es nicht weitergehen. Eigentlich waren wir in den Debatten in diesem Haus schon einmal weiter gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben gesagt, dass ein radikales Umsteuern in der Finanzpolitik, in der Steuerpolitik und in der Wirtschaftspolitik notwendig ist. Selbstverständlich ist auch die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wichtig. Wir müssen uns schleunigst um mehr Umwelt- und Klimaschutz, um Eine-Welt-Gerechtigkeit, aber auch um Verteilungsgerechtigkeit bei uns kümmern. Wir haben jede Menge wichtiger Aufgaben. Was ist aber passiert? Erst einmal waren alle sehr erschrocken. Dann wurde signalisiert, dass sich etwas ändern muss. Es wurde Betroffenheit gezeigt, oder es wurde Betroffenheit nur vorgetäuscht. Tatsächlich geschehen ist nichts oder fast nichts. Bei der Finanzmarktregulierung stellen wir weitgehend Fehlanzeige fest. Die Politik insgesamt und nicht nur die Wirtschaftspolitik ist auf Wachstum ausgerichtet. Es muss wieder ein großes Wachstum kommen, nur so kämen wir weiter.

In unseren Augen, Kolleginnen und Kollegen, ist eine solche Politik blind. Sie ist schlicht und ergreifend nicht zielführend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir setzen uns dafür ein - dafür stehen auch unsere gut 150 Änderungsanträge, die wir zu diesem Haushalt eingebracht haben -, dass die ökologische Modernisierung vorangebracht wird, dass Innovationen angeschoben und unterstützt werden, dass die kommunale Daseinsvorsorge garantiert wird und dass eine gut funktionierende ökologische und sozial verträgliche Infrastruktur geschaffen und erhalten wird. Wir stehen für eine Politik, die auf der einen Seite das gesellschaftliche und auch individuelle Wohlergehen

fördern soll, die auf der anderen Seite auch der Begrenzung der Ressourcen Rechnung trägt. Wir wollen mithelfen, dass möglichst alle an der Wertschöpfung teilhaben können.

Der von mir vorhin schon angesprochene Kollege Schmid hat an dieser Stelle schon mehrmals aufgemerkt. Wir haben immer wieder gesagt, dass Bayern ein starker Wirtschaftsstandort ist. Wir wollen und sollen aber alle gemeinsam dafür sorgen, dass dies so bleibt. Wir müssen den Schwachpunkten und Defiziten entgegenwirken, damit Bayern weiterhin ein wirtschaftsstarkes Land bleiben kann. So rosig, wie Sie vorhin die Lage gemalt haben, Herr Ministerpräsident, schaut es nicht aus. Wir müssen beispielsweise nur das Ranking bei der Wirtschaftsdynamik betrachten. Bayern steht hier nicht an der Spitze, sondern eher im Mittelfeld. Sie haben die Disparitäten zwischen den einzelnen Regierungsbezirken oder den Arbeitsamtsbezirken angesprochen. Die sind weiterhin sehr groß. Deshalb muss man ganz klar konstatieren - einige der Vorredner hatten es schon angesprochen -, dass aus den gravierenden Versäumnissen der Staatsregierung Belastungen für Bayern drohen. Ich nenne als Beispiel die Bildungspolitik. Wir haben sehr wenige Abiturienten, dafür sehr viele Schulabbrecher. Wir haben sehr viele Abbrecher bei den Lehrstellen, dafür aber einen Mangel an Facharbeitern, ebenso einen Mangel an Ingenieuren. Hier ist einiges schiefgelaufen. Von Bildungsgerechtigkeit kann überhaupt keine Rede sein.

Statt sich um die Versorgung des ländlichen Raums mit Breitbandanschlüssen zu kümmern, haben Sie viel zu lange und intensiv dafür gesorgt, dass unsere Landschaft vor allem mit Straßen zubetoniert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wir wollen keine Förderung überkommener Strukturen. Sie haben es diesmal sogar selber so formuliert. Wir wollen aber auch keine Förderung sündteurer Prestigeprojekte. Wir wollen keine Staats- und Spezlwirtschaft. Wir kämpfen für eine andere Finanzpolitik, eine andere Wirtschaftspolitik und eine andere Umweltpolitik. Wir haben in den letzten Jahren schon immer gesagt: Wir wollen eine Politik, welche die Energiewende unterstützt, den öffentlichen Verkehr voranbringt, damit Umwelt und Menschen gleichermaßen gut tut und dabei auch noch Arbeitsplätze schafft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, zu Ihren diesbezüglichen Ausführungen vor wenigen Minuten: Wir haben gar nichts gegen Feuerwehreinsetze zur Rettung angeschlagener Unternehmen, wenn sie angesagt und zielführend

sind. Mitnichten konnten Sie aber bei diesen Einsätzen nur glänzen. Es gab durchaus Fehlschläge und Missgriffe. Der Spruch vom letzten Mal "nicht wie Holzmann auf dem Holzweg" hat Sie doch relativ schnell eingeholt.

Herr Ministerpräsident, Sie scheinen wirklich Handeln und Wirkung in der Wirtschaftspolitik völlig falsch einzuschätzen. Bei der Wirtschaftspolitik geht es schon um mittelfristige oder längerfristige Auswirkungen. Dass Deutschland und Bayern gut dastehen, was sicher auch Ihrer Fakultät zuzuschreiben ist, ist auch einer Politik zu verdanken, die sich dafür eingesetzt hat, dass es weiterhin einen Industriebesatz gibt und dass wir keine so einseitigen Wirtschaftsstrukturen wie andere Länder haben. Dazu, dass Deutschland erst einmal relativ gut aus der Krise gekommen ist, hat mit Sicherheit auch die Agenda 2010 beigetragen. Das muss man ganz klar festhalten. Sie können sich nicht so sehr auf die Schulter klopfen, wie Sie es getan haben. Das ist in unseren Augen doch etwas verfehlt. Das können Sie vielleicht einmal in fünf oder zehn Jahren machen. Dann sei es Ihnen gerne geöffnet.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Vielleicht!)

Jetzt ist es schlicht und ergreifend verfehlt.

Bei einigen der Vorredner ist es ganz kurz angeklungen, wir halten es aber für ein eminent wichtiges Thema. Gestatten Sie mir ein paar Bemerkungen zur Eurokrise und zu den Paketen zur vermeintlichen Eurorettung. Dabei muss man ganz klar sagen, dass nicht der Euro, sondern eine einigermaßen zinsgünstige Finanzierung hoch verschuldeter Länder in Gefahr ist. Nicht Griechenland soll gerettet werden, sondern deutsche und französische Banken bzw. deren Gelder und Anleger, die in diese Krise involviert sind. Herr Ministerpräsident, Sie haben Briefe geschrieben. Wir haben den Europäischen Finanzstabilisierungsfonds EFSF und als Nachfolger den dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM. Frau Müller kennt sich damit aus. Deutschland soll an dem Nachfolgemechanismus ESM mit fast 200 Milliarden Euro beteiligt sein. Es sollen direkte Anleihen aus Krisenländern gekauft werden dürfen. Dabei muss man unheimlich wachsam sein.

Herr Ministerpräsident, Sie haben einen starken Partner. Wir haben heute mit Erstaunen vernommen, für wie stark und kräftig Sie ihn einschätzen. Vielleicht lohnt es sich, zwei oder drei Sätze dazu zu sagen. Sie haben mit Ihrem starken und kongenialen Partner Zeil Briefe geschrieben. Was ist damit passiert? Weder Frau Merkel noch Herr Schäuble scheren sich auch nur einen Deut um das, was in Ihren Briefen steht.

Alles sieht so aus, als ob schlechtes Geld gutem hinterhergeschmissen wird, obwohl wir alle wissen, dass kein Weg an einer schnellen Entschuldung der hoch verschuldeten Euromitgliedsstaaten vorbeiführt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zinslast für das Hilfspaket für Irland macht beispielsweise knapp 6 % aus. Wie sollen die das zahlen? Die Schuldenlast Griechenlands lag Ende dieses Jahres bei ungefähr 160 % des Bruttosozialprodukts. Wie sollen die hier noch mithalten? Das heißt, sie bräuchten einen gigantischen Anstieg der Wirtschaftsleistung. Sie bräuchten immense Etatüberschüsse, um das nur einigermaßen im Lot zu halten. Das ist nicht zu machen. So kann es schlicht und ergreifend nicht funktionieren.

Daneben gibt es eine ganz wesentliche Kritik daran, dass die Parlamente ausgeblendet wurden. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Sie meckern, aber bewegen werden Sie mit Ihrer Meckerei und Ihren Vorstößen bedauerlicherweise nichts, obwohl Sie auch in Berlin die Regierung stellen. Wir ermahnen Sie, dass Sie sich mehr durchsetzen und vielleicht noch etwas heftiger werden sollten. Sie wissen es, partiell haben Sie dabei immer wieder unsere Unterstützung.

Herr Ministerpräsident, jetzt zu dem von Ihnen angekündigten Feld der Energiewende. Sie haben sich dann aber, wie es Kollege Aiwanger richtigerweise ausgeführt hat, doch sehr kurz gefasst. Es war im Grunde genommen nichts anderes als das, was wir vorhin schon in einigen Interviews zur Energiewende nachlesen konnten. Wie das geht, haben wir Ihnen in Hunderten von Anträgen gezeigt. Leider darf ich hier nichts hochhalten, aber wir haben in der Hoffnung, dass Sie unsere Vorschläge befolgen, ein Konzept erarbeitet. Die meisten Vorschläge haben Sie nicht befolgt. Nachdem Sie das mit den drei E so wunderbar gelernt haben, befolgen Sie sie vielleicht jetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ulrike Gote (GRÜNE): Bravo!)

Gerade in Bayern gibt es einen riesengroßen Handlungsbedarf. Warum? - Seit 30 Jahren kleben wir unverändert im Hinblick auf die Stromversorgung und die Stromgewinnung am Atomstrom. Knapp 60 % des Stroms beziehen wir aus der Atomenergie. Darauf hat man sich ausgeruht. Die Untätigkeit und Einfallslosigkeit der bayerischen Energiepolitik konnte man damit kaschieren. Wir waren fleißig und haben ein Konzept entworfen, das wir Ihnen ans Herz legen. Hören Sie gut zu. - Jetzt hören Sie zu, weil Sie nicht mehr durch Damen abgelenkt werden. Ich bin froh, dass hinter Ihnen ein Herr sitzt.

(Lachen bei den GRÜNEN - Christa Stewens (CSU): So ein Schmarren!)

- Dann wird er nicht so schnell abgelenkt. Frau Stewens, Sie haben das auch dokumentiert. Immerhin haben Sie sich auf Ihren Platz zurückbegeben.

Erstens: Atomausstieg rasch umsetzen. Sie haben selber eindrucksvoll ausgeführt, weshalb Sie der Meinung seien, dass Ihre Fraktion umdenken müsse. Die Stromgewinnung aus Atomenergie ist eine unverantwortliche Technologie. Ein Unglück kann nie ausgeschlossen werden. Welche gravierenden und dramatischen Folgen diese Unglücke haben können, wissen wir alle. Es geht nicht nur um den Betrieb und die Unglücke. Schon der Uranabbau ist mit unheimlichen Opfern auch an Menschen verbunden. Wie sieht es mit der völlig ungelösten Endlagerfrage aus? Das ist ein ungelöstes Problem, das den zukünftigen Generationen überlassen wird. Das halten wir schlicht und ergreifend nicht für hinnehmbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt jede Menge anderer Argumente, die für einen schnellen Ausstieg sprechen. Das sind Argumente technischer und wirtschaftlicher Art. Sie haben alle mitbekommen, wie die Verlängerung der Laufzeiten die Entwicklung und die Durchsetzung der erneuerbaren Energien gehemmt haben. Da gilt es schleunigst die Reißleine zu ziehen und diese Entwicklung wieder umzukehren. Auf Isar 1 hätten wir schon längst verzichten können und müssen. Isar 1 darf schlicht und ergreifend nicht mehr ans Netz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die anderen bayerischen Reaktoren, Grafenrheinfeld, Gundremmingen und Isar 2, müssen schnell folgen. Herr Ministerpräsident, ich führe nur einige Punkte an. Die vielen Seiten, die unser detailliertes Konzept umfasst, lassen wir Ihnen gerne zukommen. Konkret heißt es: Erstens, Widerruf der Genehmigung für Isar 1 nach § 17 des Atomgesetzes. Ihr Umwelt- und Gesundheitsminister wird sich sicherlich schon darum kümmern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens: Überprüfung aller Reaktoren durch unabhängige Gutachter und die schnellstmögliche Nachrüstung auf den Stand von Wissenschaft und Technik.

Nächster Punkt nach dem Ausstieg aus der Atomenergie: Energie muss effizient eingesetzt werden. Das gilt sowohl für die Anbieter, die Kraftwerkparcs, als auch für die Abnehmer, die Verbraucher. Der Wirkungsgrad der Kraftwerkparcs muss dringend gesteigert werden.

gert werden. Die Verbraucher müssen die Stromschleudern durch effiziente Geräte ersetzen. Über intelligente Netze soll der Stromverbrauch gesteuert werden. Aktuell haben wir eine Reihe von Forderungen zusammengestellt. Ein Beispiel: Wir fordern ein Programm zur Umrüstung von Nachtspeicherheizungen. Wir sprechen uns für die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen insbesondere für Mini-Blockheizkraftwerke aus. Wir beantragen immer wieder die Unterstützung für den Ausbau von Smart Grids und Smart Metering - intelligente Messgeräte. Das steht schon seit vielen Jahren auf unserer Agenda. Jetzt ist es an der Zeit, diese Forderung gemeinsam umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens: Erneuerbare Energien. Kollege Aiwanger hat diesen Punkt auch schon vorgetragen, woraufhin der frisch gebackene Staatsminister an Ihrer Seite fragend geschaut hat. Tatsächlich ist Bayern beim Ausbau der erneuerbaren Energien auf Platz sieben zurückgefallen. Obwohl Bayern einen hohen Anteil an Wasserkraft vorweisen kann, befinden wir uns nur noch auf Platz sieben. Bayern hat jedoch ein riesengroßes Potenzial. Allerdings müssen administrative Hemmnisse überwunden werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen eine Kehrtwende bei der Nutzung von Windenergie. Herr König und Herr Schmid, wenn Sie sich einmal die Regionalpläne ansehen, finden Sie massive Hemmnisse für die Windenergie. Im Osten der Oberpfalz ist der größte Teil der windhöffigen Gebiete von der Nutzung durch Windenergie ausgeschlossen. Das muss man angehen. Ebenso sollte das informelle Moratorium bei den Staatsforsten aufgehoben werden. Wir brauchen einen Ausbau und die Ökologisierung der Biomassenutzung. Die optimierte Nutzung über die Kraft-Wärme-Kopplung und die Reststoffverwertung von Gülle und Landschaftspflegematerial haben Vorrang vor der Förderung irgendwelcher Monokulturen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen eine Koordinierung der Geothermienutzung.

Viertens: Stromnetze und Stromspeicherung. Herr Ministerpräsident, das ist der nächste Punkt, den Sie schnell umsetzen sollten. Herr Kollege Schmid, selbstverständlich sind wir uns dessen bewusst, dass ein Umbau zugunsten dezentraler Kraftwerke auf der Basis erneuerbarer Energien eine Anpassung der Infrastruktur verlangt. Das ist überhaupt keine Frage. Auch wenn wir weiträumige Stromtransporte haben

wollen, müssen wir für einen Umbau der Übertragungsnetze sorgen. Wir haben in unseren konkreten Forderungen, einen bayerischen Netzausbauplan zu erarbeiten - selbstverständlich unter Mitwirkung der Betreiber. Ein anderes Beispiel ist das hier schon viel diskutierte Kataster für Pumpspeicherkraftwerke. Wir müssen die Leute mitnehmen.

(Alexander König (CSU): Genau! - Ulrike Gote (GRÜNE): Sie haben das doch abgelehnt!)

Wir müssen die Leute davon überzeugen, dass der vorgesehene Standort der beste ist. Das haben Sie verweigert und abgelehnt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Alexander König (CSU): Das ist gar nicht wahr!)

- Verzeihung, ich habe an der Debatte im Wirtschaftsausschuss teilgenommen. Sie haben dagegen argumentiert und unseren Antrag abgelehnt. Wir brauchen in den betroffenen Regionen zur Begleitung laufender Planungs- und Genehmigungsverfahren runde Tische. Wir brauchen eine Reform der Genehmigungsverfahren. Das bedeutet: Schaffung von Transparenz und eine frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Herr Kollege Schmid, nach Ihren letzten Ausführungen sollten Sie besser genau aufpassen. Ihr Gerede, die GRÜNEN würden vor Ort für Widerstand sorgen, ist nichts anderes als Geschwätz.

(Georg Schmid (CSU): Beim Pumpspeicherkraftwerk werden wir es sehen!)

- Nein, das werden wir nicht sehen. Ich kann es Ihnen belegen. Das haben wir jetzt schon recherchiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben bei Hochspannungsleitungen, bei Solarparks und Windkraftanlagen sehr genau nachrecherchiert. Mittlerweile habe ich 70 Fälle auf dem Tisch.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Genau!)

In ein oder zwei konkreten Fällen waren die GRÜNEN vor Ort dagegen und die CSU dafür. In den meisten Fällen ist das Verhältnis jedoch genau umgekehrt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da sitzen die Leute aus Ihrer Fakultät. Das sind Ihr Bürgermeister, Ihre Gemeinderatsmehrheit und Ihr Ortsverband, welche die Projekte verhindern.

(Georg Schmid (CSU): Sie verdrehen die Wahrheit! - Tobias Thalhammer (FDP): So viele Bürgermeister haben wir gar nicht!)

- Cham, Lauf, Gerolzhofen und Forchheim - das könnte ich Ihnen alles runterbeten.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

- Herr Thalhammer, Sie habe ich nicht angesprochen. Dass ihre Bedeutung verschwindend gering ist, möchte ich gar nicht leugnen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Thomas Hacker (FDP): Es kommen auch wieder andere Zeiten für die GRÜNEN!)

- Selbstverständlich können andere Zeiten kommen. Herr Hacker, Ihnen wünsche ich nicht alles Schlechte.

(Tobias Thalhammer (FDP): Sind Sie für Pumpspeicherkraftwerke?)

- Herr Thalhammer, ich rede gerade mit Herrn Schmid und nicht mit Ihnen. Es gibt zahlreiche Beispiele, die dokumentieren, dass das Verhältnis genau andersherum ist. Den Widerstand möchte ich nicht verunglimpfen. Das mögen triftige Gründe sein. Das zeigt aber doch, Herr Ministerpräsident, dass an den Verfahren etwas falsch ist. Es muß frühzeitig für Information gesorgt werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen beteiligt und überzeugt werden, warum ein Projekt notwendig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daran kann ich wunderbar anknüpfen, weil es für manche ein Argument gegen eine Hoch- oder Höchstspannungsleitung ist, wenn befürchtet werden muss, dass dort der billige Atomstrom durchlaufen wird. In einem konkreten Fall in einer Vorortgemeinde von München war es ein Argument, die Hackschnitzelbeheizung vor Ort abzulehnen, weil der Betreiber eine Firma ist, die mit "E" beginnt. Auf solche Dinge muss man achten, und man muss diskutieren, wie man ein Projekt verpackt und verkauft, um gut voranzukommen. Wichtig ist auch, die Marktmacht der großen Vier zu begrenzen - in Bayern sind es Eon und RWE, - die Landeskartellbehörde zu stärken und sie zum Arbeiten zu bewegen. Sehr wichtig ist es, die Städte und Gemeinden in ihrer kommunalen Energiepolitik zu unterstützen.

Bezüglich der Landeskartellbehörde gibt es folgendes Beispiel: Eine Ausschreibung war zu 100% diskriminierend. Es ging um eine Ausschreibung der Versorgung von Liegenschaften einiger Gemeinden mit

Strom. Es war eindeutig, dass die Ausschreibung diskriminierend und auf ein Stromversorgungsunternehmen zugeschnitten war. Ich habe die Punkte zusammengefasst, bin zur EU-Kommission, zur Bundesnetzagentur, zur Landeskartellbehörde beim Wirtschaftsministerium, zur Regierung von Oberbayern und zum Landratsamt als der Kommunalaufsicht gegangen. Ich bin von Pontius zu Pilatus gelaufen. Am Ende haben mir alle recht gegeben, aber das war zwei Jahre zu spät. Der Stromvertrag war mittlerweile ausgelaufen. Hier besteht also riesengroßer Handlungsbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit sind wir bei der Brückentechnologie. Ich mag solche Begriffe nicht und auch nicht den Begriff "Leuchtturm", der immer wieder benutzt wird. Ich verstehe nicht, warum Sie ein solches Wort immer wieder wählen, obwohl Sie mit einer solchen Begrifflichkeit beim "Leuchtturmprojekt Schwebetraum zum Flughafen" eine Bauchlandung hingelegt haben. Für uns war es ein "Armleuchterprojekt".

Herrn Spreng sieht man zur Zeit sehr häufig. Er sagt zwar immer das Gleiche; wir finden das aber trotzdem interessant, weil wir die Stoßrichtung kennen und genießen. Herr Spreng hat zum Atom als Brücke gesagt, er habe das anders verstanden; denn das Ziel war nicht das andere Ufer, sondern die Brücke selbst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die tatsächliche Brückentechnik, Kolleginnen und Kollegen, kennen wir alle: Es ist Gas. Es hat einen hohen Wirkungsgrad. Gaskraftwerke sind flexibel einsetzbar und als Ergänzung zielführend. Das heißt, auch hier gibt es Handlungsbedarf und die Aufforderungen, sich mit den Energieversorgern zusammzusetzen und eine Planung für die kommenden Jahre zu machen. - Wunderbar, Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen, dass das schon geschehen sei. Wenn dies so ist, fragen wir uns, was aus unseren Änderungsanträgen zum Haushalt und aus denen der Kolleginnen und Kollegen geworden ist. Es ist Fakt, dass das Klimaschutzprogramm Bayern nach den Plänen der Staatsregierung in diesem Jahr auslaufen soll. Es ist Fakt, dass Sie bedauerlicherweise alle unsere Anträge abgelehnt haben. Ich habe alle zusammengefasst. Egal, ob es die Fortführung des Klimaprogramms Bayern unter Effizienzgesichtspunkten nach der Evaluierung, ob es das Programm zur Umstellung elektrischer Nachtspeicherheizungen, das Programm zur Förderung kleiner Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen oder das Programm zur Förderung dezentraler Energiespeicher war, all diese Anträge wurden abgelehnt. Trotzdem behaupten Sie, Sie würden etwas machen. Ihre

Glaubwürdigkeit leidet bedauerlicherweise auch hier. Sie können uns aber eines Besseren belehren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, erinnern wir uns an die letzte Aktuelle Stunde bezüglich des eingeforderten Konsenses. Kollege Dr. Bernhard - er ist nicht anwesend - - Doch, er sitzt an einem anderen Platz. Herr Kollege Dr. Bernhard, Sie haben richtigerweise gesagt: Wir müssen uns bewegen. Damit haben Sie sich gemeint. Sie haben aber auch gesagt: Sie müssen sich bewegen. Damit haben Sie uns gemeint. Das kann doch nicht heißen, dass Sie erwarten, wir müssten uns in der Mitte treffen; schließlich sind Sie massiv danebengelegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn sich jemand bewegen muss, sind Sie das. Ministerpräsident Seehofer hat bereits angekündigt, dass er sich wie ein Hochleistungssportler bewegen werde. In der gleichen Sitzung hat Kollege Blume - ihn sehe ich wirklich nicht - in einem Satz gesagt, man brauche Konsens, und im nächsten Satz zum Kollegen Wörner, dass das, was Kollege Wörner gesagt hat, der größtmögliche Unfug sei. So wird es sicherlich nicht gelingen, zu einer Kooperation oder einem Konsens zu finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wir werden uns genau anhören, was von Ihren Schalmeientönen oder Ihrem Süßholz zu halten ist. Vielleicht ist es nicht nur Süßholz, vielleicht ist es mehr. Dann werden Sie uns als Partner finden. Wo wir uns allerdings treffen, werden wir Ihnen über weite Strecken vorgeben.

Herr Ministerpräsident, Sie sind nicht alleine im Hause. Herr Thalhammer, Herr Hacker, nun einige wenige Sätze zu Ihnen als Koalitionspartner.

(Thomas Hacker (FDP): Danke, Herr Runge!)

Herr Kollege Hacker, auch Sie haben es gelesen. Der von uns allen geschätzte Journalist Heribert Prantl hat neulich die FDP als "PpP" - als "Partei des panischen Populismus" - bezeichnet.

(Thomas Hacker (FDP): Das hat er vor 20 Jahren auch schon erzählt.)

Ich bin darüber etwas erschrocken und sage es deshalb auf fränkisch: "BbB". Das heißt auf fränkisch: "Bardei der bräsigen Behäbigkeit".

(Zurufe von der CSU und der FDP)

Wir kennen Sie, Herr Hacker, und Ihren Wirtschaftsminister. Wie bekommen wir eine Mischung? - Die Mischung sieht folgendermaßen aus: Wir versprechen alles und tun gar nichts. Das ist die FDP in Bayern. Wenn etwas passiert, das entgegen den Versprechungen läuft, waren es die anderen. Herr Kollege Hacker, ich erinnere an das wirklich peinliche Schauspiel zum Informationsfreiheitsgesetz. Überall haben Sie getönt, Sie fänden das sehr wichtig. Aber es lag am Koalitionspartner, dass Sie es nicht durchgesetzt haben.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Herr Kollege Dr. Runge - -

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Otto Bertermann (FDP))

**Dr. Martin Runge (GRÜNE):** Herr Kollege Dr. Bertermann, ich darf darauf eingehen. Nachdem alle Ihre Kolleginnen und Kollegen die Zwischenfragen nicht zugelassen haben, lasse ich Ihre Zwischenfrage herzlich gerne zu.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Herr Dr. Runge, ob die Zwischenfrage zugelassen wird, sage ich und nicht Sie.

(Beifall)

Sie haben allerdings die Antwort vorweg genommen. Bitte, Herr Dr. Bertermann.

**Dr. Otto Bertermann (FDP):** Herr Kollege Runge, ich habe eine Frage, die Ihre Geschichtskennntnis und Ihr Geschichtsverständnis betrifft. Wenn Sie sich die Geschichte des Ikarus in Erinnerung rufen, dann wäre das auch ein Menetekel für die GRÜNEN. Würden Sie mir da widersprechen?

(Zurufe von den GRÜNEN)

**Dr. Martin Runge (GRÜNE):** Herr Kollege Dr. Bertermann, darüber unterhalten wir uns anschließend, wie wir das sonst gerne machen.

Wenden wir uns wieder dem Koalitionspartner, dem Haushalt und der Energiewende zu. Sie kennen die Pressemeldung, die Wirtschaftsminister Zeil zum Atomausstieg dahin gehend abgegeben hat, dass dieser doch nicht so rasch passieren dürfe und nichts überstürzt werden dürfe. Niemand im Hohen Hause hat gesagt, dass der Atomausstieg von null auf hundert passieren soll. Niemand hat gesagt, er soll überstürzt werden. Aber, Kolleginnen und Kollegen, bei der Energiewende handelt es sich doch auch um einen Standortfaktor und einen Wettbewerbsvorteil. Der Strukturwandel wird kommen, und er muss kom-

men. Wenn wir den Strukturwandel auch aus Bayern unterstützen oder zumindest unterstützend begleiten, ist das nur gut für Bayern und die bayerische Wirtschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was passiert stattdessen? Stattdessen wird ein Zwist über Zuständigkeiten zwischen Minister Zeil und dem Hause von Minister Söder öffentlich ausgetragen. Kolleginnen und Kollegen, wir wollen, dass etwas passiert, aber nicht, dass sich zwei Ressorts und deren Chefs öffentlich darüber streiten, wer überhaupt etwas tun darf. Das kann nicht wahr sein. Herr Ministerpräsident, das ist und war schlicht und ergreifend eine Witznummer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist und bleibt einfach ein Witz, dass man da nicht einfach zum Telefonhörer greift oder den Kollegen einmal persönlich anspricht: Wie sieht es aus mit den Zuständigkeiten, wer macht was? Stattdessen hat sich der eine Minister öffentlich auf der Jahrespressekonferenz über den anderen beklagt. Das spricht nicht gerade für große Professionalität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Energiewende: Wir haben gesagt, dass wir das ganze Programm selbstverständlich gerne der Staatsregierung, dem Ministerpräsidenten und allen Ministern geben, die sich hierfür zuständig fühlen. Wir wollen so schnell wie möglich aussteigen und umsteigen. Die drei großen E sind genannt worden: Einsparung, effiziente Nutzung und der Umstieg in die erneuerbaren Energien. Uns ist bewusst, dass das nicht von heute auf morgen geht. Wir müssen zubauen bei konventionellen Kraftwerken, am besten bei Gaskraftwerken. Wir brauchen auch Übertragungsnetze, um Strom aus anderen Bundesländern partiell einführen zu können.

Sie sagen sicher: Wie sieht es bei der Gaskraft aus mit dem anderen großen Ziel in der Energie- und Klimapolitik, der Senkung des Ausstoßes an Kohlendioxid? - Selbstverständlich ist uns bewusst, dass Gaskraftwerke CO<sub>2</sub> ausstoßen. Aber Kolleginnen und Kollegen, schauen wir uns doch einmal die Klimabilanz der Bayern insgesamt an, beispielsweise im Sektor Verkehr: Dieser ist zu fast 40 % verantwortlich für den Ausstoß an CO<sub>2</sub>. Bei diesem Potenzial könnten wir ansetzen, hier müssen wir ansetzen, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu senken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Uns hat alle ja die Verkehrsprognose für das Jahr 2025 ereilt. Sie ist Grundlage der ganzen künftigen Verkehrspolitik. Da geht es um viele große, ganz schlimme Verkehrsprojekte, die ins Haus stehen, zum Beispiel die A 94 durch das Isental, die dritte Start- und Landebahn, den Donauausbau und vieles andere mehr. Es geht auch darum, den Gesamtverkehrsplan und den Staatsstraßenbauplan fortzuschreiben. Die Prognosen sagen ein gewaltiges Verkehrswachstum voraus. Der motorisierte Individualverkehr soll um 20 % anwachsen, der Flugverkehr sogar um über 90 %, der Güterkraftverkehr auf der Straße um fast 60 %. Was antwortet die Staatsregierung? - Sie fordert einen bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur. - Kolleginnen und Kollegen, das kann es doch in der heutigen Zeit nicht sein: Zum einen sind die Grundlagen dieser Prognosen sehr, sehr zweifelhaft; die Wachstumszahlen, die angenommen werden, sind viel zu groß und der Spritpreis soll stagnieren. Vor allem darf die Politik diese Zahlen nicht als gott- oder naturgegeben sehen; Politik muss vielmehr versuchen, durch entsprechende Angebote im öffentlichen Verkehr und umgekehrt durch eine entsprechende Kostenanlastung gegenzusteuern. Das ist angesagt, das, was von der Staatsregierung kommt oder im Haushalt vorgesehen ist, ist nichts anderes als ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Presseerklärung der Staatsregierung anlässlich der Vorstellung der Verkehrsprognose heißt es, ich zitiere:

Der Verkehrszuwachs lässt sich vor allem dadurch erklären, dass sich die Siedlungsstrukturen verändern und damit die Fahrwege zunehmen werden.

Wer sorgt denn dafür, dass sich die Siedlungsstrukturen verändern? - Das sind auch wieder Sie. Ich erinnere an die letzte Kabinettsitzung im alten Jahr, als Sie es mit einem Federstrich zugelassen haben, dass Gemeinden im ländlichen Raum ohne Zielabweichungsverfahren Großmärkte mit einer Verkaufsfläche von bis zu 1.200 m<sup>2</sup> ansiedeln. Das heißt mehr Verkehr, das heißt Besiedelung der Ortsrandlagen, das heißt Zwang zur Automobilität. Und dann sagen Sie, die geänderten Siedlungsstrukturen seien dafür verantwortlich, dass wir mehr Autoverkehr haben. Sie verbocken es doch immer wieder selber - Sie haben das selber zu verantworten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und es kommt noch schöner: Kollege Magerl hat mir dankenswerterweise den Vertrag zur Wachstumser-

klärung mit der Deutschen Lufthansa gegeben. Das ist unfassbar! Da gibt es einen Vertrag mit der Deutschen Lufthansa, in dem sich die Deutsche Lufthansa verpflichten muss, in München II die prognostizierten Wachstumszahlen zu erreichen, auch wenn die vierte Start- und Landebahn am Flughafen Frankfurt gebaut ist. Wenn Sie diese überhöhten, prognostizierten Wachstumszahlen nicht erreicht, muss sie eine Ausgleichszahlung in Höhe von 50 Millionen Euro leisten. Wo sind wir denn angelangt, wenn solche Mechanismen in der Politik wirksam sind? Da wird ein ganz großes Wachstum prognostiziert, damit man für die entsprechende Infrastruktur sorgen kann. Dann werden die Verkehrsanbieter verpflichtet, dieses Wachstum zu erreichen. Wenn Sie es nicht erreichen, müssen Sie 50 Millionen Euro Ausgleich zahlen. Und da beschweren Sie sich dann über mehr Verkehr und einen größeren CO<sub>2</sub>-Ausstoß? - Es gilt vielmehr, gegenzusteuern. Das hätten Sie schon über den Haushalt tun können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wollen aber Großprojekte; Ihnen fällt nichts anderes ein, als Großprojekte mit aller Gewalt durchzuführen. Der Staatsstraßenausbauplan ist völlig überfrachtet. Stattdessen lassen Sie den Bestand verlottern.

(Alexander König (CSU): Das sind doch keine Großprojekte!)

Das sagen nicht nur wir, das sagt beispielsweise auch der Bayerische Oberste Rechnungshof. Das gilt nicht nur für die Staatsstraßen, sondern beispielsweise auch für die öffentlichen Gebäude.

Zum Thema Verkehr haben wir vor wenigen Tagen wieder die famose Idee unseres Ministerpräsidenten lesen dürfen, eine Pkw-Maut einzuführen. Dazu sagen wir: Das ist eindeutig der falsche Weg. Wir wollen weg von der Kfz-Steuer und sind dafür, die ganzen Kosten in die Spritbesteuerung einzurechnen. Das wäre der richtige Weg, anstatt über viele verschiedene Töpfchen zu gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Karl Freller (CSU): Das wäre ja ganz hervorragend für das flache Land und unsere Pendler!)

Noch eine kleine Anmerkung: Sie sollten Ihren Haushalt besser lesen und besser kennen. Dazu eine Anekdote - wir werden im Lauf der Beratungen noch viele weitere bringen. Zur zweiten Stammstrecke gab es ja immer eine Verpflichtungsermächtigung. Diese Verpflichtungsermächtigung haben wir im Haushaltsentwurf aber auf einmal nicht mehr gefunden. Die erste Ansage von Ihnen war auf unsere Anfrage: Lest doch geschicht, die steht schon drin. Daraufhin haben

wir noch einmal nachgelesen; sie war aber nicht drin. Darauf mussten Sie eingestehen, dass die Verpflichtungsermächtigung fehlt. Und dann kam die tolle Begründung: Sie fehlt deswegen, weil Sie sie gar nicht brauchen, denn der Bau- und Finanzierungsvertrag, der uns zum 107. Mal versprochen wurde, komme jetzt spätestens im März. Schließlich haben Sie gemerkt, dass er doch nicht kommt. Sie haben die Verpflichtungsermächtigung dann klammheimlich über die Nachschubliste wieder hineingeschrieben - Kolleginnen und Kollegen, lernen Sie doch eher von uns! Hören Sie auf uns, glauben Sie uns! Sie sollten generell früher und grundsätzlich auf uns hören, Herr Kollege Klein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das betrifft nicht nur die Energiewende. Ich denke, hier konnte man es eindrucksvoll dokumentieren. Das betrifft eigentlich alles. Kolleginnen und Kollegen, wir stehen mit unseren Anträgen für Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit, wir stehen für soziale Gerechtigkeit, für mehr und bessere Bildung, für wirklichen Umwelt- und Klimaschutz.

Kolleginnen und Kollegen, Ihr Haushalt ist bedauerlicherweise der Ausweis einer Politik des "Weiter so". Im Interesse Bayerns ist das hoffentlich einer Ihrer letzten Haushalte.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN - Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Danke, Herr Kollege Dr. Runge. Herr Dr. Runge, Sie mögen darauf spekulieren haben, dass ich mir die Regelübertretungen aufgrund der Dauer Ihrer Rede nicht merke. Dem ist aber mitnichten so. Nachdem wir hier noch mehrere Tage miteinander verbringen dürfen, möchte ich darauf hinweisen, dass auf solche bewussten Regelübertretungen eine genauso klare Ansage von meiner Seite folgt, dass ich diese hier nicht dulde.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN - Dr. Martin Runge (GRÜNE): Frau Präsidentin, meinen Sie die fränkische Problematik?)

- Sie sollten nicht ins Detail gehen wollen!

Ich rufe Herrn Hacker für die FDP ans Mikrophon. Bitte schön.

**Thomas Hacker (FDP):** Ich habe nichts dagegen, dass der Dialog noch ein bisschen andauert.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Nein. - Bitte schön.

**Thomas Hacker (FDP):** Hochverehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren über den Doppelhaushalt für die Jahre 2011 und 2012. Im Rahmen einer Generalaussprache zur Politik der Landesregierung geht es um das, was erreicht ist, und um das, was in den nächsten zwei Jahren kommen wird. Wir wollen die Fragen beantworten, die diesem Haushalt zugrunde liegen.

Wir erfahren also auch viel Neues und Spannendes. Kollege Runge outet sich als Professor für die Psychologie der Dynamik bzw. als Sprachwissenschaftler, der sich die bayerischen und die fränkischen Idiome sehr genau angeschaut hat.

Wir erfahren vor allem, was die Kolleginnen und Kollegen der Opposition zusätzlich zu den Themen der Landespolitik noch wissen wollen. Von der Euro-Rettung bis zum Wildsau-Management - all das wurde heute angesprochen. Wir müssen aber zu den wichtigen Fragen der Landespolitik zurückkommen. Das sind folgende: Wie können wir den Spitzenplatz Bayerns auch in Zukunft sichern? Wie können wir Investitionen in allen Teilen des Freistaates befördern? Wie können wir Bayern insgesamt nach vorn bringen? Mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 haben wir dafür die Grundlage gelegt: Investitionen, "Aufbruch Bayern" - Bayern ist im Aufbruch!

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Herr Kollege Rinderspacher, es ist richtig: Das ganze vergangene Jahr war geprägt von einer intensiven Diskussion zwischen den Fraktionen der CSU und der FDP sowie zwischen den Ministern der Staatsregierung. Den ganzen Sommer über haben wir vorbereitende Gespräche zur Haushaltsaufstellung geführt. Wir als FDP-Landtagsfraktion empfinden es als Grundlage der Demokratie, dass man im Diskurs miteinander Positionen entwickelt und den Rahmen für den künftigen Haushalt setzt.

Als vor Weihnachten der Haushalt vom Kabinett beschlossen wurde, wies Kollege Georg Schmid sehr richtig darauf hin, dass die Fraktionen des Bayerischen Landtags nie zuvor so früh in die Verhandlungen über die Aufstellung eines Haushalts eingebunden waren. Wir können feststellen: Dieser Haushalt ist ein deutliches Signal für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes;

(Beifall bei der FDP und der CSU)

denn er verbindet eine solide Haushaltsführung, das heißt den Verzicht auf die Neuaufnahme von Schulden, mit Investitionen in Zukunftsbereiche.

(Markus Rinderspacher (SPD): Grundstock!)

An erster Stelle nenne ich die Investitionen in den Bildungsbereich. Das beginnt bei der frühkindlichen Bildung und reicht bis hin zur Hochschule.

Ich verweise auf die Innovations- bzw. Technologieförderung; denn nur solche Investitionen werden sich in neuen Arbeitsplätzen auszahlen. Arbeitsplätze sind aber das Entscheidende, wenn es um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und um das Glück der hier lebenden Menschen geht. Selbstverwirklichung hängt immer mit Teilhabe zusammen, mit dem Sich-Einbringen in eine Gesellschaft, in das Erwerbsleben. Dafür steht die FDP, dafür steht die Regierungskoalition aus CSU und FDP.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Herr Rinderspacher, Sie hätten Grund gehabt zu loben, nicht nur zu kritisieren - bis auf den einen Punkt, die Reise nach Prag. Auch das schätzen wir sehr, Herr Ministerpräsident, und sind Ihnen dankbar.

(Lachen bei der SPD)

- So gehen wir miteinander um.

Sie hätten auch die Investitionen im Bildungsbereich loben können. Mit dem Ausbau der offenen und gebundenen Ganztagschulen kommen wir voran. In den vergangenen beiden Jahren sind die Ausgaben im Bildungsbereich um zwei Milliarden Euro pro Jahr gestiegen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Ich nenne ferner den Ausbau der Krippen und der Universitäten. Neue Lehrer wurden eingestellt. Frau Kohnen ist leider nicht mehr da; sonst hätte ich ihr verraten können, wo die 2.700 neuen Lehrer zu finden sind, die in den ersten beiden Jahren eingestellt wurden.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Die sucht Herr Spaenle heute noch!)

Diese Lehrer wurden schwerpunktmäßig eingesetzt, um die Klassenstärken gerade in den Regionen zu reduzieren, in denen der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund besonders hoch ist.

(Beifall bei der FDP)

Das ist Ausdruck bewusster Schwerpunktsetzung der Regierungsarbeit in Bayern.

Zu den Voraussetzungen für eine bessere Integration gehören auch Sprachstandstests, Deutschkurse

schon vor der Schule und kleinere Klassen in den Schwerpunkorten. Natürlich sind vor allem in Augsburg, München, Nürnberg und Fürth die ersten kleineren Klassen geschaffen worden; aber wir kommen auch anderswo voran. Das sind die richtigen Investitionen. Mehr Bildungschancen für alle, die in Bayern leben - das ist unser Ziel.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Sie von der Opposition hätten auch die Investitionen in die Menschlichkeit loben können; damit meine ich die Veränderung der Asylpolitik in Bayern. Frau Ackermann wird es bestätigen: Wir haben dafür gesorgt, dass Familien und Alleinerziehende früher aus Sammelunterkünften ausziehen können. Wir haben dafür gesorgt, dass Investitionen nicht nur in die psychologische Betreuung der Betroffenen, sondern auch in die bauliche Verbesserung der Sammelunterkünfte vorgenommen wurden. Die FDP-Fraktion begrüßt jeden Vorschlag für eine dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern; im Raum Coburg wird momentan darüber diskutiert. All diese Veränderungen gehen in die richtige Richtung. Dafür steht die FDP, und auf diesem Weg wollen wir weitergehen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Investitionen in die Wissenschaft sind auch Investitionen in Zukunftstechnologien. Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wird uns weiter nach vorn bringen. Technologietransferzentren ermöglichen es, dass Forschungsergebnisse tatsächlich zu zusätzlicher Wertschöpfung im Land führen. Zusätzliche Wertschöpfung bedeutet dauerhaften Wohlstand. Zusätzliche Wertschöpfung bedeutet Arbeitsplätze. Die Minister Wolfgang Heubisch und Martin Zeil arbeiten über Ressortgrenzen hinweg zusammen an einer gemeinsamen Forschungsstrategie. Im Haus der Forschung werden neue Wege gegangen. Auch hier haben wir den richtigen Weg eingeschlagen.

Das Ressortdenken leuchtet hier und da noch auf. Aber es ist richtig, dass wir gemeinsam nach vorn gehen und die richtigen Dinge verändern. Ob im Energiebereich der Schwerpunkt so oder so gewählt wird - das wird die Energiewende nicht hinausschieben. Ich wiederhole: Wir gehen gemeinsam entschlossen den Weg in die richtige Richtung. Bayern wird auch auf dem Gebiet der neuen Energien weiter vorankommen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Herr Kollege Rinderspacher, Sie hätten auch loben können, wie das Haus mit der Aufarbeitung der Landesbankangelegenheit umgegangen ist. Es wurde in-

tensiv diskutiert, Berichte wurden vorgelegt. Nichts wurde unter den Tisch gekehrt. Am Ende haben sogar Ihre Vertreter gesagt: Hier ist ordentliche Arbeit geleistet worden, hier sind die richtigen Konsequenzen gezogen worden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Eine Konsequenz ist, dass Herr Schmid heute am Mikrofon gestanden ist!)

Auch das ist ein Ergebnis der Arbeit der vergangenen zwei Jahre. Auch das ist die Grundlage für ein neues Selbstverständnis des Parlaments gegenüber der Landesregierung. Das ist der richtige Weg, auf dem wir weitergehen werden.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, der vorliegende Haushalt kommt ohne die Aufnahme neuer Schulden aus.

(Markus Rinderspacher (SPD): Grundstockvermögen, Herr Kollege!)

Aber das reicht uns nicht aus. Wir wollen, dass auch zukünftige Regierungen dazu verpflichtet werden, auf neue Schulden zu verzichten. Deswegen sind wir dankbar, dass der Ministerpräsident unseren Vorschlag aufgenommen hat, die Schuldenbremse auch in die Bayerische Verfassung einzubringen. Die Entwicklung in Baden-Württemberg zeigt deutlich, wie wichtig das ist. Wahlergebnisse können Einstellungen von Regierungen verändern, können auch Regierungen verändern. Der Wohlstand Bayerns muss für alle Zukunft gesichert werden. Deswegen ist die Schuldenbremse in der Verfassung der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Andere Bundesländer gehen andere Wege. Wir haben erlebt, was in Nordrhein-Westfalen passiert ist. Dort kann man auch in der aktuellen wirtschaftlichen Lage keinen ausgeglichenen Haushalt aufstellen.

(Zuruf von der SPD)

- Na gut, in der Landesregierung sind wir derzeit nicht. Den Haushalt in NRW für 2011/2012 müssen wir nicht verantworten. Aber auch in Baden-Württemberg werden wir sehr schnell merken, wohin der neue Weg führt.

Unsere Erwartung - sicherlich auch die vieler Wählerinnen und Wähler - ist, dass die eine Milliarde Euro an aktuellem Defizit in Baden-Württemberg nicht reichen werden. Wohin der Weg in den Schuldenstaat führt, hat Nordrhein-Westfalen ebenfalls gezeigt: vor das Verfassungsgericht, das die Notbremse gezogen hat.

Das ist nicht der Weg, den Bayern geht. Bayern setzt auf solide Finanzen.

(Beifall bei der FDP und bei der CSU)

Nicht alle Bundesländer gehen unseren ambitionierten Weg mit. Bei uns gilt der Grundsatz: Ich kann nicht jedem alles versprechen und nicht jedem alles geben. -Andere Bundesländer verlassen sich darauf, dass wirtschaftsstarke Länder wie Hessen, Baden-Württemberg und Bayern Transferzahlungen leisten. Die FDP-Fraktionen dieser drei Länder haben mit einem Gutachten untermauert, dass es beim aktuellen Länderfinanzausgleich Probleme gibt. Gemeinsam mit den CDU/CSU-Fraktionen haben wir dieses Gutachten vorgestellt. Wir haben den Weg aufgezeigt, den die Regierungen dann auch gegangen sind. Es werden Verhandlungen geführt. Aber wenn diese Verhandlungen mit den Nehmerländern nicht zu einem einvernehmlichen Ergebnis kommen, sind wir bereit, durch Klage die Länder zu zwingen, die eigenen Haushalte in Ordnung zu bringen, Investitionen zu fördern, aber konsumtive Ausgaben zurückzuführen. Auch das ist ein Teil der Gerechtigkeit und der Solidarität unter den Ländern.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Um die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft in Bayern sicherzustellen, müssen wir das Problem des Fachkräftemangels angehen. Es ist doch ganz klar: Wir müssen vor allem die Menschen fördern, die Arbeit suchen, um sie in die Lage zu versetzen, eine Beschäftigung aufzunehmen, ob das nun junge Menschen mit Migrationshintergrund oder ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind. Man muss alle einbinden und mitnehmen.

Wir müssen dafür sorgen, dass es keinen weiteren Exodus von Leistungsträgern aus Deutschland gibt. Nicht nur im Ärztebereich ist es so, dass gut ausgebildete Menschen Bayern und Deutschland verlassen. Wir brauchen ein forschungsfreundliches Klima, um auch Wissenschaftlern die Möglichkeit zu geben, in Bayern tätig zu sein.

Wir müssen auch eine neue Willkommenskultur verkünden und pflegen. Menschen, die zu uns kommen, müssen mit offenen Armen empfangen werden. Immer muss es ein Aufeinanderzugehen geben. Geben und Nehmen müssen sich in einem ausgewogenen Maß entsprechen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dieses weltoffene, wirtschaftsfreundliche und starke Bayern, wie wir es uns vorstellen, soll sich der Welt 2018 präsentieren. Deswegen sagen wir ein uneinge-

schränktes Ja zu Olympia. Wir wollen alles tun, damit hier ein Fest der Menschlichkeit, ein Fest des Sports, ein Fest des Friedens und der Freude stattfinden kann. Wir wollen in unseren Reihen keine Spieleverderber haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Herr Rinderspacher, ich sage ein Letztes. Wenn Sie nur auf das achten, was Sie ausgesprochen haben, dann wird Ihnen Ihre gewünschte Koalition in der Opposition in der Umsetzung sehr schwerfallen; denn es ist mitnichten so, dass die drei Fraktionen am gleichen Strang ziehen. Das merkt man beim Abstimmungsverhalten im Parlament. Man merkt es auch beim Applaus. Kollegen der SPD haben bei den FREIEN WÄHLERN mehr geklatscht, bei den GRÜNEN eher weniger.

(Unruhe bei der SPD)

- Sie haben kein Profil innerhalb der Koalition der Opposition. Wunderbar! Sie haben aber eine Regierungskoalition vor sich, die einen klaren Kompass für solide Finanzen, für die Zukunftsfähigkeit des Landes, für die Schwerpunktsetzung in der Bildung - von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule -, für ein wirtschaftsstarkes Bayern und für einen starken Standort Bayern hat. An dieser Zukunftspolitik arbeiten CSU und FDP gemeinsam, und zwar bis 2013 und über 2013 hinaus. Aber dann werden die Wähler entscheiden, Herr Rinderspacher, nicht Sie.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Dem Präsidium liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb können wir bereits zu den Abstimmungen schreiben.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2011/2012, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7139 mit 7147, 7149 und 7150 sowie 7152 mit 7157 und 7159 mit 7162, außerdem die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/7328 zugrunde.

Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit der in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/7328 genannten Änderung zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 02 mit der vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen bitte ich in derselben Form anzuzeigen. - Das sind die FREIEN WÄHLER, die SPD und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Einzel-

plan 02 mit der vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagen Änderung angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium für Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und vereinzelt Stimmen aus den Reihen der SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Es gibt keine Enthaltungen? - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 02 ist hiermit abgeschlossen.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 4 und 5 auf:

**Haushaltsplan 2011/2012;  
Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des  
Bayerischen Staatsministeriums des Innern**

hierzu:

**Änderungsanträge  
von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn.  
16/7268 mit 16/7273 und 16/7275)**

und

**Änderungsanträge  
der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7329 und  
16/7330)**

und

**Änderungsanträge**

**der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN  
(Drsn. 16/7345 mit 16/7347 und 16/7349 mit  
16/7359)**

und

**Haushaltsplan 2011/2012;  
Einzelplan 03 B für den Geschäftsbereich des  
Bayerischen Staatsministeriums des Innern -  
Staatsbauverwaltung -**

hierzu:

**Änderungsanträge  
von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn.  
16/7276 mit 16/7282)**

und

**Änderungsantrag  
der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 16/7331)**

und

**Änderungsanträge  
der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN  
(Drsn. 16/7360 mit 16/7368)**

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von zwei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 30 Minuten, auf die SPD-Fraktion 18 Minuten, auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP jeweils 14 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Es kann bis zu 30 Minuten geredet werden, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Wenn die Staatsregierung länger spricht, ändert sich natürlich auch die Redezeit der Fraktionen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich bereits jetzt darauf hin, dass die SPD-Fraktion beantragt hat, dass über ihre Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7277 und 7280 einzeln in namentlicher Form abgestimmt wird.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als Erster hat Herr Staatsminister Herrmann das Wort.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich freue mich, dass der Bayerische Landtag heute die Abschlussberatungen über die Einzelpläne 03 A und 03 B durchführen kann. Das sind sehr gute Grundlagen dafür, dass in diesem und im kommenden Jahr die ausgezeichneten Bilanzen, die wir sowohl bei der inneren Sicherheit als auch beim Bauen für Bayerns Zukunft haben, so fortgeführt werden können; denn wir produzieren Sicherheit für die Men-

schen in Bayern. Wir bieten eine moderne, bürgernahe Verwaltung und bauen für Bayerns Zukunft in Stadt und Land.

Der Ministerpräsident hat in seiner heutigen Haushaltsrede bereits deutlich gemacht, dass Bayern das sicherste aller Bundesländer ist. Die Menschen in Bayern können sicherer leben als anderswo. Dafür schaffen wir die richtigen politischen Rahmenbedingungen. Das gilt seit vielen Jahren für die Mehrheit des Bayerischen Landtags. Dafür müssen die richtigen sicherheits- und rechtspolitischen Rahmenbedingungen gesetzt werden, und dazu muss natürlich auch die richtige personelle und technische Ausstattung zur inneren Sicherheit kommen.

Deshalb ist es wichtig, in Bayern eine gut ausgestattete starke Polizei zu haben. In den letzten beiden Jahren haben wir - das ist eine große Errungenschaft der Mehrheit in diesem Hohen Hause - 1.000 zusätzliche Stellen für die Polizei bewilligt. Das setzt sich nun in diesem Doppelhaushalt fort, indem rechtzeitig die entsprechenden Stellen wieder bewilligt werden, damit in den Jahren 2012/2013 in zwei Schritten die versprochene Arbeitszeitverkürzung für die Polizei umgesetzt werden kann.

Im Ergebnis bedeutet das, dass die bayerische Polizei im Jahre 2012 rund 1.800 Mitarbeiter mehr haben wird als Ende 2008. Diese Situation kann sich sehen lassen. Wir brauchen sie angesichts dessen, dass einerseits in Bayern eine leicht anwachsende Bevölkerungszahl zu registrieren ist und andererseits die Bedrohung durch Kriminalität nicht geringer wird.

Weil wir eine hoch engagierte, gute Polizei haben, ist die Kriminalität in Bayern in den letzten Jahren trotz manch anderer Entwicklungen in vielen Teilen Europas nicht gewachsen, sondern vielmehr gesunken. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle bei allen Kolleginnen und Kollegen der bayerischen Polizei einmal mehr herzlich für ihren engagierten Einsatz bedanken. Wir können in Bayern nur deshalb sicherer leben als anderswo, weil wir eine so großartig arbeitende Polizei haben.

(Beifall bei der CSU, der FDP und der SPD)

Im Übrigen belegen viele aktuelle Umfragen, dass die ganz große Mehrheit der bayerischen Bevölkerung ein großes Vertrauen in unsere Polizei hat. Unsere Polizei ist getragen von diesem Vertrauen der Menschen in unserem Lande. Umso mehr müssen wir konsequent einschreiten, wenn einige wenige gelegentlich gewalttätig werden. Wir beobachten durchaus eine besorgniserregende Zunahme von Gewalt auch gegen Polizeibeamte. Das haben wir auch auf Bundesebene zur Sprache gebracht. Ich bin sehr dankbar

dafür, dass es jetzt auf Bundesebene in der Koalition Einigkeit darüber gibt, dass Gewalttaten gegen Polizeibeamte insgesamt härter bestraft werden müssen. Wir müssen deutlich machen: Polizeibeamte stehen dafür, gleiches Recht für alle durchzusetzen. Sie sorgen dafür, dass es kein Faustrecht in unserem demokratischen Rechtsstaat gibt oder das Recht des Stärkeren, sondern gleiches Recht für alle. Polizeibeamte sorgen dafür, gegebenenfalls das Recht des kleineren Mannes gegenüber dem stärkeren durchzusetzen. Deshalb muss es ein Tabu sein, gegen Polizeibeamte Gewalt zu verüben. Wir verurteilen das nachdrücklich und fordern einen besseren Strafrechtsschutz für Polizeibeamte, die sich solchen Attacken ausgesetzt sehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zur Sicherheit in unserem Lande gehören auch der Rettungsdienst, der Katastrophenschutz und unsere Feuerwehren. Dort geben wir vonseiten des Staates die entsprechende materielle und technische Unterstützung. Wir helfen den Kommunen bei einer guten Ausstattung unserer Feuerwehren. Der Kern unserer Feuerwehren wird gebildet - abgesehen von den wenigen Berufsfeuerwehren, die wir haben und die gute Arbeit leisten - von einem großartigen ehrenamtlichen Engagement in unserem Lande. Wir haben 330.000 freiwillige Feuerwehrleute in Bayern und noch einmal rund 110.000 Ehrenamtliche, die beim Roten Kreuz, beim Malteser Hilfsdienst, bei den Johannitern, beim Arbeiter-Samariter-Bund, beim Technischen Hilfswerk und in anderen Rettungsorganisationen aktiv sind. Das sind 440.000 Männer und Frauen, die sich ehrenamtlich für andere engagieren und wenn Not am Mann ist, auch ihre eigene Gesundheit aufs Spiel setzen, um anderen Menschen zu helfen und andere Menschen zu retten. Das ist eine wesentliche Säule der inneren Sicherheit in unserem Land. Ich möchte auch diesen Männern und Frauen herzlich danken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben in diesem Staatshaushalt die Grundlagen dafür gelegt, dass es auch weiterhin eine solide, bürgernahe Verwaltung gibt. Ich weiß, dass über die Bürokratie in unserem Lande gern gelästert wird. Wir sind alle bemüht, nach besten Kräften unnötige Bürokratie weiter zu reduzieren. Ich glaube, wenn man sich weltweit umschaute und Länder erlebt, in denen die Staatsverwaltung nicht funktioniert, dann wissen viele Bürger und übrigens auch viele Wirtschaftsunternehmen durchaus zu schätzen, was sie an einer solide arbeitenden, zuverlässigen und nicht korrupten Verwaltung haben. Wir haben eine der besten Verwaltungen weit und breit. Das sage ich ganz bewusst,

und dieser Haushalt bietet auch dafür eine gute Grundlage.

Ich möchte an dieser Stelle unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Landratsämtern und Regierungen und auch in all unseren Ämtern wie beispielsweise den Straßenbauämtern oder den Bauverwaltungen herzlich danken, also unter anderem denjenigen, die bei minus 15 Grad im Winter Straßen räumen, damit wir diese Straßen einigermaßen sicher benutzen können. Bis hin zu den Leitern großer Behörden sage ich allen ein herzliches Dankeschön. Die Menschen in unserem Lande können sich darauf verlassen, dass wir eine solide innere und Bauverwaltung in unserem Lande haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was das Bauen in unserem Lande angeht, will ich nur folgende zwei Themenbereiche ansprechen. Es ist wichtig, dass wir für die Zukunft investieren. Das gilt sowohl im Hochbau wie auch im Tiefbau. Mit der Städtebauförderung haben wir ein Instrument, mit dem wir vielen Orten - nicht nur den Großstädten, sondern auch 75 % der Mittelstädte und vielen Orten im ländlichen Raum - gezielt helfen können, die neu investieren wollen, die neue Impulse brauchen, um ihre Innenstädte neu herzurichten, um Leben auch in den Innenstädten weiter stattfinden zu lassen. Wir haben dafür mit der Städtebauförderung ein hervorragendes Instrument.

Ich habe es sehr bedauert, dass der Bund die Mittel nun etwas gekürzt hat. Ursprünglich wollte der Bund noch weiter kürzen, aber durch gemeinsamen Einsatz haben wir das in Berlin Gott sei Dank verhindern können.

(Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Deshalb haben wir jetzt eine solide Grundlage, die Städtebauförderung auf vernünftigem Niveau in der Kofinanzierung von Bund- und Landesmitteln weiterführen zu können.

Ich sehe aber auch, nachdem jetzt neue Rahmendaten vom Bundesfinanzminister veröffentlicht wurden, dass hier für 2012 ein neuer Versuch unternommen werden soll, die Mittel für die Städtebauförderung massiv zu kürzen. Dies wäre gerade für die wichtigen Fördermaßnahmen im ländlichen Raum ähnlich wie für wichtige Projekte in der einen oder anderen Großstadt sehr misslich; denn das geht von der Wohnsituation bis hin zu vielen Projekten in vielen kleinen Ortskernen und dergleichen. Das würde uns in der gezielten Förderung unserer Kommunen und deren Investitionstätigkeit gewaltig zurückwerfen. Deshalb müssen wir in den nächsten Monaten gemeinsam

alles dafür tun, dass es zu einer solchen Kürzung der Städtebauförderung in Berlin nicht kommt. Da würde tatsächlich am falschen Platz gespart. Dagegen müssen wir gemeinsam angehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Kein Beifall bei der Opposition! - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Das habe ich doch sehr deutlich gesagt, lieber Kollege Halbleib.

Ein letztes Wort zum Staatsstraßenbau als ein Beispiel dafür, wo wir im ganzen Land investieren: Gute Verkehrswege sind eine Voraussetzung für ein vernünftiges Wirtschaftswachstum. Die Pendler brauchen vernünftige Verkehrswege, um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen. Jeder mittelständische Betrieb braucht ebenso wie die Großindustrie vernünftige Verkehrswege, um seine Produkte befördern zu können, und wir brauchen gute Verkehrswege auch für die Touristen, die wir gern in unserem Land begrüßen. Wir brauchen also in jeder Hinsicht gute, zuverlässige Verkehrswege.

Gleiches gilt für den ÖPNV. Wir werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten gewaltige Veränderungen in der Struktur unseres Straßenverkehrs bekommen. So setzen wir uns in Bayern zum Beispiel für mehr Elektromobilität ein. Sicherlich schon in zehn bis zwanzig Jahren werden ganz andere Pkw auf unserer Straße fahren als heute. Aber auch diese ganz anderen, modernen Pkw mit Elektromotor, die zum Beispiel wesentlich leiser sind, brauchen vernünftige Kommunalstraßen, Staatsstraßen und Bundesstraßen. Deshalb ist die Investition in ein gutes Straßennetz auch weiterhin ganz entscheidend für eine gute Perspektive, für eine gute Entwicklung aller Landesteile Bayerns. Deshalb müssen wir in diesen Bereich auch weiter investieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bedanke mich beim Hohen Haus und beim Haushaltsausschuss ganz herzlich dafür, dass es in den Schlussberatungen möglich war, gerade den Haushalt für Staatsstraßen noch einmal deutlich aufzustocken. Das geschieht nicht der Straßenbauverwaltung zuliebe, vielmehr geht es allein um die Zukunftschancen überall im Land. Anders gibt es keine vernünftige Zukunftsperspektive. Jedenfalls - das habe ich mit Freude festgestellt - sehen das die allermeisten Kollegen hier im Hohen Hause so. Nur die Fraktion der GRÜNEN hat beim Straßenbau nach wie vor große Probleme. Darum sind auch aus ihren Reihen die einzigen Kürzungs- und Umschichtungsanträge zu diesem Bereich gekommen.

(Alexander König (CSU): Sie fliegen wahrscheinlich!)

Die meisten anderen Kollegen im Hohen Haus waren sich einig: Es ist gut, wenn wir mehr Mittel für den Straßenbau zur Verfügung haben. Das ist ein ganz entscheidendes Stück Zukunftsinvestition - ich sage noch einmal: - in allen Landesteilen; denn es ist wichtig, dass wir in Bayern eine Entwicklung weiter unterstützen und fördern, die nicht nur auf das Wachstum in unseren Ballungsräumen, zum Beispiel in unserer Landeshauptstadt München ausgerichtet ist, sondern die auch dafür sorgt, dass die Menschen in jedem Teil Bayerns, in jeder Region, weiterhin eine gute Zukunftsperspektive haben. Die verkehrliche Erreichbarkeit ist die allererste Voraussetzung hierfür.

(Beifall bei CSU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich ganz herzlich für die guten Beratungen. Ich bedanke mich beim Haushaltsausschuss, dem Vorsitzenden Georg Winter, dem stellvertretenden Vorsitzenden Volkmar Halbleib, ich bedanke mich bei unseren Berichterstattern Peter Winter, Josef Miller, Susann Biedefeld, Florian Ritter, Mannfred Pointner, Markus Reichhart, Eike Hallitzky und auch bei Herrn Prof. Dr. Georg Barfuß. Die Beratungen im Haushaltsausschuss waren insgesamt konstruktiv, auch wenn wir uns bei manchen Dingen, auf die ich jetzt nicht näher eingehen will, nicht in allen Punkten einigen konnten.

Der Haushaltsentwurf, wie er Ihnen heute vorliegt, ist eine gute Grundlage für ein solides Arbeiten, für die Sicherheit der Menschen in unserem Land und für wichtige Zukunftsinvestitionen in diesem und im nächsten Jahr. Deshalb bitte ich Sie herzlich um Ihre Zustimmung zu den Haushaltsplänen 03 A und 03 B.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Danke, Herr Staatsminister Herrmann. Für die SPD-Fraktion bitte ich Herrn Schneider ans Pult. Bitte sehr.

**Harald Schneider (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bayerns Polizei stand an der Spitze in Deutschland.

(Alexander König (CSU): Ach nein! - Thomas Kreuzer (CSU): Jetzt geht das Gejamme wieder los!)

- Das hat nichts mit Jammern zu tun. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. Ich nehme eine Bestandsaufnahme vor.

(Alexander König (CSU): Die stammt von der Gewerkschaft der Polizei!)

Sie stand an der Spitze hinsichtlich der Bezahlung, hinsichtlich der Ausstattung, hinsichtlich des Personals und hinsichtlich des Aufklärungsergebnisses. - Die Betonung liegt auf "stand". Die Nullrunde für die Beamten in Bayern und die geplanten Kürzungen im Haushalt relativieren hier einiges. Während die Bundesländer Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz den Tarifabschluss 1 : 1 für ihre Beamten übernommen haben, verordnet die Staatsregierung ihren Beamten eine Nullrunde.

Gestern haben Sie, Herr Innenminister, die Kriminalstatistik veröffentlicht. Hier sind wir immerhin noch mit an der Spitze. Thüringen hat uns überflügelt. Die Anzahl der Straftaten hängt zum großen Teil auch mit dem Rückgang der Kontrolltätigkeit durch die Polizei zusammen, eben wegen des fehlenden Personals.

Ich will zunächst auf die Personalsituation der bayerischen Polizei eingehen. Wie eine Monstranz halten Sie ständig die 1.463 Neueinstellungen im Jahr 2010 hoch. Auch in diesem Jahr werden 1.300 Neueinstellungen vorgenommen. Das ist richtig, das ist notwendig, aber längst überfällig.

(Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Um Jahre zu spät! - Alexander König (CSU): Sie finden immer noch ein Haar in der Suppe!)

Damit werden doch nur die Defizite der zurückliegenden Jahre aufgefangen.

(Beifall bei der SPD)

Der rigide Sparkurs von 2003 bis 2008 hat dazu geführt, dass viele Polizeidienststellen personell ausgeblutet sind.

(Zuruf von der CSU)

- Ich werde Ihnen Beispiele nennen. Es gibt viele Dienststellen in Bayern, die ohne Unterstützung von Einsatzzügen, ohne Bereitschaftspolizei und ohne Nachbarschaftshilfe schon längst zur Nachtzeit hätten schließen müssen. Dies ist die Situation, und da hilft auch kein Schönreden.

Die in den Jahren 2009 und 2010 eingestellten Anwärter kommen den Dienststellen des Einzeldienstes zum großen Teil erst 2012 zugute. So steigt die Belastung der Beamten immer mehr an, und dies nicht ohne Folgen. Im Schnitt sind nahezu 10 % der Beamten der Dienststellen nicht voll einsatzfähig. Werfe ich zum Beispiel einen Blick nach Niederbayern - ich

könnte auch nach Oberfranken oder nach Oberbayern schauen -, dann sehe ich, dass die Polizei dort den höchsten Krankenstand aller Behörden im Bereich des Innenministeriums mit einer durchschnittlichen Krankheitsrate von 19,1 Tagen pro Jahr und Beamten hat. Die Polizeiinspektion Passau wird jeden Tag von den Dienststellen Freyung, Grafenau, Hauzenberg und Waldkirchen unterstützt. Sonst wäre das Licht dort schon längst ausgegangen.

(Beifall bei der SPD)

In Niederbayern sind schon verschiedene Dienststellenverbände gegründet worden, um überhaupt noch einsatzfähig zu sein.

So sieht die Zukunft der bayerischen Polizei aus, und das sollte Ihnen zu denken geben.

(Beifall bei der SPD)

Die Personalsituation der Bereitschaftspolizei hat sich durch die Neueinstellungen verbessert. Das gebe ich zu. Was hat man dabei aber vergessen? - Man hat vergessen, die für die Neueinstellung notwendigen Ausbilder einzustellen. So wurden unter anderem Ausbilder vom Polizeipräsidium München ausgeliehen. Die fehlen jetzt in München. Um die neu Eingestellten unterzubringen, wurde jede Besenkammer zum Unterkunftsraum umfunktioniert. - Es sind immer noch Besenkammern, nur wohnen dort jetzt Polizisten.

Die Neueinstellungen lassen sich in jeder Rede und zu jedem Anlass gut verkaufen; aber hier herrscht Improvisation statt Professionalität.

(Beifall bei der SPD)

Die Kapazität der Bereitschaftspolizei beträgt hinsichtlich der Ausstattung dreißig Einsatzzüge. Daran hat sich auch durch die vielen Neueinstellungen nichts geändert. Für diese sind Einsatzmittel wie Schutzhelme, Einsatzanzüge und so weiter vorhanden. Aber es gibt schon Engpässe. Weil Ausbildungspersonal an allen Ecken und Enden fehlt, werden an die Einsatzzüge einfach noch Ausbildungseinheiten angedockt. Die Ausbilder pendeln zwischen Einsatz und Ausbildung. Irgendein Bereich kommt dabei immer zu kurz. Sorgen Sie für mehr Lehr- und Stammpersonal bei der Bereitschaftspolizei!

(Beifall bei der SPD)

Herr Innenminister, bei der Vorstellung der Kriminalstatistik haben Sie gestern eimerweise Lob über Bayerns Polizei ausgeschüttet.

(Beifall bei der CSU - Erwin Huber (CSU): Mit Recht!)

- Mit Recht.

(Erwin Huber (CSU): Na eben!)

Mir und vielen Kolleginnen und Kollegen hier im Hause ist es aber schleierhaft, wie die Polizisten unter solch miserablen Bedingungen immer noch solche Höchstleistungen erbringen können.

(Staatsminister Joachim Herrmann: Sie waren doch selber einer! - Alexander König (CSU): Ist das jetzt wieder das SPD-Bayern?)

Eines ist deutlich geworden: Bei der Computerkriminalität hat Bayern zu spät auf die sich abzeichnende Entwicklung reagiert. Diese Form der Kriminalität nimmt schon seit vielen Jahren zu. Wir machen Spezialisten zu Polizisten - eine gute Idee, Herr Innenminister; nur, diese Idee hätte schon vor vielen Jahren kommen müssen. Jetzt, zum 01.04., wird erst begonnen, Wirtschaftsinformatiker einzustellen, die beim LKA und in den Fachkommissariaten eingesetzt werden.

Aber hier taucht jetzt schon das nächste Problem auf: Wie werden diese Wirtschaftsinformatiker bezahlt? Nach A 8, Eingangsbesoldung A 8? Kommt es hier vielleicht noch zu einer Bestenauslese, wenn ich einen Wirtschaftsinformatiker in A 8 einstelle?

(Zuruf von der CSU)

Die Besten gehen in die freie Wirtschaft, weil sie hier 500 bis 1.000 Euro im Monat mehr verdienen. Sie gehen nicht zur Polizei, und es muss hier bemerkt werden, dass wir längst nicht die besten Leute bekommen.

Bei den Dienststellen der regionalen Beweisaufnahme sind die Wartezeiten für die Auswertung der Festplatten erfreulicherweise zurückgegangen. Dies hängt damit zusammen, dass da jetzt mehr Leute eingesetzt werden. Das muss ich positiv feststellen.

Nur, es muss auch dafür gesorgt werden, dass die erforderliche Hard- und Software immer auf dem neuesten Stand ist. Es kann nicht sein, dass diese nur alle vier Jahre aktualisiert wird. Die Technik entwickelt sich auf diesem Gebiet ungeheuer schnell. Hard- und Software, die heute auf den Markt kommt, ist morgen schon überholt. Da muss dafür gesorgt werden, dass die Leute auch immer mit der aktuellen Hard- und Software arbeiten können.

Betrachte ich mir die bauliche Situation vieler Dienststellen, muss ich feststellen, dass ein erheblicher Investitionsbedarf besteht. Seit einigen Jahren schieben wir mittlerweile einen Investitionsstau von 337 Millionen Euro vor uns her. Das ist nicht die Berechnung eines wild gewordenen Gewerkschaftlers oder eines Oppositionspolitikers, das sind Berechnungen aus Ihrem Hause, Herr Innenminister.

(Beifall bei der SPD)

Da muss etwas passieren! Ich will jetzt nicht all die Gebäude aufzählen, die saniert werden müssten. - Ich bin am Ende meiner Redezeit angelangt.

Noch kurz zur Kfz-Ausstattung. Wir haben fast 8.000 Kfz-Dienstfahrzeuge für die Polizei. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung hat dafür gesorgt, dass wir momentan einen ordentlichen Kfz-Bestand haben. Aber für die Zukunft zeichnet sich ein düsteres Bild ab: Wir werden in wenigen Jahren wieder Dienstfahrzeuge mit mehr als 500.000 Kilometern als Tachostand haben. Da muss gegengesteuert werden, so kann es nicht gehen!

Ich will zusammenfassen: Der Haushalt für die Polizei, für die innere Sicherheit in Bayern entspricht in vielen Bereichen absolut nicht den Anforderungen. Es ist kein Haushalt des Aufbruchs. Es fehlt Personal auf den Dienststellen, es fehlen ordentliche Dienststellen, es fehlt Sachausstattung; er verwaltet nichts als die blanke Not!

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Das ist wirklich Wahnsinn! Die blanke Not bei der SPD, muss man sagen. Ihr solltet euch hier schämen!)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Vielen Dank, Herr Kollege Schneider. Für die CSU hat ums Wort gebeten: Herr Winter. Bitte schön.

**Peter Winter (CSU):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Kollege Harald Schneider, es ist schade, dass Sie Ihre Redezeit dazu verwendet haben, sich der Negativrhetorik Ihres Fraktionsvorsitzenden anzuschließen und alles schlechtzureden, was nur schlechtzureden ist.

(Beifall bei der CSU)

Das ist keine Motivation für unsere Polizisten, für die Mitarbeiter in unseren Verwaltungen.

(Zurufe von der SPD)

Das ist wirklich ein Armutszeugnis; denn der Einzelplan 03 A für die allgemeine innere Verwaltung enthält

die Haushaltsmittel für die Polizei, die amtliche Statistik, die Verwaltungsgerichtsbarkeit, für die Regierungen, die Landratsämter, für den Verfassungsschutz und die Feuerweherschulen, außerdem die Fördermittel für den Brand- und Katastrophenschutz sowie für den Rettungsdienst.

Veranschlagt sind für 2011 und 2012 rund 3,5 Milliarden Euro pro Jahr. Die Gesamtausgaben steigen im Jahr 2011 um 12,6 Millionen Euro und im Jahr 2012 um weitere 62,9 Millionen Euro. Das ist im Wesentlichen auf den Mehrbedarf für zwangsläufige Personalausgaben und neue Finanzierungsschwerpunkte im Plan 03 A zurückzuführen.

Doch auch der Einzelplan 03 A muss zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Neben den allgemeinen, von der Staatsregierung beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen und einmaligen Sondereffekten des Haushaltsjahres 2010 musste vor allem beim Bauunterhalt und im Sachhaushalt außerhalb der Polizeikapitel gekürzt werden.

Der Einzelplan 03 A ist vor allem ein Personalhaushalt. 2,9 Milliarden Euro, das sind rund 85 % der Gesamtausgaben, entfallen auf das Personal. 2011 entstehen Mehrausgaben von 83,2 Millionen Euro und 2012 von 63,3 Millionen Euro. Diese Zuwächse sind begründet durch steigende Beihilfe- und Versorgungsausgaben, die Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte und vor allem auch durch das neue Dienstrecht.

Veranschlagt sind rund 50.600 Stellen. Hierin enthalten sind 941 neue Stellen, davon 814 für die Rücknahme der 42-Stunden-Woche. Daneben werden 277 zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten durch Umschichtungen von Personalmitteln geschaffen. Der Stellenplan enthält außerdem 412 Hebungen, also Beförderungsmöglichkeiten; davon werden 208 Hebungen durch Einsparungen finanziert.

Bayern ist Spitzenreiter bei der inneren Sicherheit. Die Kriminalstatistik ist schon mehrfach angesprochen worden. Diese Leistung hat natürlich ihren Preis: Rund 2,7 Milliarden Euro, das sind circa 77 % der Gesamtausgaben, werden jährlich für unsere Polizei aufgewendet.

Im Stellenplan sind rund 39.000 Stellen für die Polizei ausgebracht. Der Haushaltsentwurf für 2011/2012 sieht zudem 739 Stellen für die Rücknahme der 42-Stunden-Woche vor. Für den Polizeinachersatz werden 115 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten durch kostenneutrale Umwandlungen zur Verfügung gestellt.

2011 können damit insgesamt 1.300 und 2012 weitere 900 Polizeianwärter ausgebildet werden. So ist sichergestellt, dass die in den nächsten Jahren freiwerdenden Stellen sofort wieder besetzt werden können. Außerdem können die Beförderungsmöglichkeiten noch einmal durch 68 zusätzliche Stellenanhebungen verbessert werden.

Auch der Sachhaushalt der Polizei kann aufgestockt werden. Bereinigt um einmalige Sonderausgaben 2010, Stichwort Hubschrauberkauf, steigt das Polizeibudget von 244,8 Millionen Euro auf 255 Millionen Euro im Jahre 2011 bzw. 247 Millionen Euro im Jahre 2012. Mit diesen zusätzlichen Mitteln können vor allem die Kostensteigerungen im Betriebsbereich abgedeckt werden.

Hierhin enthalten sind auch die Mittel für die von der Opposition immer wieder gescholtene Sicherheitswacht. Dabei ist die Sicherheitswacht mittlerweile ein fester Bestandteil der bayerischen Sicherheitspolitik und auch ein gutes Beispiel für gelebtes ehrenamtliches Engagement. Der Erfolg der Sicherheitswacht wird durch zahlreiche Anträge von Kommunen belegt. Die Sicherheitswacht wird deshalb auch auf rund 1.000 Mitglieder ausgebaut werden. Die dafür notwendigen 1,5 Millionen Euro pro Jahr sind gut angelegt und werden bereitgestellt.

Für den Aufbau und Betrieb des BOS-Digitalfunks steht 2011 aufgrund der Projektverzögerung ein Ausgabenrest von circa 199 Millionen Euro zur Verfügung. Für 2012 ist ein Ansatz von 41,55 Millionen Euro eingeplant. Die autorisierte Stelle beim Landeskriminalamt erhält für den Betrieb des Digitalfunks zusätzlich acht Stellen, die aus den Digitalfunkmitteln finanziert werden.

Insgesamt werden sich die Kosten für Aufbau und Betrieb noch einmal erhöhen. Nach einem Bericht des Innenministeriums werden die Kosten für den Projektzeitraum 2007 bis 2021 von bisher 772,6 Millionen Euro auf 920,4 Millionen Euro aufgestockt. Dies ist im Wesentlichen durch höhere Kosten für die Erhaltung der Antennenstandorte sowie durch sonstige aktuelle Entwicklungen im Projekt bedingt.

Einen besonderen Dank sage ich unserem Staatssekretär Gerhard Eck für seinen großartigen Einsatz für dieses so wichtige Projekt für die Polizei, unsere Feuerwehren, Rettungs- und Katastrophenschutzkräfte.

Für die Förderung der Ausstattung mit Digitalfunk-Endgeräten bei kommunalen Feuerwehren, Rettungsdiensten und den Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes sind für das Jahr 2011 Ausgabemittel in Höhe von 2 Millionen Euro und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 66,2 Millionen Euro veran-

schlagt worden. Für das Jahr 2012 sind Ausgabemittel in Höhe von 2,85 Millionen Euro vorgesehen.

Das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung wird Ende 2011 mit dem Umzug in das neue Dienstgebäude in der St.-Martin-Straße in München beginnen. Das Landesamt erhält damit auch für sein Rechenzentrum Süd eine moderne und leistungsfähige Betriebsstätte. Die bisher dezentralen IT-Betriebsstätten können dann räumlich vereint werden; sie verfügen dann auch über modernste Technik. Für den Umzug und vor allem für die besonderen Infrastrukturreinrichtungen des Rechenzentrums Süd sind weitere 15 Millionen Euro eingeplant.

Mittelfristig ist auch die Verlagerung des Statistik-Bereichs nach Fürth vorgesehen. Damit wird eine wichtige und strukturpolitisch notwendige Stärkung der Region Nürnberg-Fürth umgesetzt. Aus dem Investitionsprogramm "Aufbruch Bayern" werden in den Jahren 2011/2012 16,9 Millionen Euro und im Jahr 2013 weitere 7 Millionen Euro finanziert; davon sind 15 Millionen Euro für Baumittel und 8,9 Millionen Euro für die sozial verträgliche Abwicklung der Verlagerung zugesagt. Für die Verlagerung werden außerdem 104 zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt werden.

Im Jahr 2011 ist vom Landesamt der registrierte Zensus - die Volkszählung - durchzuführen. Die Ausgaben für die Vorbereitung und Durchführung steigen von 10,2 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 67,7 Millionen Euro im Jahr 2011 und liegen bei 19,9 Millionen Euro im Jahr 2012. Zur teilweisen Gegenfinanzierung stehen im Jahr 2011 Erstattungen des Bundes in Höhe von rund 60 Millionen Euro zur Verfügung. Durch die Umschichtung von Personalmitteln werden beim Landesamt 160 zusätzliche Stellen geschaffen. Die Durchführungsarbeiten zum Zensus finden bereits überwiegend in Fürth statt.

Nach der November-Steuerschätzung kann auch beim Feuerschutz-Steueraufkommen mit einer leichten Verbesserung gerechnet werden. Erwartet werden für die Jahre 2011 und 2012 jeweils 58 Millionen Euro statt der bisherigen 57,5 Millionen Euro. Diese Mittel stehen voll für den Brandschutz und die Feuerweherschulen zur Verfügung. Für die Fahrzeuge- und Gerätebeschaffung sowie für die Geräteausförderung sind Fördermittel in Höhe von 43,6 Millionen Euro bzw. 41,5 Millionen Euro eingeplant. Für die Feuerweherschulen wurden 15 neue Stellen ausgebracht, die aus dem Feuerschutz-Steueraufkommen finanziert werden. Damit kann der steigende Fortbildungsbedarf der Feuerwehren angemessen gedeckt werden.

Die Erstattungsleistungen für Anschaffungen im Rettungsdienst werden um die einmaligen Sondermittel des Jahres 2010 für die Bergwacht bereinigt. Auf dieser bereinigten Basis werden sie mit 5,2 Millionen Euro pro Jahr fortgeführt. Hinzu kommen Sondermittel für die Höhlenrettung in Höhe von jährlich 1,5 Millionen Euro.

Der staatliche Gesamtfinanzierungsbedarf für die Errichtung der 26 neuen integrierten Leitstellen und die Lehrleitstelle Geretsried bleiben mit rund 70 Millionen Euro gegenüber den bisherigen Schätzungen unverändert. In den Jahren 2011/2012 sind zusammen Ausgabemittel in Höhe von fünf Millionen Euro und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von rund 23 Millionen Euro vorgesehen. Außerdem stehen aufgrund von Projektverzögerungen über 14 Millionen Euro an Ausgaberesten zur Verfügung. Die staatliche Finanzierung ist damit gesichert, sodass die flächendeckende Inbetriebnahme der Leitstellen in diesem Jahr im Wesentlichen abgeschlossen werden kann. Um auch gegen künftige Katastrophen gewappnet zu sein, werden dem Katastrophenschutzfonds wie bisher rund 3,7 Millionen Euro pro Jahr zugeführt.

Für den Hochbau steigen 2011 die Ansätze der Anlage S gegenüber dem Jahr 2010 von 56,8 Millionen Euro auf 60,2 Millionen Euro. Sie sinken dann im Jahr 2012 auf 57,4 Millionen Euro. Hierin enthalten sind 21 Millionen Euro bzw. 7 Millionen Euro für das neue Dienstgebäude des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung in der St.-Martin-Straße, 11 Millionen Euro für die Polizeiinspektionen Nürnberg Süd und Grafenau, die im Passivhaus-Standard errichtet werden sollen, sowie die erwähnten Baumittel für die Teilverlagerung des Statistischen Landesamts nach Fürth.

Im Rahmen des Konjunkturpakets II werden daneben weitere 0,7 Millionen Euro im Jahr 2011 für den Neubau der Dienstgebäude für die PI Marktobendorf und für die Autobahnpolizei Gersthofen zur Verfügung gestellt. Sehr geehrter Herr Kollege Halbleib, wir waren uns im Haushaltsausschuss einig, dass bei kommenden Haushaltsberatungen die PI Ochsenfurt und die Autobahn-Polizeiinspektion Hösbach berücksichtigt werden müssen.

Von der Opposition sind insgesamt 25 Änderungsanträge zum Einzelplan 03 A eingebracht worden. Diesen Änderungsanträgen kann auch deshalb nicht gefolgt werden, weil sie Mehrkosten in Höhe von 20 Millionen Euro im Jahr 2011 und von 24,5 Millionen Euro im Jahr 2012 verursachen würden. Darüber hinaus sind sie teilweise nicht plausibel und auch nicht realisierbar. Wir haben uns im Ausschuss darüber ausführlich unterhalten.

Sicherlich - das sage ich auch - wäre an der einen oder anderen Stelle eine großzügigere Finanzausstattung wünschenswert. Alle Wünsche sind aber nicht erfüllbar, auch deshalb nicht, weil andere Schwerpunktsetzungen wie Bildung und Familie für uns Vorrang haben und am Haushalt ohne Neuverschuldung festzuhalten ist. In Anbetracht der Lage des Staatshaushalts ist die finanzielle Ausstattung des Einzelplans 03 A ausgewogen und angemessen. Wichtige Impulse können gesetzt werden. Deshalb werden wir die Anträge der Opposition ablehnen. Ich bitte Sie, dem Entwurf des Einzelplans 03 A des Doppelhaushalts 2011/2012 in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Ich darf auf der Tribüne junge Kommunalpolitiker aus Kroatien begrüßen, die auf Einladung der Hanns-Seidel-Stiftung unter Vermittlung von Herrn Konrad Kobler bei uns Platz genommen haben. Es freut uns, dass Sie sich für das Gemeinwohl Ihrer Mitbürger einsetzen. Wir wünschen Ihnen ein paar angenehme Stunden im Maximilianeum und einen schönen Aufenthalt mit bestem Wetter hier in München. Es ist schön, dass Sie da sind.

(Allgemeiner Beifall)

Wir fahren in der Debatte fort. Für die FREIEN WÄHLER hat Herr Kollege Hanisch das Wort.

**Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn von der Opposition 35 Anträge gestellt und alle 35 Anträge ratzeputz abgelehnt werden, kann das nicht daran liegen, dass diese 35 Anträge alle so schlecht waren oder ihre Umsetzung zu viel Geld gekostet hätte. Sie mögen einfach nicht. Sagen Sie das doch einfach rundweg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist etwas, was mich an diesem Hause gewaltig stört.

Ich möchte jetzt zu den Feuerweherschulen kommen. Meine Ausführungen ließen sich aber x-beliebig übertragen. Sie haben eine tolle Methode: Zuerst nehmen Sie den Leuten etwas, um ihnen anschließend wieder einen Teil davon zu geben. Das verkaufen Sie dann als großen Erfolg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Bei den Feuerweherschulen werden jetzt 15 neue Stellen geschaffen. Die Feuerweherschulen sagen uns jedoch, dass 20 Stellen unbesetzt sind, die schon in den letzten Jahren nicht mehr besetzt worden sind. Wir haben beantragt, dies wenigstens auszugleichen und fünf Stellen mehr einzurichten. Dabei geht es nicht um Millionenbeträge, sondern um ein paar tausend Euro. Wenn nur ein bisschen guter Wille da wäre, könnte man diesem Antrag stattgeben. Meine Damen und Herren, Sie wollen das jedoch offensichtlich nicht. Für mich ist es nicht nachvollziehbar, dass Sie es als großen Erfolg verkaufen, wenn neue Stellen geschaffen werden, aber immer noch fünf Stellen unbesetzt sind. Soviel zur Bedeutung der Feuerwehren.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass Hunderttausende von Arbeitsstunden freiwillig bei den Feuerwehren quer durch Bayern geleistet werden, die nicht bezahlt werden müssen. Wenn die Kommunen nur einen Bruchteil dieser Stunden bezahlen müssten, wären die Feuerwehren nicht mehr zu finanzieren. Wir sollten ein großes Dankeschön dafür sagen, dass es wenigstens genügend Leute gibt, die die Kommandanten ausbilden und dafür sorgen, dass die Feuerwehren auf einem guten Ausbildungsstandard sind und bleiben. Das ist doch wohl die geringste Forderung.

Meine Damen und Herren, die Bezahlung wurde angesprochen. Tatsache ist, dass immer mehr Leute die Feuerweherschulen verlassen. Sie gehen in die Privatwirtschaft, weil Sie dort nachweislich teilweise das Doppelte von dem verdienen, was sie beim Staat bekommen. Die Quintessenz daraus ist: Wir geben eine Menge Geld aus, um diese Leute auszubilden. Dann bezahlen wir sie aber nicht gut, und sie gehen automatisch in die Wirtschaft. Die Ausbildung haben wir teuer bezahlt. Damit zahlen wir auf Dauer gesehen drauf, meine Damen und Herren. Diese Entscheidung ist nur sehr kurzfristig richtig, mittel- und langfristig ist sie auf jeden Fall falsch.

Zur Polizei. Ich muss nicht lange über die Nullrunde bei der Polizei sprechen, die im Übrigen für alle Beamten gilt. Diese Nullrunde ist eine eklatante Benachteiligung gegenüber dem Beschäftigten, der am Schreibtisch daneben sitzt. Von der Polizei wird wirklich tolle Arbeit geleistet. Bei der Kriminalstatistik haben wir wieder hervorragend abgeschnitten. Dazu kann ich nur sagen: Danke, liebe Polizeibeamtinnen und -beamte für eure tolle Arbeit. Eine Motivation durch eine Nullrunde ist aber mit Sicherheit nicht gegeben. Sie können es sich an fünf Fingern abzählen, ab wann auch bei der Polizei die Leistung schlechter werden wird.

(Beifall bei der FDP)

Es war toll, wie viele Leute voriges Jahr und heuer bei der Polizei eingestellt worden sind. Damit füllen wir aber nur die Lücken auf, die entstanden sind, weil in der Vergangenheit Stellen nicht besetzt worden sind. Das ist klar nachweisbar. Sie müssen nur die Statistik anschauen. Es ist das gleiche System wie bei den Feuerweherschulen. So kann es nicht sein.

Lassen Sie mich etwas zur Städtebauförderung sagen. Seit 40 Jahren, seit 1971, gibt es die Städtebauförderung. Ausgerechnet zum vierzigjährigen Bestehen fängt man an, die Mittel zu kürzen. Herr Minister, Sie sprachen von einer geringfügigen Reduzierung der Mittel. Darüber kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Wenn die Mittel von 535 Millionen auf 305 Millionen zurückgefahren und damit fast halbiert werden, weiß ich nicht, ob das noch geringfügig ist.

Herr Minister, Sie sagten, 75 % dieser Mittel würden im ländlichen Raum, also in dem Raum landen, den Ihr Zukunftsrat schon längst vergessen hat. Sie landen dort, wo wir Schwierigkeiten haben, wo wir nicht einmal eine vernünftige DSL-Versorgung haben, wo Sie die Bevölkerung mit einem Megabit abspeisen wollen und wo seit Einführung der Mittelschule Schülertourismus in ungeahntem Ausmaß stattfindet.

Diese Liste könnte man beliebig erweitern. Auf den ländlichen Raum wird der Ballast wieder abgeladen. Die Leute im ländlichen Raum sind die Leidtragenden, die von der Kürzung der Städtebaufördermittel betroffen sind. Dabei weiß man, dass jeder Euro, der für die Städtebauförderung ausgegeben wird, das Sechs- bis Neunfache an Privatinvestitionen nach sich zieht. Das Städtebauförderprogramm ist also ein Konjunkturprogramm par excellence. Das aber missachtet man und lässt es links liegen. Dabei wäre es für den Freistaat Bayern ein Leichtes gewesen, genauso viel zu zahlen wie im letzten Jahr. Weshalb muss man die Anteilfinanzierung so praktizieren, wie Sie es tun? Es wäre ein Leichtes gewesen, die bayerischen Mittel in gleicher Höhe zu belassen. Sie haben nur Mittel eingepart, die Sie an anderer Stelle dieses Haushalts wieder ausgeben. Sie geben sie aber nicht für Anträge der Opposition aus, sondern für das, was Sie letztlich wollen.

Ich könnte mit weiteren Beispielen fortfahren. Ich nenne nur den Digitalfunk. Natürlich läuft er. Im Innenausschuss sehe ich aber, welchen Ärger wir haben, welche Bürgerinitiativen es gibt und welche Petitionen eingereicht werden. Die Bürger beschwerten sich über das Verfahren, wie es ursprünglich gelaufen ist. Sie reden von Geheimhaltung. Wie will ich einen Turm,

der vierzig Meter hoch ist, geheim halten? Herr Staatssekretär, Sie haben sich selber eingeschaltet und diese Diskussion dann gebremst. So kann es einfach nicht laufen. Es hat unwahrscheinlich viel Ärger gegeben, den wir jetzt ausbaden müssen. Wir sind etwas enttäuscht davon, welche Ansätze in diesem Haushalt geboten werden und wie den Wünschen der Opposition entsprochen wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darf ich nun Frau Kollegin Susanna Tausendfreund nach vorne bitten.

**Susanna Tausendfreund (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Innenminister Herrmann hat gestern ganz stolz seine Kriminalitätsstatistik vorgestellt. Er war sehr zufrieden mit dem Rückgang der Straftaten. Der Rückgang der Straftaten kann aber verschiedene Ursachen haben. Entweder sind die Straftaten tatsächlich zurückgegangen, oder es gibt ein verändertes Anzeigeverhalten, wenn die Leute einfach nicht mehr zur Polizei gehen, um Straftaten anzuzeigen; oder die Polizei kommt bei der Strafverfolgung ihren Aufgaben nicht mehr hinterher. Dazu darf ich Hermann Benker von der Deutschen Polizeigewerkschaft zitieren: Er führt den Rückgang der erfassten Straftaten schlicht darauf zurück, dass die Polizei zu wenig Personal hat.

Die personelle Situation bei der bayerischen Polizei ist tatsächlich noch immer höchst unbefriedigend. Der Haushalt gibt hierauf keine ausreichenden Antworten. Die Erhöhung der Zahl der Einstellung von Anwärterinnen und Anwärtern in zwei Jahren reicht nicht aus. Die Personaleinsparungen der früheren Jahre werden dadurch nicht ausgeglichen. Dieses Defizit können Sie auch mit einer Aufstockung der Sicherheitswacht nicht ausgleichen. Die Polizei bleibt strukturell unterbesetzt.

Wir hatten beantragt, dass wenigstens 50 zusätzliche Anwärter pro Jahr eingestellt werden, um einerseits das Defizit auszugleichen und andererseits die mobile Reserve zu stärken. Ab 2012 werden die Ausbildungszeiten wieder nicht berücksichtigt. Es sollen immer nur so viele Anwärter eingestellt werden, wie Beamte in Pension gehen. Laut der Antwort auf eine Anfrage, die ich in diesem Zusammenhang gestellt habe, sollen 2012 und 2013 mit 750 bzw. 740 neu einzustellenden Anwärtern die Zahlen von 2010 halbiert werden. Ich weiß nicht, wie Sie dann mit der Ausbildungsstruktur und mit den Ausbildern umgehen, wenn Sie plötzlich nur mehr die Hälfte einstellen.

Die dreijährige Lücke, die durch die Ausbildungszeit und die Rückführung der Arbeitszeit von 42 auf 40 Stunden in der Woche entsteht, wird nicht ausgeglichen. Es gibt nicht genügend Stellen für Vertretungen während der Schwangerschaftszeiten und der Elternzeiten. Die Kolleginnen und Kollegen in den Inspektionen und in sonstigen Dienststellen müssen diese Lücken füllen, so gut es geht. Die Folge dieser zusätzlichen Belastung ist die Erhöhung des Krankenstandes. Die Rückkehr zum Dienst wird außerdem dadurch erschwert, dass es zu wenige Kinderbetreuungsplätze gibt. Kinderbetreuungsplätze stehen schon gar nicht zu den Schichtzeiten zur Verfügung. Telearbeitsplätze könnten vielleicht helfen, aber in diese Richtung wollen Sie auch nicht gehen.

Die Abweichungen zwischen den Sollstellen und den tatsächlich auf den Inspektionen vorhandenen Stellen sind zum Teil gravierend. In der Fläche kann vielerorts der Schichtdienst in der Nacht kaum aufrechterhalten werden.

Der Beförderungsstau ist zu einem riesigen Berg angewachsen. Polizeibeamte, die schon längst einen Anspruch auf Beförderung hätten, werden weiterhin vertröstet. Die vorgesehenen Stellenhebungen reichen nicht aus, um alle Beförderungen durchzuführen. Die Arbeitsbelastung steigt ständig an, wie die vielen Einsatzstunden bei den diversen Fußballspielen zeigen. Viele Dienstgebäude sind in einem baulich sehr schlechten Zustand. Dies trägt auch nicht gerade zur Motivation bei. Auch aus Klimaschutzgründen müssten die Dienstgebäude schnellstmöglich energetisch saniert werden.

Um allem noch die Krone aufzusetzen, müssen die Polizeibeamten auch noch eine Nullrunde hinnehmen. Mit diesen Defiziten wird der Haushalt den Anforderungen der Polizeiarbeit nicht gerecht. Helmut Bahr, der Landesvorsitzende der GdP, drückt dies wie folgt aus: Bayerische Polizisten zahlen die Zeche.

Herr Minister, Sie sollten nicht immer mehr Befugnisse für die Polizei fordern, wie etwa die Online-Durchsuchung, die Vorratsdatenspeicherung oder ein rigides Versammlungsrecht. Sie sollten auch keine Computerausforschungen mit Zehntausenden von automatisch aufgezeichneten Screenshots zulassen, für die es keine Rechtsgrundlage gibt. Sie sollten für angemessene Arbeitsbedingungen sorgen, für eine gute personelle Ausstattung, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für eine höhere Bezahlung der Polizei.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Es gibt weitere Teile des Haushalts, die unterbelichtet sind. Ich gehe nur auf den Einzelplan 03 A ein. Ich nenne die personelle Ausstattung der staatlichen Landratsämter, die von den Landkreisen durch Umschichtungen nicht ausgeglichen werden kann. Ähnliches gilt für die kreisfreien Städte. Die Aufgaben wachsen, die Vollzugsdefizite ebenso. Ein Beispiel ist die Heimaufsicht. Die zuständigen Stellen sind personell so dünn besetzt, dass sie die Kontrollen der Pflegebedingungen in den Alten- und Pflegeheimen nicht turnusgemäß durchführen können.

Beispiel Anlagensicherheit: Es fehlen Umweltschutzingenieure, die eine regelmäßige Überprüfung der Anlagen, die nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigt sind, vornehmen. Mit diesen Anlagen ist ein erhebliches Gefährdungspotenzial für Mensch und Umwelt verbunden. Es wäre fahrlässig, sie nicht regelmäßig zu kontrollieren.

Lebensmittelkontrolleure fehlen ebenfalls. Beim Vollzug des Waffenrechts gibt es Defizite. Was nützt eine Verschärfung des Waffenrechts, wenn ein Waffenbesitzer in Bayern statistisch nur alle 150 Jahre mit einer Kontrolle rechnen muss? Das ist Augenwischerei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Haushalt des Innenministeriums steckt eine grobe Trickserie. Schon heute steht fest, dass im Jahre 2012 weitere 109 Millionen Euro für den Digitalfunk für Polizei und Rettungsorganisationen nötig sein werden. Die 109 Millionen Euro sind jedoch nicht im Haushalt enthalten. Die Staatsregierung erklärt, dass die Mittel über den Nachtragshaushalt abgewickelt werden könnten. Das widerspricht jedoch dem Grundsatz der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit. Damit soll der Haushalt nur geschönt werden.

Selbstverständlich haben wir auch Einsparvorschläge gemacht. Der Verzicht auf den Umzug des Statistischen Landesamtes nach Fürth wäre angebracht. Dieser Umzug ist teuer und überflüssig. Das ist keine vernünftige Regionalförderung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein anderer Sparvorschlag ist die maßvolle Reduzierung des Personals beim Landesamt für Verfassungsschutz. Das sage ich mit ein wenig Augenzwinkern. Wir fordern eine kritische Überprüfung der Arbeitsbereiche und Einsparvorschläge. Im Hinblick auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität hat der Verfassungsschutz vor einigen Jahren einen Arbeitsbereich hinzubekommen, der eigentlich die Polizeiarbeit betrifft, und somit Doppelstrukturen produziert. Außerdem gehe ich von einem Einsparpotenzial aus, solange der Verfassungsschutz Zeit hat, sich in

völlig überflüssige Beobachtungen und öffentliche Nennungen von Organisationen wie VVN, A.I.D.A., und der Islamischen Gemeinde Penzberg zu verbeißen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Für die FDP-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Dr. Andreas Fischer das Wort erteilen.

**Dr. Andreas Fischer (FDP):** Herr Präsident, Herr Staatsminister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert werden." Dieser Forderung, die Marcus Tullius Cicero vor mehr als 2.000 Jahren formuliert hat, folgen wir nicht nur mit dem vorliegenden Gesamthaushalt, sondern in dieses Konzept fügen sich die Einzelpläne 03 A und 03 B, die den Haushalt des Staatsministeriums des Innern abdecken, nahtlos ein. Auch mit diesen beiden Einzelplänen leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung und zum ausgeglichenen Staatshaushalt. Selbstverständlich stehen wir unter einem erheblichen Spardruck. Wir folgen diesem Spardruck jedoch, ohne Abstriche bei der inneren Sicherheit oder beim Bauunterhalt zu machen.

Bei manchen Vorrednern der Opposition hatte ich den Eindruck, sie leben und beobachten in einem anderen Land. Dagegen sage ich: Bayern bleibt Marktführer sowohl bei der soliden Haushaltspolitik als auch bei der inneren Sicherheit.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD))

Lassen Sie mich mit Blick auf die polizeiliche Kriminalstatistik einige Dinge feststellen. Bayern ist das sicherste Bundesland. Wir haben die niedrigste Kriminalitätsbelastung seit fast 20 Jahren. Wenn jetzt eingewendet wird, dies liege am Anzeigeverhalten oder daran, dass Anzeigen nicht mehr aufgenommen werden konnten, halte ich dagegen: Der Rückgang betrifft ganz besonders die Straßenkriminalität und die Gewaltkriminalität. Kolleginnen und Kollegen, das sind keine Kontrolldelikte. Die Menschen, die davon betroffen sind, erstatten Anzeige. Deswegen ist Ihre Argumentation schlicht und einfach falsch. In Bayern gibt es außerdem einen weiteren Anstieg der Aufklärungsquote auf mittlerweile 46,6 %. All diese Zahlen belegen, dass Sicherheit und Freiheit kein Gegensatz sind. Seit die FDP in Bayern mitregiert, ist Bayern nicht nur freier, sondern auch sicherer geworden.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Statt neuer Sicherheitsgesetze haben wir in den letzten Jahren den Weg der personellen Verstärkung der bayerischen Polizei konsequent vorangetrieben. In dieser Koalition haben wir einen Weg beschritten, der sich ausgezahlt hat. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache.

(Beifall bei der FDP)

Kolleginnen und Kollegen, die bayerische Polizei ist hervorragend aufgestellt und hoch motiviert. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um allen Beamtinnen und Beamten bei der bayerischen Polizei unseren Dank und unsere Anerkennung auszusprechen.

(Beifall bei der FDP)

Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 03 A ist überwiegend ein Polizeihaushalt, weil 67 % seiner Ausgaben die Polizei betreffen. Es handelt sich ebenfalls um einen Personalhaushalt, weil 85 % der Ausgaben auf Personalkosten entfallen - entweder auf Personalkosten der Polizei oder der allgemeinen inneren Verwaltung. Das bedeutet jedoch zugleich, dass ohne einen Beitrag der Beschäftigten eine Haushaltskonsolidierung in diesem Bereich nicht möglich ist. Es ist eine Sache der Ehrlichkeit, zu sagen: Wir müssen von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein Sonderopfer verlangen.

(Ludwig Wörner (SPD): Schon wieder!)

Bei diesem Sonderopfer haben wir es uns nicht leicht gemacht. Ohne dieses Opfer wäre der Weg nur durch eine massive Neuverschuldung möglich gewesen. Dies hätte bedeutet, die Rechnung der nächsten Generation zu präsentieren. So etwas kann man als Opposition fordern; fair und ehrlich ist das nicht.

(Beifall bei der FDP - Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Das ist wie mit der Hotelsteuer!)

Genauso deutlich sage ich: Mit der Nullrunde im Jahre 2011 für den öffentlichen Dienst legen wir lediglich eine Atempause ein.

(Lachen bei der SPD)

Wir liegen nach wie vor beim Gehaltsniveau im öffentlichen Dienst bundesweit an der Spitze. Im Jahr 2012 werden wir die nötige Anpassung der Bezüge wieder vorsehen.

Lassen sie mich einige Schwerpunkte in diesem Haushalt herausgreifen: 2,7 Milliarden Euro für die bayerische Polizei und 39.000 Stellen im Stellenplan. Davon entfallen 739 Stellen auf die Polizei und insgesamt 814 Stellen auf die Rücknahme der 42-Stunden-

Woche. Diese Rücknahme ist die Einhaltung eines Versprechens. Das ist kein billiges Versprechen. Trotz der schwierigen Haushaltslage haben wir dieses Versprechen gehalten. Das war fair. Das war richtig. Das war ehrlich.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben für den öffentlichen Dienst Stellenhebungen von 323 Stellen in der allgemeinen inneren Verwaltung, 68 Stellen bei der Polizei und 21 Stellen beim Verfassungsschutz vorgesehen. Das zeigt unsere Wertschätzung für den öffentlichen Dienst.

Lassen Sie mich einen weiteren Bereich ansprechen. Fast eine Milliarde Euro kostet der Aufbau des BOS-Digitalfunks von 2007 bis 2021. Davon entfallen 41,55 Millionen Euro auf diesen Haushalt. Hinzu kommt noch die Erstausrüstung mit digitalen Endgeräten der kommunalen Feuerwehren, des Rettungsdienstes und der Hilfsorganisationen, die wir fördern. Der BOS-Digitalfunk ist ein unverzichtbarer Baustein in der Sicherheitsarchitektur. Wir begrüßen diesen Aufgabenschwerpunkt ausdrücklich.

(Beifall bei der FDP)

Hinzu kommt die Finanzierung der integrierten Leitstellen, für die wir Mittel zur Verfügung stellen. Das ist von den Vorrednern schon angesprochen worden. Aus Zeitgründen kann ich nicht näher darauf eingehen.

Ich möchte noch einen weiteren Bereich beleuchten, der angesprochen wurde. Das sind der Brandschutz und das ehrenamtliche Engagement, das von Hunderttausenden ehrenamtlichen Helfern geleistet wird. Ohne diese ehrenamtlichen Helfer wären Brandschutz und technische Hilfeleistungen in Bayern nicht möglich. Deshalb ist es gerecht und notwendig, dass diese ehrenamtlich Tätigen geeignete und qualifizierte Fortbildungsmöglichkeiten wahrnehmen. Daher freue ich mich ganz besonders über 15 neue Stellen an den Feuerweherschulen. Diese Stellen sind wichtig, sie sind richtig, und wir freuen uns, dass wir sie bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Zum Einzelplan 03 B möchte ich nur kurz Stellung nehmen. Die Staatsstraßen brauchen regelmäßigen Unterhalt. Wir können es uns nicht leisten, den Unterhalt der Staatsstraßen zurückzustellen, ihn aufzuschieben und in einigen Jahren eine umso teurere Rechnung bezahlen zu müssen. Deswegen haben wir die notwendigen Weichenstellungen getroffen. Bayern ist ein Flächenstaat. Als Vertreter des ländlichen Raums stelle ich fest: Ohne Straßen gibt es keine Zu-

kunft für den ländlichen Raum. Deswegen ist es notwendig und richtig, dass wir 2011 zusätzliche 41,5 Millionen Euro und 2012 zusätzliche 25 Millionen Euro bereitstellen. Das ist praktische Politik für den ländlichen Raum und nicht "Formblattpolitik", wie sie die Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER mit der Einführung eines neuen Formblatts wollen.

(Beifall bei der FDP)

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zusammenfassen. Der Haushalt in den Einzelplänen 03 A und 03 B ist kein Grund zum Jubeln, weil wir das Geld nicht mit vollen Händen ausgeben. Dieser Haushalt ist aber ein Beitrag zu einem verantwortungsbewussten Handeln in der Politik. Es sind Einzelpläne der Vernunft und der Verantwortung. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zu diesen Einzelplänen.

(Beifall bei der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Kollege, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Für eine Zwischenbemerkung darf ich Herrn Kollegen Peter Meyer das Wort erteilen. Bitte schön.

**Peter Meyer (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Dr. Fischer, das mit den Formblättern sollten Sie bei Gelegenheit noch einmal erläutern, weil wir das gerade nicht verstehen.

Nun zu den Sonderopfern im öffentlichen Dienst. Sie sprechen von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, denen Sie ein Sonderopfer abverlangen. Wenn von Beschäftigten die Rede ist, impliziert das zunächst den Tarifbereich. Ich weiß nicht, wo da das Sonderopfer liegen soll. Ich nehme aber an, dass Sie die Beschäftigten ganz allgemein meinen. Deshalb verstehe ich nicht, dass Sie von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst reden, aber unterscheiden, dass die Beamten ein Sonderopfer erbringen müssten, die Beschäftigten im Tarifbereich jedoch nicht.

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Kollege Dr. Fischer, bitte.

**Dr. Andreas Fischer (FDP):** Herr Kollege Meyer, ich nehme an, dass Sie rechnen können. Ich nehme auch an, dass Sie sich ausrechnen können, dass bei einem Haushalt, dessen erheblicher Teil des Ausgabevolumens auf die Beamtinnen und Beamten entfällt, Einsparungen nicht möglich sind, ohne dass diese Beamtinnen und Beamten dazu beitragen. Ich bin überzeugt, dass die Mehrzahl der Beamtinnen und Beamten das nicht gerne macht. Niemand macht das gerne. Ich bin aber überzeugt, dass die Beamtinnen und Beamten des Freistaats Bayern sehr wohl wissen, dass bei der gegenwärtigen Haushaltslage die

einzigste Alternative wäre - ich betone das ausdrücklich -, dass wir massiv in die Neuverschuldung gehen müssten. Einen alternativen Finanzierungsvorschlag haben Sie nicht aufgezeigt. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Für die CSU-Fraktion darf ich nun Herrn Kollegen Miller das Wort geben.

**Josef Miller (CSU):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 03 ist mit mehr als 1,4 Milliarden Euro in erster Linie ein Investitionshaushalt der Staatsbauverwaltung. Die Schwerpunkte dabei sind der Staatsstraßenbau, die Wohnraumförderung, Wohngeld, Studentenwohnheimbau und Städtebauförderung.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Mit dem Haushalt 03 B leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Wohn- und Lebensqualität in unserem Land und für das Erscheinungsbild und die Zukunft unseres Landes. Zudem hat der Einzelplan 03 B in diesem Jahr einen hohen Investitionsanteil von fast 53 %. Er trägt damit ganz wesentlich zu einem Gesamtinvestitionsanteil im Haushalt von 12 % bei. Der Personalkostenanteil mit 29,5 % spielt eine weniger wichtige Rolle.

Die Aufstellung dieses Einzelplans war nicht einfach. Er stand im Spannungsfeld zwischen einem ausgeglichenen Staatshaushalt auf der einen Seite und dem Schwerpunkt "Bildung, Familie und Forschung" auf der anderen Seite. Das Auslaufen des Konjunkturprogramms kam erschwerend hinzu.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wir haben den Einzelplan 03 B im Landtag intensiv beraten. Es gab gleiche und divergierende Meinungen der Parteien. Wenn man nun die Verstärkungen im Einzelplan 13 und den Wegfall des Konjunkturprogramms berücksichtigt, weist der Einzelplan 03 B gegenüber dem Jahr 2010 trotz des Sparhaushalts sogar eine moderate Steigerung auf. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das Ergebnis kann sich sehen lassen. Dass nach den Beratungen im Parlament 67 Millionen Euro mehr vorgesehen sind, ist ein Erfolg des Parlaments.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was die Verwaltung geleistet hat und noch leistet, wird deutlich, weil zum Beispiel 900 Millionen Euro für Maßnahmen im Rahmen der Auftragsverwaltung der

Bundesfernstraßen hinzukommen, 800 Millionen Euro Hochbaumaßnahmen des Landes in den Einzelplänen der jeweiligen Ressorts und 500 Millionen Euro Hochbaumaßnahmen des Bundes bearbeitet werden müssen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, das Konjunkturprogramm war und ist ein Schwerpunkt dieses Etats. Es ist eine Erfolgsstory im besonderen Maße. Es ist hervorragend gelungen. Wir haben uns in Bayern auf Energieeinsparung konzentriert. Andere Länder haben sich verzettelt. Ich hätte mir gewünscht, dass das von der Opposition registriert wird. Die Wärmedämmung der Schulen ist hervorragend gelaufen. Das war ein Energieeinsparungsprogramm par excellence.

(Ludwig Wörner (SPD): Angeregt und bezahlt vom Bund!)

Sie sollten das wenigstens registrieren. Dass Sie es würdigen, verlangen wir von Ihnen gar nicht.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Welche Bundesregierung war es denn, die das angeregt hat?)

- Ja, wir wissen, dass Sie damals noch an der Bundesregierung beteiligt waren. Deshalb wäre es umso besser gewesen, wenn Sie es erwähnt hätten. Sie können positive Dinge aber nicht darstellen.

(Ludwig Wörner (SPD): Das war gestern, wir reden über morgen!)

Da das Programm vorbildlich und unbürokratisch abgewickelt wurde, will ich mich bei Staatsminister Joachim Herrmann und bei Staatssekretär Gerhard Eck und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bauverwaltung bedanken, die ohne zusätzliches Personal schnell und exakt gearbeitet haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nun zum Thema Wohnungsbau. Ich sehe sehr deutlich, dass es immer schwieriger wird, in den Ballungsräumen Wohnraum zu erschwinglichen Preisen zu finden. Deshalb ist das Förderprogramm, das wir aufgelegt haben, besonders wichtig. Derzeit hinkt der Wohnungsbau dem Bedarf hinterher, obwohl durch die Baugenehmigungen ein gewisser Aufholeffekt eintritt. Wir verzeichneten einen Tiefpunkt mit 29.000 Baugenehmigungen, 2009 waren es 35.600 und 2010 rund 42.400. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern setzt Bayern das Wohnraumförderprogramm auf hohem Niveau mit 205 Millionen Euro fort.

(Ludwig Wörner (SPD): Weil die anderen Länder keinen Bedarf haben!)

Die anderen Bundesländer wären froh, wenn sie diese Förderung hätten. Bei uns kommt hinzu, dass die Landesbodenkreditanstalt zinsverbilligte Kredite zu den schon verbilligten KfW-Darlehen gibt, die auch für die energetische Sanierung gewährt werden. Sie haben einen Antrag gestellt, dass Wohnungsbaugesellschaften Sondermittel bekommen sollen. Kolleginnen und Kollegen, den Antrag müssen wir ablehnen, weil wir keine Institution der Wohnungsförderung bevorzugen können. Ich bitte um Verständnis. Es geht nicht an, dass man Genossenschaften besonders herausgreift, sondern wir wollen alle gleich und wettbewerbsneutral behandeln.

Nun zum Wohngeld! Hier haben wir dem gesetzlichen Anspruch mit 150 Millionen Euro Ausgabemitteln Rechnung getragen. Das ist eine Erhöhung um 10 Millionen Euro; die Mittel werden auch reichen. Für den Studentenwohnraum haben wir konstant eine sehr hohe Förderung über viele Jahre hinweg. Das trägt dazu bei, dass wir auf einem hohen Level sind und bleiben. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Hier ist dem Anstieg der Studierendenzahl schon vorab Rechnung getragen worden. Es wäre schlimm gewesen, wenn die Erhöhung erst jetzt eingesetzt hätte. Ich höre immer wieder, dass wir hiermit bundesweit Anerkennung finden. Andere Länder wären froh, wenn sie hier so viele Finanzmittel hätten wie wir in Bayern.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das ist so. - Zur Städtebauförderung brauche ich nicht viel zu sagen: Wir sind uns einig, dass die Kürzungen des Bundes hier nicht kommen dürfen. Sie sind jetzt wieder geplant. Wir haben die geplante Kürzung von 43 % auf 15 % abmildern können. Herr Staatsminister, Sie haben jegliche Unterstützung unserer Fraktion, bekannt gewordene Kürzungen in Berlin abzuwehren und weiterhin für Fördermittel zu kämpfen. Wir können allerdings mit Landesmitteln nicht ausgleichen, was der Bund kürzt. Darum werden wir auch den entsprechenden Antrag ablehnen.

Ich komme zum Staatsstraßenbau, einem Schwerpunkt des vorliegenden Haushalts. Hier möchte ich den Betriebsdienst erwähnen. Diesen Dienst nehmen wir vielfach wie selbstverständlich in Anspruch. Das Personal steht insbesondere in den Wintermonaten Tag und Nacht bereit und sorgt dafür, dass wir einwandfreie Straßen haben. Ich bitte, den Mitarbeitern insbesondere des Betriebsdienstes ein herzliches Dankeschön zu übermitteln, den ich heute einmal besonders aussprechen möchte.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD):  
40 % von ihnen sind schwer beschädigt!)

Gute Straßen gehören zu einer mobilen Gesellschaft und zu einer Wirtschaft, die auf Export ausgerichtet ist. Sie sind Grundvoraussetzungen einer guten Infrastruktur. In dem Bestreben, einen schuldenfreien Staatshaushalt aufzustellen, wurden in der Mitte des vergangenen Jahrzehnts - das gebe ich zu - Einsparungen durchgeführt; es kam da zu harten Einschnitten. Dies hat zu einem Investitionsrückstand geführt. Darauf hat der Oberste Rechnungshof zu Recht hingewiesen. Mit dem vorliegenden Etat reagieren wir auf diese Hinweise. Für das Jahr 2011 stehen im Staatshaushalt insgesamt 148 Millionen für den Staatsstraßenbau zur Verfügung, wenn man die Kosten für Planungen abzieht. Aus dem Einzelplan 13 sind 42 Millionen dazugekommen, weitere 25 Millionen kamen für die Frostschäden dazu. Es stehen damit insgesamt 215 Millionen zur Verfügung. Darauf, dass wir das erreicht haben, sind wir stolz. Unsere Zielsetzung ist es, auf Dauer 200 Millionen plus X zur Verfügung stellen zu können. 2004 waren wir mit 97 Millionen auf einem Tiefpunkt; jetzt sind wir bei 215 Millionen. Ich glaube, das ist ein gewaltiger Anstieg.

Sie von den GRÜNEN lehnen den Bau von Umgehungsstraßen ab; das können Sie tun. Aber ich sage Ihnen: Unzählige Bürgerinnen und Bürger warten auf den Bau von Umgehungsstraßen, damit sie vom Verkehrslärm befreit werden. Sie können das ruhig ablehnen; aber wir werden auch künftig Umgehungsstraßen bauen.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD):  
Nennen Sie doch mal die Zahlen für 2012!)

Unser Ziel muss es sein - und damit komme ich zum Schluss -, alles zu tun, um die Straßeninfrastruktur weiter auszubauen und damit die Mobilität unserer Gesellschaft zu gewährleisten und die Entwicklung gerade der ländlichen Räume zu fördern. Der Einzelplan 03 B ist nämlich auch ein Programm für die ländlichen Räume. Angesichts der finanzpolitischen Lage und der Schwerpunktsetzung in diesem Hause ist der vorliegende Einzelplan 03 ein gutes Ergebnis. Ich bitte deshalb, dem Einzelplan 03 zuzustimmen, und bedanke mich bei allen, die daran mitgewirkt haben, insbesondere beim Vorsitzenden unserer Fraktion Georg Schmid,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

beim Vorsitzenden unseres Ausschusses Georg Winter, und bei den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses und des Innenausschusses. Mein besonde-

rer Dank gilt natürlich den Ministern Herrmann und Fahrenschon.

(Beifall bei der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Kollege. Sie haben noch eine Zwischenbemerkung zu beantworten; Kollege Halbleib hat das Wort.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Herr Staatsminister a. D., ich kann fast jedes Wort, das Sie vorgetragen haben, unterstreichen.

(Josef Miller (CSU): Das ist schön!)

Können Sie mir erklären, wie der Etatansatz im Doppelhaushalt bei den Staatsstraßen für 2012 zustande kommt? In dem von Ihnen beschlossenen Entwurf sehen Sie einen tiefen Absturz der Mittel für den Staatsstraßenbau vor. Wir sind weit entfernt von einer ansteigenden Linie bzw. von den 200 Millionen plus X, sondern wir sehen das Gegenteil. Sie beschließen heute das Gegenteil von dem, was Sie heute am Re-deput erklärt haben.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Miller, bitte zur Erwiderung.

**Josef Miller (CSU):** Herr Kollege Halbleib, ich habe hier von 2011 gesprochen. Das, was 2012 geschieht, erklären wir beim Nachtragshaushalt.

(Beifall bei der CSU - Lachen bei der Opposition - Harald Güller (SPD): Da muss der Miller selbst lachen!)

- Sie hätten uns die Steigerungen nie zugetraut. Wir sind zu vielem fähig!

(Allgemeine Heiterkeit - Ludwig Wörner (SPD):  
Aber zu nichts nütze!)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Kollege. Im Moment liegen mir keine Meldungen für weitere Zwischenbemerkungen vor, sodass ich Sie an Ihren Platz entlassen kann. Der nächste Redner in der Debatte ist Herr Kollege Ludwig Wörner für die SPD-Fraktion.

**Ludwig Wörner (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister! Ihre Rede ist mir heute so vorgekommen wie der Ausspruch frei nach Karl Valentin: Mögen hätte ich schon gewollt, aber tun habe ich mich nicht getraut.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie dem bayerischen Wohnungsbau antun, ist genauso schlimm wie das, was Ihr Parteikollege Schneider dem Wohnungsbau seinerzeit angetan hat. Sie produzieren bewusst ein Desaster. Sie selbst haben erst vor nicht ganz einem Jahr gesagt: In den nächsten 15 Jahren brauchen wir rund eine Million Wohnungen. Richtig; da haben Sie völlig recht. 30.000 Wohnungen haben wir gebaut oder wollen wir bauen, das heißt: 260.000 Wohnungen bleiben übrig, die nicht gebaut werden und deren Fehlen die Mieten gnadenlos hochtreiben wird. Mangelwirtschaft führt zu solchen Folgen, und diese Folgen haben in erster Linie die kleinen Leute auszubaden bzw. die Leute, denen Sie heute weniger Beamtenbesoldung bezahlen. Das sind die Leidtragenden - nicht die Großen. Jeder, der genügend Geld hat, kann sich in München eine Wohnung leisten. Aber diejenigen, die diese Städte und Ballungsräume am Leben halten müssen, von der Krankenschwester über den Pfleger bis zu den Beamtinnen und Beamten, können sich die Mieten in den Ballungsräumen nicht mehr leisten. Dann schiebt man die Probleme in Form von Mietbeihilfen ganz locker den Kommunen zu. Das kann man zwar eine Zeit lang machen, aber die Kommunen können das auf Dauer nicht bezahlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb bin ich etwas überrascht davon, dass Sie hier so zu tun, als wären die Mittel für den Wohnungsbau aufgestockt worden oder zumindest gleichgeblieben. Schmarrn! Zusammengestrichen habt ihr die Mittel, gnadenlos!

(Zuruf von der CSU: Nur minimal!)

- "Minimal" nennen Sie das? Dafür hätte man viele Wohnungen bauen können. Ich sage Ihnen: Begonnen hat damit ein CSU-Minister in Berlin, ich glaube, er heißt Ramsauer. Dieser Herr hat erst einmal die "Soziale Stadt" rasiert. Auf Intervention aus Bayern hat er wieder etwas nachgebessert, das reicht aber bei Weitem nicht. Dann haben Sie auch noch einmal gekürzt, anstatt die Mittel wieder anzuheben. Meine Damen und Herren, wer den Wohnungsbau an sich reißt, wie Sie es in der Föderalismusdiskussion getan haben, muss ihn dann auch bezahlen; denn dann muss er die Verantwortung übernehmen. In der Bayerischen Verfassung steht der klare Auftrag: Von ausreichend preiswertem Wohnraum ist da die Rede. Was machen Sie? - Sie lassen die Zügel schleifen, streichen die Mittel für Städtebauförderung. Im Programm "Soziale Stadt" kommen in diesem Jahr noch 450.000 Euro für neue Projekte an. Alles andere ist schon verplant für bereits laufende Projekte. Wer mit dem Programm "Soziale Stadt" so schändlich umgeht, der sorgt für sozialen Sprengstoff in den Städten und Ballungsräumen;

(Beifall bei der SPD)

der sorgt dafür, dass es in den Städten wieder Verslumungstendenzen gibt; der sorgt dafür, dass die Kommunen das, was sie bisher geleistet haben - Aufbau von Reparaturbetrieben, um Fehler der Vergangenheit auszubügeln -, nicht mehr leisten können. Sie von der Koalition machen das alles gemeinsam mit dem Bund, gemeinsam mit Ramsauer wieder kaputt.

Angesichts dessen kann man nicht so tun, als ob die Welt heil sei. Nein, meine Damen und Herren, die Welt im Wohnungsbau ist längst nicht mehr heil. Die Dramatik nimmt durch Ihre rigiden Sparmaßnahmen sogar noch zu. Sie sorgen dafür, dass das Geld fehlt. Sie sorgen auch dafür, dass nichts mehr nachkommt; das ist noch viel fataler.

Dann geht es um Kleinigkeiten wie zwei Millionen oder fünf Millionen Euro für den Liftbau. Das muss man sich einmal vorstellen, bei dem Haushalt! "Liftbau" heißt in der Altbausanierung, die Wohnungen altengerecht zu machen bzw. zu erhalten. Sie reden doch immer davon, dass sich die Generationen ändern und dass wir immer älter werden. Richtig! Die alten Menschen sollen möglichst lange zu Hause leben, weil sie dort tatsächlich zu Hause sind und preiswerten Wohnraum haben. Nach Einbau eines Lifts können die Menschen länger in ihrer Wohnung leben. Dafür braucht es aber Mittel; sonst schlägt der Lifteinbau voll auf die Miete durch. Genau das wollen wir mit diesem Antrag verhindern - ein Tropfen auf den heißen Stein!

Wenn ich zu den Koalitionsfraktionen hinüberschaue, sehe ich dort manchen sitzen, der etwas versprochen, das aber nie gehalten hat. Zuerst hieß es, man könne da durchaus etwas tun. Wenn man aber tatsächlich Geld wollte, war komischerweise keines da. Deswegen haben wir diesmal den Antrag gestellt. Die CSU hat ihn im Ausschuss abgelehnt. Wir verlangen dazu eine namentliche Abstimmung, weil wir den Menschen sagen wollen, was Sie nicht für sie tun.

Ich meine, es wäre auch notwendig gewesen, Genossenschaften stärker zu fördern. Demjenigen, der - wie die FDP - sagt, das sei eine Sonderförderung für Einzelne, kann ich nur antworten: Gerade recht! Das ist die einzige Form des Wohnungsbaus, die kein Geld damit verdienen will, sondern die nur preiswerten Wohnraum zur Verfügung stellen will. Wer diesen Ansatz nicht fördert, weil ihm die Begrifflichkeit nicht gefällt, der muss doch von gestern sein.

Im Übrigen darf ich daran erinnern, dass man anderen Genossenschaftsformen durchaus Förderungen zuteil werden lässt. Dort argumentiert man nicht, das verzerre den Wettbewerb. Ich sehe dort Landwirte sit-

zen und sage ihnen: Jawohl, zu Recht fördert man in diesem Bereich Genossenschaften. Warum soll das im Wohnungsbau nicht möglich sein? Warum behauptet man dort, das gehe nicht?

Wir hätten uns zumindest gewünscht, dass Sie zinsverbilligte Darlehen für Genossenschaften zur Verfügung gestellt hätten; denn das wäre gut investiertes Geld gewesen. Die Menschen, die in Genossenschaftswohnungen leben, brauchen in späteren Jahren nichts vom Staat, sondern sie können sich ihre Wohnung tatsächlich leisten.

Herr Innenminister, ich finde es fantastisch, dass Sie eine Lobrede auf eine große alte Genossenschaft in Bayern gehalten haben. Sie haben gesagt, wie toll Genossenschaften seien. Schön wäre es gewesen, wenn Sie auch zu den Fördermitteln Ja gesagt hätten. Das wäre sogar entscheidend gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Das Lob allein nützt niemandem. Es nützt nur etwas, wenn man solche Dinge auch monetär anerkennt. Wir hätten uns genau das von Ihnen gewünscht, um zu verdeutlichen, wie wichtig Ihnen diese Wohnform ist. Die Wohnungsgenossenschaften müssen ihrer wohnungspolitischen Versorgungsaufgabe gerecht werden können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch zum Straßenbau kommen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen Aktien von Geländeauto- und Geländemotorradherstellern hat. Den Eindruck kann man gewinnen, wenn man sieht, welche Zustände Sie auf den bayerischen Straßen hinterlassen haben. Das kann man höchstens noch als Konjunkturprogramm für Kfz-Werkstätten - neue Stoßdämpfer, neue Reifen, neue Felgen - durchgehen lassen. Etwas anderes ist das jedenfalls nicht mehr.

Übrigens verbergen Sie eines ganz schamhaft: Beim Brückenbau gibt es noch viel mehr Nachholbedarf als im gesamten Staatsstraßenbereich. Das versäumen Sie völlig. Wie können Sie angesichts all dessen davon reden, Sie hinterließen unserer Jugend keine Schulden? Genau Sie hinterlassen Milliarden von Schulden, indem Sie Straßen und Brücken nicht sanieren. Das wäre seit Jahren dringend geboten.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir das nicht schnell nachholen, werden wir irgendwann Probleme beim Transport bekommen. Dann muss die Überfahrt über einige Brücken beschränkt werden, was dazu führt, dass der Transport auf der Straße, den Sie so hoch schätzen, nicht mehr wie bisher stattfinden kann. Mir soll es recht sein,

wenn wir den Transport auf die Schiene verlagern, aber das wird nicht überall in Bayern funktionieren, weil die entsprechenden Schienensysteme gar nicht vorhanden sind.

Ich bitte Sie, unseren Anträgen zuzustimmen, vor allem den beiden Anträgen, zu denen wir namentliche Abstimmung beantragt haben. Wir halten es für dringend geboten, in den dort aufgeführten Bereichen nachzubessern.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER darf ich Herrn Kollegen Alexander Muthmann nach vorn bitten. Herr Muthmann, Sie haben das Wort.

**Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Fischer hat Weisheiten aus den Zeiten Ciceros zitiert. Ich hoffe, dass sich die Regierungskoalition, wenn es um die Staatsstraßen geht, nicht am Zustand der Via Appia orientiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Unruhe bei der CSU - Zuruf des Abgeordneten Bernd Siblinger (CSU))

- Herr Kollege Siblinger, für damalige Verhältnisse war der Zustand eigentlich super. Aber die Weisheiten werden auf dem Stand von heute weitertransportiert. Doch auch das stimmt an dieser Stelle nicht, wenn es um nachhaltiges Wirtschaften geht.

Der Herr Innenminister hat zu Recht darauf hingewiesen, wie wichtig die Staatsstraßen im Gesamtkonzert der Straßen sind - für die Pendler, für die Wirtschaft, für den Tourismus, kurz, für alle, die mobil sein wollen und mobil sein müssen. Er hat auch darauf hingewiesen, dass dieses Programm als Zukunftsinvestition zu verstehen ist.

Wir haben nach Bekanntwerden der ersten Zahlen im Rahmen einer Aktuellen Stunde schon einmal über dieses Thema debattiert und darauf hingewiesen, dass in den Haushalt schlicht zu wenig Mittel eingestellt sind. Man braucht nur den Gesamtbedarf zusammenzählen: den normalen Unterhaltsbedarf, das Abarbeiten des Sanierungsstaus und das Programm für den Um- und Ausbau der Staatsstraßen auf der Grundlage des uns vorgelegten Investitionsprogramms. Das sind summa summarum immerhin 270 Millionen Euro im Jahr. Wir erkennen durchaus an, dass es nach den Ergänzungen der vergangenen Tage und Wochen zumindest für das Jahr 2011 ein akzeptables Ergebnis gibt, auch wenn das eigentlich notwendige Niveau noch nicht erreicht wird. Lieber

Kollege Rotter, wir waren uns schon vor ein paar Wochen in der Bewertung einig, dass der erste Ansatz zu gering ausgefallen war.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Miller, wir haben aber über einen Doppelhaushalt zu beraten. Wir reden nicht nur vom Jahr 2011, sondern wir müssen auch das Jahr 2012 betrachten. Was Letzteres angeht, so haben wir für diesen Bereich mickrige 110 Millionen Euro zu verabschieden. Das ist völlig indiskutabel. Auch unter den Gesichtspunkten nachhaltigen Haushaltens ist das nicht vertretbar, weil allein die Unterhaltsaufgaben den jetzt eingestellten Betrag deutlich übersteigen. Von Ausbauplanungen, und wenn es solche der ersten Dringlichkeitsstufe sind, braucht man dann überhaupt nicht mehr zu sprechen. Allein die Werterhaltungsaufgabe bei den Staatsstraßen erfordert weit mehr als das, was für das Jahr 2012 eingeplant ist.

Übrigens haben die Verantwortlichen, die die Maßnahmen dann umzusetzen haben, auch keine Planungssicherheit. Die Beamten der Obersten Baubehörde bzw. der Bauämter müssen wissen, wie viel Geld sie - auch im Jahr 2012 - zur Verfügung haben. Wenn hier entspannt gesagt wird, die Planungen für 2012 an dieser Stelle sollten noch nicht ernst genommen werden, weil sie nachgebessert werden müssten, dann wird man der Aufgabe nicht gerecht. Dann wäre es besser, wir würden einen Haushalt bloß für ein Jahr aufstellen. Aber Sie sind angetreten, für zwei Jahre zu planen. Wenn dann für das zweite Jahr ein so trauriger Ansatz vorgelegt wird, ist das schlichtweg indiskutabel.

Wir erwarten die Verstetigung der Mittel in diesem Bereich. Wir erwarten eine vernünftige, langfristige Planung. Dazu gehört, dass die Mittel bereitgestellt werden, die die Realisierung des Ausbauplans ermöglichen. Das alles ist mit dem Haushaltsansatz zumindest für das Jahr 2012 nicht annähernd zu erreichen.

Um den Prinzipien Ciceros auch an dieser Stelle gerecht zu werden, wollen wir natürlich auch einfordern, dass die Bestandserhaltung vor Neu- und Ausbaumaßnahmen wahrgenommen wird. Das ist auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. Wenn man verantwortungsvoll mit dem Vermögen des Freistaats im Bereich der Staatsstraßen umgeht, muss man mehr Geld einsetzen. Hier im kameralistischen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung einen Ausgleich zu machen - damit wiederhole ich meinen Beitrag aus der Aktuellen Stunde -, wird den Prinzipien nachhaltigen Wirtschaftens nicht gerecht, wenn man dem Straßenbau nicht das Geld zur Verfügung stellt, das für die Werterhaltung und den guten Zustand der Staatsstra-

ßen überall benötigt wird. Was die Via Appia damals an Niveau hatte, Kollege Sibler, wollen wir heute auf das Niveau des Jahres 2011 und vor allem des Jahres 2012 heben. Dafür ist mehr nötig, als Sie für den Haushaltsansatz vorgelegt haben. In diesem Sinne können wir Ihre Vorstellungen nicht akzeptieren. Sie werden unsere Ablehnung verstehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gebe ich nun Christine Kamm das Wort.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ministerpräsident Seehofer hat heute zu Beginn seiner Rede erwähnt, dass eine Katastrophe wie Fukushima ein Umdenken erfordere: ein Umdenken bei der Atomenergie, aber auch bei den erneuerbaren Energien und bei der Energieeinsparung. Allerdings scheint er damit bei Ihnen auf taube Ohren zu stoßen.

Der Einzelplan 03 B ist ein Haushaltsabschnitt, bei dem man sehr gut zeigen kann, wie ernst man es mit der Energieeinsparung meint. Beispiel: Gebäudesanierung. Der Primärenergiebedarf liegt immerhin bei 350 staatlichen Liegenschaften - Polizeigebäude, Universitätsgebäude, Behördengebäude usw. - bei über 400 kWh pro Quadratmeter und Jahr, bei 260 Gebäuden immerhin zwischen 300 und 400 kWh und bei weiteren 640 Gebäuden bei über 200 kWh pro Quadratmeter und Jahr. Da hat man bei der Energiesanierung einen ganz enormen Nachholbedarf. Aber was machen Sie? Sie kürzen die Unterhaltsmittel und die Mittel, die man für die Bauunterhaltung braucht. So werden Sie den Zukunftsanforderungen keinesfalls gerecht. So werden Sie Ihren Gebäudebestand nicht in der gebotenen Zeit energetisch sanieren können.

So verschieben Sie finanzielle Lasten in die Zukunft und lassen zusätzlich klimaschädliche Gase entstehen.

Ich komme nun zur Wohnungsbauförderung. Leider wurden auch hier die Mittel gekürzt. In Berlin kürzt man sehr stark auch im KfW-Bereich. Die Wohnungsbaufertigstellungen sind in Bayern weiterhin auf einem extrem niedrigen Niveau. In den Kommunen wachsen die Aufgaben und die finanziellen Lasten bei der Wohnungsversorgung von Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind.

Sie kürzen insbesondere beim sozialen Wohnungsbau. In ganz Bayern gibt es mittlerweile keine 135.000 Sozialwohnungen mehr. Allein in den kommenden fünf Jahren werden weitere 70.000 Sozialwohnungen aus der Bindung fallen. Bestenfalls ein Zehntel davon

wird ersetzt werden. In München spitzt sich die Wohnungsnot besonders zu. Hier werden 10.000 Wohnungen aus der Bindung fallen.

In der heutigen Debatte haben Sie, Herr Schmid, die Probleme der Landesbank elegant umschiffert. Aber wir hoffen sehr, dass diese Probleme nicht auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter ausgetragen werden. Wir hoffen sehr, dass die Wohnungen der Landesbank weiterhin sozialverträglich bewirtschaftet und nicht irgendwann günstig an einen meistbietenden Investor verhöckert werden. Da haben Sie eine große Aufgabe bei der Lösung dieses Problems.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt komme ich zum Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt". Unser Innenminister besucht alle vier bis fünf Wochen eine Kommune, um die Erfolge dieses Programms zu loben.

(Staatsminister Joachim Herrmann: Jede Woche bin ich in einer anderen Kommune!)

- Also jede Woche sind Sie in einer Kommune, um die Erfolge der "Sozialen Stadt" zu loben. Das ist wunderbar!

Sie haben auch gesagt, Sie wollten in Berlin darauf drängen, dass nachgebessert wird und die Städtebauförderung 2012 wieder auf das Niveau von 2010 kommt. Wir sagen Ihnen, Herr Innenminister: Setzen Sie sich in Berlin bei Ihrem CSU-Bundesbauminister und dem kleinen Koalitionspartner endlich durch. Lassen Sie sich nicht länger an der Nase herumführen! Es kann doch nicht wahr sein, dass ein so sinnvolles Programm aufgrund ideologischer Verblendungen gestoppt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kürzungen im Haushaltsentwurf beim Bauunterhalt, bei der Wohnungsbauförderung und bei der "Sozialen Stadt" wurden von Ihnen durchgewinkt. Aber beim Staatsstraßenbau ist es Ihnen doch gelungen, Mittel zum Aufsatteln zu finden. Wie kann das sein? Da findet man Mittel, dort findet man aber keine Mittel. Für die Beamten konnte man auch keine Mittel finden. Aber beim Staatsstraßenbau findet man die Mittel.

Besonders ärgerlich ist an dieser Sache, dass Sie pauschale Mittel einstellen. Bei 41,6 Millionen Euro Verstärkungsmittel weiß kein Mensch, ob die in den Bauunterhalt oder in den Ausbau dieser Straße oder in den Ausbau jener Straße fließen. Ich hatte schon erwartet, dass Sie wenigstens eine Liste vorlegen, aus der genau hervorgeht, welche Maßnahmen Sie finanzieren wollen. Sie sollten hier nicht pauschale

Töpfe eröffnen, die letztlich der Haushaltswahrheit und -klarheit widersprechen und intransparent sind.

Sie haben auf den Ausbauplan Staatsstraßenbau verwiesen. Das ist ein unglaubliches Märchenbuch. Da werden allein in der Dringlichkeitsstufe 1 für eine Milliarde Euro Maßnahmen aufgeführt. Aber diese Mittel können Sie nie aufbringen. Den Kommunen landauf, landab streuen Sie Sand in die Augen.

Wer meint, den Kommunen versprechen zu können, dass man durch Umgehungsstraßen die Verkehrslärmprobleme lösen könne, streut den Kommunen Sand in die Augen, Herr Miller.

Wer meint, den ländlichen Raum besser anbinden zu können, sagt ebenfalls nicht die Wahrheit. Schauen Sie sich doch den Staatsstraßenausbauplan an. Viele Straßen in der Dringlichkeitsstufe 1 sind bezüglich der verkehrlichen Wirksamkeit mit der Bewertung "null" versehen, Herr Schmid. Dazu wird der Umweltfaktor "minus 2" angegeben; das ist also ein negativer Umweltfaktor.

Ich komme daher zum Flächenverbrauch. Wir verbrauchen in Bayern täglich 16,4 ha Fläche. Davon entfallen 42,5 % auf den Verkehr. Wir können so nicht weitermachen. Wir dürfen unser Land, von dem wir morgen leben wollen, nicht zubetonieren. Wir müssen umdenken und die Verkehrsprobleme anders lösen, nicht durch Illusionen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Die nächste Wortmeldung kommt von Christian Meißner von der CSU.

**Christian Meißner (CSU):** Herr Präsident, so viel Haushalt und leider so wenig Redezeit - das zwingt mich, mich zu beeilen. Ich will den Abend für niemanden verlängern.

Herr Kollege Fischer - ich erwähne das, damit Sie sehen, wie bei uns in der Koalition die Verteilung ist - ist für das Gute und Schöne zuständig. Deswegen zitierte er Cicero. Da bleiben für mich nur Hanisch, Tausendfreund und Schneider. Dazu will ich in der gebotenen Kürze ein paar Worte sagen.

Wer die Debatte verfolgt hat, hat gemerkt, dass sich einige Kolleginnen und Kollegen der Opposition sehr anstrengen müssen, um sich da hineinzusteigern, weil sie im Grunde ihres Herzens, auch wenn sie es im Plenum nicht zugeben, wissen, dass es hier um einen soliden Haushalt für die Bereiche 03 A und 03 B insgesamt geht. Es ist natürlich gut, dass in diesem Jahr in der polizeilichen Kriminalstatistik - allen Respekt,

Herr Innenminister - eine Leistung der Polizisten dargestellt werden kann, die sich ganz einfach sehen lassen kann.

Und nun ein Wort zu Ihnen, Herr Kollege Schneider. Sie haben zwischendurch selber einmal gegrinst, als Sie sich anstrengen mussten, sich richtig aufzuregen.

(Heiterkeit und Zurufe von der SPD)

- Ja, das stimmt so, so sind sie halt, die Unterfranken. Die Pressemitteilungen des Kollegen Schneider hebe ich mir immer als Abendlektüre auf. Wenn im Laufe des Tages nämlich der eine oder andere Frust steigt, dann kann ich den beim Schmunzeln über die Pressemitteilungen des Kollegen Schneider gut abbauen.

(Beifall bei der CSU)

Er meint zum Beispiel, man müsse nach Rheinland-Pfalz oder Mecklenburg-Vorpommern oder sonst wo hinschauen, und die dortige mit der hiesigen polizeilichen Kriminalstatistik vergleichen. Nachdem er aber vom Fach ist, weiß er genau, dass sich die Kolleginnen und Kollegen in diesen Ländern bei der Kriminalitätsbelastung auf einem ganz anderen Niveau bewegen als wir. Ich freue mich auch, wenn es diesen Kolleginnen und Kollegen gelingt, die Kriminalitätszahlen dort insgesamt zu senken. Aber Sie müssen sich doch darauf besinnen - ich würde mich freuen, wenn ich einen solchen Absatz am Abend lesen könnte -, dass wir hier nicht Äpfel mit Birnen vergleichen können. Das wäre ungefähr so, wie wenn ich 100 Meter in 14 Sekunden lief - seien wir einmal realistisch -, und dann wäre es für mich eine große Steigerung, wenn ich das plötzlich in 13 Sekunden schaffen würde. Im Grunde würde mir das nicht schaden, und ich wäre dann auch richtig gut auf diesem Niveau. Aber, lieber Kollege Schneider, wir reden hier von einem Bereich zwischen 9,7 auf 9,5 Sekunden für 100 Meter. Vor diesem Hintergrund sollten wir allen Polizeibeamten unseren herzlichen Dank sagen. Mein ungeheurerer Respekt gilt deren Leistung.

(Beifall bei der CSU - Zurufe und Unruhe)

Zur Sachausstattung nur ein kurzes Wort; denn ich habe nicht allzu viel Redezeit. Da wird beispielsweise nach den Polizeihubschraubern in Rheinland-Pfalz gefragt. Das sei dort doch bestimmt ganz prima. Die Antwort aus Rheinland-Pfalz kommt prompt: Alle Hubschrauber sind wartungsbedingt außer Betrieb. Anfrage nach Bayern: Ihr habt doch komplett neue Hubschrauber; vielleicht könnt ihr uns aushelfen. Das wäre doch mal ein Thema für eine Pressemitteilung.

(Heiterkeit bei der CSU)

Insgesamt will ich die Situation weiß Gott nicht schönreden. Es gibt durchaus auch bei uns hier und da Baustellen. Verschiedene sind angesprochen worden. Aber alles so darzustellen, als hätten wir massive Probleme an allen Ecken und Enden, das ist einfach nicht realistisch.

Wir haben oft genug zugegeben und eingeräumt, dass wir in den Haushaltsjahren 2003 ff gerade bei den einzustellenden jungen Polizeibeamtinnen und -beamten zu drastisch gespart haben. Das hat zu Problemen geführt. Da dürfen Sie es uns heute aber nicht übel nehmen, wenn wir jetzt sagen, wir haben das Problem erkannt und auch schon Korrekturen vorgenommen, wie es im Koalitionsvertrag festgelegt ist. Wir haben die Problematik inzwischen abgearbeitet einschließlich der Reduzierung auf die 40-Stunden-Woche. Das bedeutet gerade für die problematischen Dienststellen - Kollege Hanisch hat das vorhin durchexerziert -: Abhilfe ist in Sicht. Da finde ich es sehr seltsam, wenn Sie nun sagen, die Abhilfe sei noch nicht da. Ich denke, Sie müssen uns schon die Zeit geben, die Leute ordentlich auszubilden. Das ist doch auch im Sinne der Dienststellen, an denen sie später tätig sein sollen.

Dann sage ich Ihnen noch etwas. Wenn es nun ans Verteilen geht, werden wir uns intern, aber auch insgesamt im Ausschuss mit dieser Frage auseinandersetzen müssen. Trotzdem bin ich sofort an Ihrer Seite bei dem Wunsch, nicht alle durch München oder eine sonstige Großstadtschleife laufen zu lassen, sondern sie schneller in die Dienststellen zu bringen, wo sie die vorhandenen Lücken schließen können. Da wird es sicherlich noch eine spannende Debatte geben, und ich wünsche mir, diese auch führen zu können.

Insgesamt sind wir auf einem guten Weg. Zugegebenermaßen haben wir manches versäumt, aber inzwischen haben wir alles repariert, und da sind wir, wie gesagt, auf einem guten Weg. Ich hätte noch viele weitere gute Ideen und Anmerkungen. Aber leider geht meine Redezeit nun zu Ende.

(Alexander König (CSU): Eine Minute noch!)

Deswegen nur noch ganz kurz ein Wort zu den Staatsstraßen. Ich verstehe die Ablehnung der GRÜNEN nicht. Einig sind wir uns - da wird zwar manchmal hier im Hohen Haus übertrieben, aber das gehört zum Geschäft -, dass die Staatsstraßen in einem problematischen Zustand sind. Jetzt unsere Mittelerhöhung für diesen Bereich abzulehnen, ist dann nur noch ein Reflex.

(Alexander König (CSU): Eine Unverfrorenheit ist das!)

Diese Staatsstraßen sind ein Stück Volksvermögen, und ich glaube, wir sind gut beraten, wenn wir diese in einem guten Zustand halten.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Aber keine neuen bauen!  
Darum geht es doch!)

- Frau Kollegin Gote, Sie können doch den Staatsstraßenbau nicht insgesamt zum Erliegen bringen. Die Mischung macht's. Wir müssen die Schäden reparieren, wir müssen einen guten Zustand erhalten bzw. wiederherstellen. Bei Gott, wir werden doch in diesem Land, wo wir den ländlichen Raum unterstützen, noch ein paar neue, dringliche Projekte anpacken dürfen!

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Liebe Frau Kollegin, das können Sie auch mit Lautstärke nicht verhindern; denn das gebietet einfach die Vernunft.

(Beifall bei der CSU)

Nun komme ich wirklich zum Schluss. Ich hätte noch gerne viele weitere Stellen für die Polizei, und ich hätte auch noch gern mehr Stellen für die Feuerweherschulen. Auch würde ich noch manchen anderen Ansatz weiter gerne erhöhen, lieber Kollege Schneider. Ich denke an mehr Geld und Sachmittel in der Wohnraumförderung oder auch in der Städtebauförderung. Auch die staatlichen Hochbaumaßnahmen empfinde ich als problematisch. Darauf werden wir in den kommenden Jahren achten müssen. Insgesamt meine ich allerdings, dass wir einen Haushalt vorgelegt haben, der sich sehen lassen kann.

Bezüglich der Mittel für die Staatsstraßen in den Jahren 2011/2012 ist festzustellen, dass wir über die Jahre über der 200-Millionengrenze bleiben müssen, da wir nur dann auf einem guten Weg sind. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Einzelplan.

(Alexander König (CSU): Sehr gut! - Beifall bei der CSU und der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Kollege. Nun habe ich noch unseren Innenminister Joachim Herrmann auf der Rednerliste. Sie haben das Wort, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mit ein paar wenigen Sätzen nur auf einige Dinge eingehen, die hier grob falsch dargestellt wurden und die ich richtig stellen möchte.

Einige der Kollegen haben behauptet, für die Polizei gebe es in diesem Etat weniger Geld als in den letz-

ten Haushalten. Das ist schlichtweg falsch. Im Sachhaushalt 2011 sind 10 Millionen Euro mehr ausgewiesen. Dazu muss man wissen, dass die Sachausstattung der Polizei im vergangenen Doppelhaushalt im gleichen Haushaltsabschnitt 60 Millionen allein für die Beschaffung neuer Hubschrauber auswies. Diese Anschaffung fällt in diesem Jahr weg. Da kann man wirklich nicht von einer schlechteren Ausstattung sprechen.

Und jetzt noch eine Zahl dazu, wie die Situation in der Polizei insgesamt aussieht. Herr Kollege Schneider, Sie kennen das ja. Als ich 1994 in diesen Landtag gekommen bin, sind pro Jahr 40 % derjenigen, die bei der Polizei in den Ruhestand gegangen sind, vorzeitig gegangen. So groß war damals die Belastung, und so angespannt war damals die Stimmung unter den Kollegen. Im vergangenen Jahr sind 17 % vorzeitig in den Ruhestand gegangen. Das ist eindeutig eine Entwicklung zum wesentlich Besseren hin.

Deshalb ist es grober Unfug, lieber Herr Kollege Schneider, wenn Sie davon sprechen, dass die Not verwaltet würde. Es bleibt dabei, dass wir das sicherste aller Bundesländer sind und dass wir das einzige Bundesland sind, das weiter Personal aufstockt. Demgegenüber bauen sehr viele Länder - darunter auch sehr viele SPD-regierte Länder - Personal ab. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Wenn dann Not am Mann ist, egal ob Neonazis in Dresden demonstrieren oder Linksautonome in Berlin oder aber in Gorleben, dann kommen Hilfsersuchen an die bayerische Polizei, einige Hundertschaften zu schicken. Wir tun das auch in der Verantwortung für die Sicherheit der Menschen in ganz Deutschland.

(Beifall des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Es kann natürlich auf Dauer nicht so gehen, wie es die Polizeigewerkschaft zu Recht angemahnt hat, dass wir wesentlich mehr Kolleginnen und Kollegen für Einsätze in anderen Bundesländern zur Verfügung stellen, als diese umgekehrt dann bei uns Dienst leisten.

Und auf noch etwas möchte ich gerne in diesem Zusammenhang hinweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Gestern war ich auf dem Bundeskongress der Deutschen Polizeigewerkschaft in Berlin. Da ist genau diese Thematik bezüglich der Einsätze angesprochen worden, auch bezüglich Gorleben. Ich möchte jetzt nur kurz wiedergeben, was der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Kollege Wendt, bei dieser Gelegenheit dargelegt hat. Wenn nun in

Gorleben auch die Bundesvorsitzende der GRÜNEN, Frau Claudia Roth, sich an den Straßenblockaden beteiligt und, wie Herr Wendt ausgeführt hat, ein Stück weit Mitschuld daran hat, dass über Tage hinweg die Polizeikolleginnen und -kollegen, die dort im Einsatz waren, nichts zu essen und zu trinken bekommen haben, weil die Einsatzwege blockiert waren, dann - so hat Kollege Wendt zu Recht dazu gesagt - ist ein solches Verhalten ebenfalls Gewalt gegen Polizisten.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann nur sagen: Wer solches tut, steht in der Tat nicht auf dem Boden unseres Rechtsstaates.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Ja, da geht es um grüne Gewalt!)

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Haushalt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt. Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 4 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2011/2012, Einzelplan 03 A, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7268 mit 16/7273, 16/7275, 16/7329, 16/7330, 16/7345 mit 16/7347 und 16/7349 mit 16/7359 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/7586 zugrunde. Der Einzelplan 03 A wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/7586 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 03 A mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Sehe ich nicht. Damit ist der Einzelplan 03 A mit der vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderung angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei Enthaltung der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist dies mit Zustimmung der CSU, der FDP und der SPD so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 03 A ist damit abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 5. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2011/2012, Einzelplan 03 B, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7276 mit 16/7282, 16/7331 und 16/7360 mit 16/7368 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/7587 zugrunde.

Vorweg lasse ich jetzt, wie von der SPD-Fraktion beantragt, über die beiden Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7277 und 16/7280 in namentlicher Form abstimmen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag auf Drucksache 16/7277 betreffend "Landesmittel zur Wohnraumförderung - Neubewilligungen" abstimmen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 19.54 bis 19.59 Uhr)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Meine Damen und Herren, exakt fünf Minuten sind um. Die Stimmabgabe ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

(Unruhe)

- Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit! Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag auf Drucksache 16/7280 betreffend "Bayerisches Städtebauförderungsprogramm" durch. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Für dieses Mal stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 19.59 bis 20.02 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind jetzt vorbei. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Zu Ihrer Information: Wir müssten jetzt die Sitzung kurz unterbrechen, bis ausgezählt ist. Erst danach kann über den Einzelplan abgestimmt werden. Danach haben wir noch drei sehr kurze Tagesordnungspunkte zu erledigen. - Oder sollen wir diese vorziehen?

(Allgemeine Zustimmung)

Dann schieben wir das jetzt ein. Ich bitte aber um Aufmerksamkeit, damit alles klar verständlich ist, was wir jetzt machen. Bitte, nehmen Sie doch Platz!

Wir ermitteln, wie gesagt, das Abstimmungsergebnis außerhalb des Plenarsaals. Danach wird über den Einzelplan abgestimmt.

Ich schiebe jetzt zur Beschlussfassung ein und rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
über Anforderungen an den Lärmschutz bei  
Kinder- und Jugendspieleinrichtungen  
(Drs. 16/8124)**

**- Erste Lesung -**

Dieser Gesetzentwurf soll ohne Aussprache an den federführenden Ausschuss für Umwelt und Gesundheit überwiesen werden. Gibt es andere Zuweisungswünsche? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Beschlussfassung. Wer mit der Überweisung an den zur Federführung vorgeschlagenen Ausschuss für Umwelt und Gesundheit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das war einstimmig und ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Wahl**

**eines Präsidiumsmitglieds**

Die vorschlagsberechtigte CSU-Fraktion hat anstelle von Kollegin Reserl Sem, die neue stellvertretende Fraktionsvorsitzende ist, Herrn Kollegen Gerhard Wägemann als neuen Schriftführer benannt. Im Ältestenrat bestand darüber Einvernehmen, dass hierzu keine Aussprache stattfindet und von einer geheimen Wahl Abstand genommen wird.

Deshalb lasse ich jetzt in einfacher Form durch Handzeichen abstimmen. Wer dem Vorschlag der CSU-Fraktion seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle Einstimmigkeit fest. Herr Kollege Wägemann ist damit zum Schriftführer des Präsidiums gewählt worden. Herzlichen Glückwunsch und gute Zusammenarbeit!

(Beifall bei der CSU)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

**Bestellung  
eines neuen Mitglieds für den Landesdenkmalrat**

Die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat darum gebeten, statt ihres bisherigen Mitglieds im Landesdenkmalrat Herrn Thorsten Glauber Frau Kollegin Eva Gottstein als neues Mitglied zu bestellen. Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung.

Wer mit der Bestellung von Frau Kollegin Gottstein zum Mitglied des Landesdenkmalrates einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann stelle ich auch hier Einstimmigkeit fest. Frau Gottstein ist damit zum Mitglied des Landesdenkmalrates bestellt worden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Außerhalb der Tagesordnung darf ich noch vortragen, dass vonseiten der CSU-Fraktion folgende Umbesetzungen bekannt gegeben werden sollen:

Herr Prof. Dr. Bausback wird anstelle des zum Staatssekretär im Staatsministerium für Unterricht und Kultus berufenen Kollegen Thomas Kreuzer neues Mitglied der Richterwahlkommission.

Für dessen Stelle als bisheriger erster Stellvertreter von Herrn Jürgen Heike wurde Herr Kollege Bernhard Seidenath benannt.

Neues Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz wird anstel-

le des Herrn Staatssekretär Kreuzer Dr. Bernhard Weiß.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

- Die Verwaltung war fix. Ich darf deswegen schon jetzt das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt geben.

Zum Änderungsantrag betreffend "Landesmittel zur Wohnraumförderung - Neubewilligungen" auf Drucksache 16/7277 haben mit Ja gestimmt 42 Kolleginnen und Kollegen, mit Nein 44; Stimmenthaltungen: keine. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Beim Änderungsantrag betreffend "Bayerisches Städtebauförderungsprogramm" auf Drucksache 16/7280 haben mit Ja gestimmt 26 Kolleginnen und Kollegen, mit Nein 94; der Stimme enthalten haben sich 16. Auch dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Der Einzelplan 03 B wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 03 B seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion. Wer dagegen stimmen möchte, den bitte ich ebenfalls, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der Einzelplan 03 B angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 5)

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist damit bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 03 B ist damit abgeschlossen.

Die für heute vorgesehene Tagesordnung ist damit abgearbeitet. Wir sehen uns morgen früh an gleicher Stelle wieder. Einen guten Abend und vielen Dank für die disziplinierte Mitarbeit!

(Schluss: 20.11 Uhr)

## Mitteilung

### zu Tagesordnungspunkt 3

#### Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Ausstattung der ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Stoiber und Dr. Beckstein  
(Kap. 02 01 Tit. 422 01 und 428 01)  
(Drs. 16/7139)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Streichung der Mittel für den Zukunftsrat  
(Kap. 02 03 Tit. 526 13)  
(Drs. 16/7140)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung  
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)  
(Drs. 16/7141)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Streichung der Mittel für die so genannte Erforschung der öffentlichen Meinung  
(Kap. 02 03 Tit. 526 22)  
(Drs. 16/7142)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Kürzung der Mittel für so genannte Informationsaufgaben der Staatskanzlei  
(Kap. 02 03 Tit. 531 22)  
(Drs. 16/7143)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Rückzahlung von Haushaltsmitteln, die für Parteizwecke missbraucht wurden  
(Kap. 02 03 neuer Tit.)  
(Drs. 16/7144)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Bayerische Filmförderung  
(Kap. 02 03 TG 70 bis 72)  
(Drs. 16/7145)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Zuschussabsenkung für Medientage München, Messe munichgaming, Deutscher Computerspielpreis  
(Kap. 02 03 Tit. 685 80)  
(Drs. 16/7146)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Zuschüsse zur Aus- und Fortbildung im Medienbereich  
(Kap. 02 03 Tit. 686 82)  
(Drs. 16/7147)

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Kürzung der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung  
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)  
(Drs. 16/7149)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Kürzung der Ausgaben für repräsentative Verpflichtungen der Staatsregierung  
(Kap. 02 03 Tit. 535 01)  
(Drs. 16/7150)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Kürzung des Personalsolls in der Staatskanzlei  
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)  
(Drs. 16/7152)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Keine Ausgaben zur Erforschung der öffentlichen Meinung  
(Kap. 02 03 Tit. 526 22)  
(Drs. 16/7153)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Keine Zusatzausgaben für den so genannten Zukunftsrat  
(Kap. 02 03 Tit. 526 11 und 526 13)  
(Drs. 16/7154)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Kürzung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei  
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)  
(Drs. 16/7155)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Werte vermitteln statt Werte verwalten!  
(Kap. 02 03 TG 54)  
(Drs. 16/7156)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Weniger Preisverleihungen  
(Kap. 02 03 TG 70 - 72 und TG 80 - 86;  
Kap. 15 05)  
(Drs. 16/7157)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Keine Erhöhung der Fördermittel für die Medien-Messen  
(Kap. 02 03 Tit. 685 80)  
(Drs. 16/7159)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Keine Subventionierung von Anbietern privater lokaler Fernsehprogramme  
(Kap. 02 03 Tit. 683 81)  
(Drs. 16/7160)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: gezielte Förderung künstlerisch und qualitativ hochwertiger Softwareentwicklung im Bereich Spiele  
(Kap. 02 03 Tit. 892 81; Kap. 15 05)  
(Drs. 16/7161)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: gezielte Förderung der Medienkompetenz  
(Kap. 02 03 Tit. 686 86;  
Kap. 05 02 Tit. 461 01)  
(Drs. 16/7162)

## Mitteilung

### zu Tagesordnungspunkt 4

#### Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03A:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Verstärkungsmittel für die Hauptgruppe 5 und die Hauptgruppe 8 der Polizeikapitel  
(Kap. 03 03, 03 17, 03 18, 03 20, 03 21)  
(Drs. 16/7268)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Vorsorgekuren  
(Kap. 03 03, 03 17, 03 18, 03 20)  
(Drs. 16/7269)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster u.a. SPD  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Stellenplan der Landratsämter  
(Kap. 03 09 Tit. 422 21)  
(Drs. 16/7270)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: 71 Stellen für Lebensmittelkontrolleure-Anwärter bei den Landratsämtern  
(Kap. 03 09 Tit. 422 21)  
(Drs. 16/7271)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Stellenhebungen  
(Kap. 03 17 bis Kap. 03 21 Tit. 422 01;  
Kap. 03 02 Tit. 461 01)  
(Drs. 16/7272)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Sicherheitswacht  
(Kap. 03 18 TG 76;  
Kap. 03 20 Tit. 422 21)  
(Drs. 16/7273)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster u.a. SPD  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Stellenplan der Feuerwehrsulen  
(Kap. 03 26 Tit. 428 01, 422 01)  
(Drs. 16/7275)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Zusätzliche Stellen in der Futtermittelüberwachung  
(Kap. 03 08 Tit. 422 01)  
(Drs. 16/7329)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FW)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Zusätzliche Lehrkräfte für die Feuerwehrsulen  
(Kap. 03 26 Tit. 428 01)  
(Drs. 16/7330)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Ministerium: Herausgabe von „Bayerns Polizei“ auf Internetveröffentlichung umstellen  
(Kap. 03 01 Tit. 531 11)  
(Drs. 16/7345)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Kosten für den BOS-Digitalfunk vollständig ausweisen  
(Kap. 03 03 TG 85)  
(Drs. 16/7346)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: überflüssige Umzugskosten einsparen - Keine Verlegung des Statistischen Landesamts nach Fürth

- (Kap. 03 07 Tit. 428 16, 517 01, 527 01)  
(Drs. 16/7347)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Regierungen: Vermischte Verwaltungsausgaben nicht erhöhen  
(Kap. 03 08 Tit. 546 49)  
(Drs. 16/7349)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: 71 Stellen für Lebensmittelkontrolleurinnen und -kontrolleure bei den Landratsämtern  
(Kap. 03 09 Tit. 422 01, Stellenplan)  
(Drs. 16/7350)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Landratsämter: ausreichend Stellen für den technischen Umweltschutz  
(Kap. 03 09 Tit. 422 01, 422 31, 428 01)  
(Drs. 16/7351)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Landratsämter: ausreichend Stellen für die Heimaufsicht  
(Kap. 03 09 Tit. 422 01, 422 31, 428 01)  
(Drs. 16/7352)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Reduktion der Kosten für das Landesamt für Verfassungsschutz  
(Kap. 03 15)  
(Drs. 16/7353)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Angemessene Reisekosten beim LKA  
(Kap. 03 17 Tit. 527 01)  
(Drs. 16/7354)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: LKA, Landespolizei, Bereitschaftspolizei, Polizeiverwaltungsamt: Präventionsmaßnahmen getrennt ausweisen  
(Kap. 03 17 Tit. 547 04; Kap. 03 18 Tit. 547 04; Kap. 03 20 Tit. 547 04; Kap. 03 21 Tit. 547 04)  
(Drs. 16/7355)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Landespolizei: Erschwerniszulage (DUZ) aufstocken  
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)  
(Drs. 16/7356)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Keine Ausweitung der Sicherheitswacht  
(Kap. 03 18 Tit. 427 76)  
(Drs. 16/7357)
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Landespolizei: Verstetigung der Einstellungszahlen - Mobile Reserve für Schwangerschafts- und Elternzeitvertretungen aufstocken!  
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)  
(Drs. 16/7358)
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Brandschutz: Herausgabe von „brandwacht“ auf Internetveröffentlichung umstellen  
(Kap. 03 23 Tit. 531 11)  
(Drs. 16/7359)

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 5: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Florian Ritter u. a. SPD; Haushaltsplan 2011/2012; ; hier: Landesmittel zur Wohnraumförderung - Neubewilligungen ; (Kap. 03 64 TG 65 - 70) (Drucksache 16/7277)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ackermann</b> Renate			
<b>Aiwanger</b> Hubert			
<b>Arnold</b> Horst	X		
<b>Aures</b> Inge			
<b>Bachhuber</b> Martin		X	
Prof. Dr. <b>Barfuß</b> Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter		X	
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X	
<b>Bause</b> Margarete			
Dr. <b>Beckstein</b> Günther		X	
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar		X	
Dr. <b>Bertermann</b> Otto		X	
Dr. <b>Beyer</b> Thomas			
<b>Biechl</b> Annemarie		X	
<b>Biedefeld</b> Susann			
<b>Blume</b> Markus			
<b>Bocklet</b> Reinhold			
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X	
<b>Brunner</b> Helmut			
Dr. <b>Bulfon</b> Annette		X	
<b>Dechant</b> Thomas		X	
<b>Dettenhöfer</b> Petra		X	
<b>Dittmar</b> Sabine	X		
<b>Dodell</b> Renate		X	
<b>Donhauser</b> Heinz		X	
Dr. <b>Dürr</b> Sepp	X		
<b>Eck</b> Gerhard		X	
<b>Eckstein</b> Kurt		X	
<b>Eisenreich</b> Georg		X	
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen			
<b>Felbinger</b> Günther			
Dr. <b>Fischer</b> Andreas		X	
Dr. <b>Förster</b> Linus			
<b>Franke</b> Anne	X		
<b>Freller</b> Karl		X	
<b>Füracker</b> Albert		X	
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul	X		
<b>Gehring</b> Thomas	X		
<b>Glauber</b> Thorsten		X	
<b>Goderbauer</b> Gertraud			
<b>Görlitz</b> Erika			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. <b>Goppel</b> Thomas		X	
<b>Gote</b> Ulrike	X		
<b>Gottstein</b> Eva			
<b>Güll</b> Martin			
<b>Güller</b> Harald	X		
<b>Guttenberger</b> Petra		X	
<b>Hacker</b> Thomas		X	
<b>Haderthauer</b> Christine			
<b>Halbleib</b> Volkmar	X		
<b>Hallitzky</b> Eike			
<b>Hanisch</b> Joachim		X	
<b>Hartmann</b> Ludwig	X		
<b>Heckner</b> Ingrid		X	
<b>Heike</b> Jürgen W.		X	
<b>Herold</b> Hans		X	
Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
<b>Herrmann</b> Joachim		X	
Dr. <b>Herz</b> Leopold		X	
<b>Hessel</b> Katja			
Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang			
<b>Hintersberger</b> Johannes		X	
<b>Huber</b> Erwin		X	
Dr. <b>Huber</b> Marcel			
Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Imhof</b> Hermann		X	
<b>Jörg</b> Oliver		X	
<b>Jung</b> Claudia		X	
<b>Kamm</b> Christine	X		
<b>Karl</b> Annette			
<b>Kiesel</b> Robert			
Dr. <b>Kirschner</b> Franz Xaver			
<b>Klein</b> Karsten		X	
<b>Kobler</b> Konrad		X	
<b>König</b> Alexander		X	
<b>Kohnen</b> Natascha			
<b>Kränzle</b> Bernd			
<b>Kreuzer</b> Thomas			
<b>Ländner</b> Manfred		X	
Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp			
<b>Lorenz</b> Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. <b>Männle</b> Ursula		X	
Dr. <b>Magerl</b> Christian	X		
<b>Maget</b> Franz	X		
<b>Matschl</b> Christa		X	
<b>Meißner</b> Christian		X	
Dr. <b>Merk</b> Beate			
<b>Meyer</b> Brigitte		X	
<b>Meyer</b> Peter		X	
<b>Miller</b> Josef		X	
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Mütze</b> Thomas	X		
<b>Muthmann</b> Alexander		X	
<b>Naaß</b> Christa			
<b>Nadler</b> Walter		X	
<b>Neumeyer</b> Martin		X	
<b>Nöth</b> Eduard		X	
<b>Noichl</b> Maria	X		
<b>Pachner</b> Reinhard			
Dr. <b>Pauli</b> Gabriele			
<b>Perlak</b> Reinhold	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich			
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael		X	
<b>Pohl</b> Bernhard			
<b>Pointner</b> Mannfred			
<b>Pranghofer</b> Karin	X		
<b>Pschierer</b> Franz Josef		X	
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph			
<b>Radwan</b> Alexander		X	
<b>Reichhart</b> Markus			
<b>Reiß</b> Tobias			
<b>Richter</b> Roland		X	
Dr. <b>Rieger</b> Franz		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Ritter</b> Florian			
<b>Rohde</b> Jörg		X	
<b>Roos</b> Bernhard	X		
<b>Rötter</b> Eberhard		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
<b>Rüth</b> Berthold		X	
Dr. <b>Runge</b> Martin	X		
<b>Rupp</b> Adelheid	X		
<b>Sackmann</b> Markus		X	
<b>Sandt</b> Julika			
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Scharfenberg</b> Maria	X		
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schmid</b> Georg		X	
<b>Schmid</b> Peter			
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		
<b>Schneider</b> Harald	X		
<b>Schneider</b> Siegfried		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schopper</b> Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schorer</b> Angelika		X	
<b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin		X	
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schweiger</b> Tanja		X	
<b>Schwimmer</b> Jakob		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Sem</b> Reserl		X	
<b>Sibler</b> Bernd		X	
<b>Sinner</b> Eberhard		X	
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin	X		
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig		X	
<b>Sprinkart</b> Adi	X		
<b>Stachowitz</b> Diana	X		
<b>Stahl</b> Christine	X		
<b>Stamm</b> Barbara			
<b>Stamm</b> Claudia	X		
<b>Steiger</b> Christa	X		
<b>Steiner</b> Klaus			
<b>Stewens</b> Christa		X	
<b>Stierstorfer</b> Sylvia		X	
<b>Stöttner</b> Klaus		X	
<b>Strehle</b> Max		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Strobl</b> Reinhold	X		
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone			
<b>Taubeneder</b> Walter		X	
<b>Tausendfreund</b> Susanna	X		
<b>Thalhammer</b> Tobias		X	
<b>Tolle</b> Simone	X		
<b>Unterländer</b> Joachim		X	
Dr. <b>Vetter</b> Karl			
<b>Wägemann</b> Gerhard		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst			
<b>Weikert</b> Angelika	X		
Dr. <b>Weiß</b> Bernd		X	
Dr. <b>Weiß</b> Manfred		X	
Dr. <b>Wengert</b> Paul	X		
<b>Werner</b> Hans Joachim	X		
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna	X		
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Wild</b> Margit	X		
<b>Will</b> Renate		X	
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Winter</b> Peter		X	
<b>Wörner</b> Ludwig	X		
<b>Zacharias</b> Isabell			
<b>Zeil</b> Martin			
<b>Zeitler</b> Otto			
<b>Zelmeier</b> Josef		X	
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas		X	
<b>Gesamtsumme</b>	42	94	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 5: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Ludwig Wörner u. a. SPD; Haushaltsplan 2011/2012; ; hier: Bayerisches Städtebauförderungsprogramm; (Kap. 03 65 Tit. 883 62) (Drucksache 16/7280)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ackermann</b> Renate				Dr. <b>Goppel</b> Thomas		X	
<b>Aiwanger</b> Hubert				<b>Gote</b> Ulrike			X
<b>Arnold</b> Horst	X			<b>Gottstein</b> Eva			
<b>Aures</b> Inge				<b>Güll</b> Martin			
<b>Bachhuber</b> Martin		X		<b>Güller</b> Harald	X		
Prof. Dr. <b>Barfuß</b> Georg		X		<b>Guttenberger</b> Petra		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter		X		<b>Hacker</b> Thomas		X	
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X		<b>Haderthauer</b> Christine			
<b>Bause</b> Margarete				<b>Halbleib</b> Volkmar	X		
Dr. <b>Beckstein</b> Günther		X		<b>Hallitzky</b> Eike			
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar		X		<b>Hanisch</b> Joachim		X	
Dr. <b>Bertermann</b> Otto		X		<b>Hartmann</b> Ludwig			X
Dr. <b>Beyer</b> Thomas				<b>Heckner</b> Ingrid		X	
<b>Biechl</b> Annemarie		X		<b>Heike</b> Jürgen W.		X	
<b>Biedefeld</b> Susann				<b>Herold</b> Hans		X	
<b>Blume</b> Markus				Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
<b>Bocklet</b> Reinhold				<b>Herrmann</b> Joachim		X	
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter		X		Dr. <b>Herz</b> Leopold		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X		<b>Hessel</b> Katja			
<b>Brunner</b> Helmut				Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang			
Dr. <b>Bulfon</b> Annette		X		<b>Hintersberger</b> Johannes		X	
<b>Dechant</b> Thomas		X		<b>Huber</b> Erwin		X	
<b>Dettenhöfer</b> Petra		X		Dr. <b>Huber</b> Marcel			
<b>Dittmar</b> Sabine	X			Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto		X	
<b>Dodell</b> Renate		X		<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Donhauser</b> Heinz		X		<b>Imhof</b> Hermann		X	
Dr. <b>Dürr</b> Sepp			X	<b>Jörg</b> Oliver		X	
<b>Eck</b> Gerhard		X		<b>Jung</b> Claudia		X	
<b>Eckstein</b> Kurt		X		<b>Kamm</b> Christine			X
<b>Eisenreich</b> Georg		X		<b>Karl</b> Annette			
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen				<b>Kiesel</b> Robert			
<b>Felbinger</b> Günther				Dr. <b>Kirschner</b> Franz Xaver			
Dr. <b>Fischer</b> Andreas		X		<b>Klein</b> Karsten		X	
Dr. <b>Förster</b> Linus				<b>Kobler</b> Konrad		X	
<b>Franke</b> Anne			X	<b>König</b> Alexander		X	
<b>Freller</b> Karl		X		<b>Kohnen</b> Natascha			
<b>Füracker</b> Albert		X		<b>Kränzle</b> Bernd			
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul	X			<b>Kreuzer</b> Thomas			
<b>Gehring</b> Thomas			X	<b>Ländner</b> Manfred		X	
<b>Glauber</b> Thorsten		X		Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp			
<b>Goderbauer</b> Gertraud				<b>Lorenz</b> Andreas		X	
<b>Görlitz</b> Erika							

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. <b>Männle</b> Ursula		X	
Dr. <b>Magerl</b> Christian			X
<b>Maget</b> Franz	X		
<b>Matschl</b> Christa		X	
<b>Meißner</b> Christian		X	
Dr. <b>Merk</b> Beate			
<b>Meyer</b> Brigitte		X	
<b>Meyer</b> Peter		X	
<b>Miller</b> Josef		X	
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Mütze</b> Thomas			X
<b>Muthmann</b> Alexander		X	
<b>Naaß</b> Christa			
<b>Nadler</b> Walter		X	
<b>Neumeyer</b> Martin		X	
<b>Nöth</b> Eduard		X	
<b>Noichl</b> Maria	X		
<b>Pachner</b> Reinhard			
Dr. <b>Pauli</b> Gabriele			
<b>Perlak</b> Reinhold	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich			
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael		X	
<b>Pohl</b> Bernhard			
<b>Pointner</b> Mannfred			
<b>Pranghofer</b> Karin	X		
<b>Pschierer</b> Franz Josef		X	
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph			
<b>Radwan</b> Alexander		X	
<b>Reichhart</b> Markus			
<b>Reiß</b> Tobias			
<b>Richter</b> Roland		X	
Dr. <b>Rieger</b> Franz		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Ritter</b> Florian			
<b>Rohde</b> Jörg		X	
<b>Roos</b> Bernhard	X		
<b>Rötter</b> Eberhard		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
<b>Rüth</b> Berthold		X	
Dr. <b>Runge</b> Martin			X
<b>Rupp</b> Adelheid	X		
<b>Sackmann</b> Markus		X	
<b>Sandt</b> Julika			
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Scharfenberg</b> Maria			X
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schmid</b> Georg		X	
<b>Schmid</b> Peter			
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		
<b>Schneider</b> Harald	X		
<b>Schneider</b> Siegfried		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schopper</b> Theresa			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schorer</b> Angelika		X	
<b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin		X	
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schweiger</b> Tanja		X	
<b>Schwimmer</b> Jakob		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Sem</b> Reserl		X	
<b>Sibler</b> Bernd		X	
<b>Sinner</b> Eberhard		X	
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin	X		
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig		X	
<b>Sprinkart</b> Adi			X
<b>Stachowitz</b> Diana	X		
<b>Stahl</b> Christine			X
<b>Stamm</b> Barbara			
<b>Stamm</b> Claudia			X
<b>Steiger</b> Christa	X		
<b>Steiner</b> Klaus			
<b>Stewens</b> Christa		X	
<b>Stierstorfer</b> Sylvia		X	
<b>Stöttner</b> Klaus		X	
<b>Strehle</b> Max		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Strobl</b> Reinhold	X		
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone			
<b>Taubeneder</b> Walter		X	
<b>Tausendfreund</b> Susanna			X
<b>Thalhammer</b> Tobias		X	
<b>Tolle</b> Simone			X
<b>Unterländer</b> Joachim		X	
Dr. <b>Vetter</b> Karl			
<b>Wägemann</b> Gerhard		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst			
<b>Weikert</b> Angelika	X		
Dr. <b>Weiß</b> Bernd		X	
Dr. <b>Weiß</b> Manfred		X	
Dr. <b>Wengert</b> Paul	X		
<b>Werner</b> Hans Joachim	X		
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna	X		
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Wild</b> Margit	X		
<b>Will</b> Renate		X	
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Winter</b> Peter		X	
<b>Wörner</b> Ludwig	X		
<b>Zacharias</b> Isabell			
<b>Zeil</b> Martin			
<b>Zeitler</b> Otto			
<b>Zelmeier</b> Josef		X	
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas		X	
<b>Gesamtsumme</b>	26	94	16

## Mitteilung

### zu Tagesordnungspunkt 5

#### Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03B:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Florian Ritter u.a. SPD  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Landesmittel zur Wohnraumförderung - Neube-  
willigungen  
(Kap. 03 64 TG 65 - 70)  
(Drs. 16/7276)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Florian Ritter u.a. SPD  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Landesmittel zur Wohnraumförderung - Neube-  
willigungen  
(Kap. 03 64 TG 65 - 70)  
(Drs. 16/7277)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Florian Ritter u.a. SPD  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Landesmittel zur Wohnraumförderung - Neube-  
willigungen  
(Kap. 03 64 TG 65 - 70 neuer Tit.)  
(Drs. 16/7278)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Florian Ritter u.a. SPD  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Landesmittel zur Wohnraumförderung - Neube-  
willigungen  
(Kap. 03 64 TG 65 - 70 neuer Tit.)  
(Drs. 16/7279)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Ludwig Wörner u.a. SPD  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Bayerisches Städtebauförderungsprogramm  
(Kap. 03 65 Tit. 883 62)  
(Drs. 16/7280)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Ludwig Wörner u.a. SPD  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Bayerisches Städtebauförderungsprogramm  
(Kap. 03 65 Tit. 883 82)  
(Drs. 16/7281)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Florian Ritter u.a. SPD  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Telematik und Pilotprojekte im Straßenverkehr  
(Kap. 03 75 TG 87)  
(Drs. 16/7282)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FW)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Erhöhung der Landesmittel für die Städtebauför-  
derung  
(Kap. 03 65 Tit. 883 82)  
(Drs. 16/7331)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Darlehen des Landes für den Wohnungsbau nach dem BayWoFG: Wohnbauförderung nicht kürzen  
(Kap. 03 64 Tit. 863 69)  
(Drs. 16/7360)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Bayerisches Städtebauförderungsprogramm  
(Kap. 03 65 Tit. 883 82)  
(Drs. 16/7361)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Bund-Länderprogramm „Soziale Stadt“  
(Kap. 03 65 Tit. 883 83)  
(Drs. 16/7362)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Bund-Länderprogramm „Stadtumbau West“  
(Kap. 03 65 Tit. 883 87)  
(Drs. 16/7363)

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Bund-Länderprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz West“  
(Kap. 03 65 Tit. 883 90)  
(Drs. 16/7364)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Autobahndirektionen: Kürzung des Personalsolls  
(Kap. 03 75 Tit. 422 01)  
(Drs. 16/7365)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Staatliche Bauämter: Kürzung des Personalsolls  
(Kap. 03 80 Tit. 422 01 und 428 01)  
(Drs. 16/7366)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Modellprojekte Verkehrsberuhigung an Durchgangsstraßen  
(Kap. 03 80 neuer Tit.)  
(Drs. 16/7367)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2011/2012;  
hier: Streichung der Verstärkungsmittel für den Staatsstraßenbau - Umschichtung auf den Erhalt  
(Kap. 03 80 Tit. 750 00 und 770 10  
Anlage A TG 73)  
(Drs. 16/7368)